



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika – ein Beitrag zur Armutsminderung?

Verfasserin/Verfasser

Irene Kreisl

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im November 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Afrikanistik (Internationale Entwicklung)

Betreuerin/Betreuer: Dr. Georg Grünberg

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5 -
1.1	Forschungsfragen	5 -
1.2	Vorgehensweise.....	6 -
1.3	Definition des Terminus „Armut“	6 -
2	El Sistema de Integración Centroamericana.....	9 -
2.1	Historischer Entstehungs- und Entwicklungskontext	9 -
2.2	Zielsetzungen und Methoden zur Zielerreichung.....	11 -
2.3	Organisation – Struktur, Organe, Institutionen.....	12 -
2.4	Schwächen und Stärken zum jetzigen Zeitpunkt	15 -
3	Kooperation mit der Europäischen Union.....	18 -
3.1	Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea	23 -
3.1.1	San-José-Dialog, 1984	23 -
3.1.2	Protokoll von Tegucigalpa 1991 und Guatemala 1993.....	24 -
3.1.3	Rio de Janeiro, Juni 1999	24 -
3.1.4	Madrid, Mai 2002.....	25 -
3.1.5	Rom, Dezember 2003	26 -
3.1.6	Guadalajara, Mai 2004	26 -
3.1.7	Ereignisse vor dem Gipfel in Wien, 2006	27 -
3.1.8	Managua, März 2006.....	30 -
3.1.9	Wien, Mai 2006	30 -
3.1.10	Verhandlungsrunden zwischen EU und Zentralamerika	32 -
3.1.11	Lima, Mai 2008.....	34 -
3.2	Das angestrebte Freihandelsabkommen.....	35 -
3.2.1	EU-SICA.....	35 -
3.2.2	CAFTA	39 -
3.3	Die Strategie der EU in Zentralamerika.....	41 -
3.3.1	Regional Strategy Paper.....	43 -
3.3.2	Guatemala.....	44 -
3.3.3	Honduras.....	46 -
3.3.4	Nicaragua.....	49 -
3.3.5	El Salvador	52 -
4	Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit.....	55 -
4.1	EZA-Leistungen der Europäischen Union.....	56 -
4.1.1	Beispiel: Nicaragua.....	57 -
4.2	Österreichische EZA-Leistungen in Zentralamerika.....	58 -
4.2.1	Nicaragua – Schwerpunktland der ÖEZA	60 -
4.2.2	Guatemala – Partnerland der ÖEZA	66 -
4.2.3	El Salvador – Partnerland der ÖEZA	68 -

5	Resultate der Zusammenarbeit.....	- 70 -
5.1	<i>Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung</i>	<i>- 70 -</i>
5.2	<i>Überblick über die Armutssituation.....</i>	<i>- 72 -</i>
5.3	<i>Überblick über die politische Zusammenarbeit</i>	<i>- 73 -</i>
5.4	<i>Probleme und Stärken der Entwicklungszusammenarbeit.....</i>	<i>- 75 -</i>
5.5	<i>Probleme und Stärken der EU-Strategie</i>	<i>- 77 -</i>
6	Schlusswort.....	- 82 -
	Literaturverzeichnis.....	- 89 -
	Abbildungsverzeichnis.....	- 95 -
	Abkürzungsverzeichnis.....	- 95 -
	Anhang	- 97 -
	<i>Lebenslauf</i>	<i>- 97 -</i>
	<i>Abstract</i>	<i>- 98 -</i>
	<i>Abstract – english version</i>	<i>- 99 -</i>



Abb. 1: Landkarte von Zentralamerika.

Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/6d/Central_america.jpg

1 Einleitung

1.1 Forschungsfragen

Gleich an den Beginn möchte ich meine Forschungsfragen stellen:

- Welche Auswirkungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Staaten des Zentralamerikanischen Integrations-systems? Hat das Kooperationsabkommen zwischen diesen beiden Regionen, direkt oder indirekt, eine positive Auswirkung auf die Armutsbekämpfung oder wird nur das Abhängigkeitsverhältnis vergrößert?
- Welche Rolle spielt die SICA?
- Setzt die Entwicklungszusammenarbeit wirklich in den Bereichen an, wo sie am meisten benötigt wird oder ist diese nur ein weiteres Instrument, um europäische Interessen durchzusetzen?

Meine Thesen hierzu, welche ich im Verlauf der Arbeit auf ihre Richtigkeit bzw. Unrichtigkeit überprüfen werde, lauten:

- Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union birgt für Zentralamerika große Chancen, aber auch Risiken.
- Die potentiellen Chancen werden durch interne wie externe Faktoren erschwert. Darüber hinaus begeben sich die genannten zentralamerikanischen Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Europäischen Union.
- Auf der anderen Seite verringert sich aber das Abhängigkeitsverhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

1.2 Vorgehensweise

Um zu einem möglichst guten Ergebnis zu kommen, werde ich in einem ersten Schritt chronologisch die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Zentralamerikanischen Integrationssystems beleuchten, sowie auf deren Organisation, Zielsetzungen, Probleme und Erfolge eingehen.

In einem zweiten Schritt erscheint es mir sinnvoll, die Anfänge der Beziehungen zwischen Europäischer Union und Zentralamerika aufzuzeigen und auf die Entwicklung der beiderseitigen Partnerschaft einzugehen. Auch Vor- und Nachteile der Kooperation werden an dieser Stelle beleuchtet werden.

Ein weiterer Schwerpunktbereich wird die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union und Österreichs sein. Hier werde ich einerseits die allgemeinen Zielsetzungen in Bezug auf Zentralamerika herausarbeiten sowie deren Eignung zur Armutsbekämpfung in den betroffenen Ländern aufzeigen. Da Nicaragua das Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Zentralamerika ist und zudem sehr viele internationale Geber in diesem Land präsent sind, wird der Abschnitt über Nicaragua entsprechend mehr Platz in Anspruch nehmen als bei den Partnerländern Guatemala und El Salvador.

In einem abschließenden Teil werde ich die Auswirkungen der so genannten strategischen Partnerschaft sowie der Entwicklungszusammenarbeit auf Zentralamerika im Allgemeinen und die Armutsbekämpfung im Speziellen zusammenfügen und, wenn möglich, einen Ausblick auf die Zukunft geben.

1.3 Definition des Terminus „Armut“

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen von Armut. Weit verbreitet ist die Einteilung in „absolute“ und „relative“ Armut:

„Dieser [absolute] Armutsbegriff geht von materiellen Mangelzuständen aus, die sich vor allem auf die existentiellen Bedürfnisse wie Ernährung, Kleidung, Unterkunft und Gesundheitsfürsorge beziehen. Als absolut arm kann derjenige bezeichnet werden, dem es an ausreichenden Mitteln fehlt, seine körperliche Existenz zu sichern. (...). Unter *relativer Armut* werden eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben verstanden. Mit relativer Armut wird ein Mangel oder das Fehlen von Mitteln bezeichnet, die zur Sicherung des Lebensbedarfs auf dem jeweils historisch geltenden

kulturellen Standard einer Gesellschaft und zur Teilnahme am normalen gesellschaftlichen Leben notwendig sind. Außerdem wird von der *relativen Einkommensarmut* gesprochen. Auf diesen Begriff stützen sich die meisten Datenerhebungen, dieser Begriff fasst das nationalstaatliche Verständnis von Armut zusammen. Damit wird eine bestimmte prozentuelle Unterschreitung eines gewichteten Medianeinkommens (=Nettoäquivalenzeinkommen oder Äquivalenzeinkommen) der jeweiligen Gesellschaft bezeichnet. Das Unterschreiten von 40% dieses gewichteten Durchschnittseinkommens wird als „*Armutsnähe bzw. Niedrigeinkommen*“ bezeichnet, das Unterschreiten von 50% als „*Armut*“, das Unterschreiten von 60% als „*strenge Armut*.“ In der EU gilt die Armutsgrenze bei 60% des Äquivalenzeinkommens des jeweiligen Nationalstaates“¹.

Armut ist ein vielschichtiges Phänomen, welches mit vielen Bereichen, wie Bildung, Gesundheit und Umwelt sowie Ökonomie, in Beziehung steht. Es gibt Wechselwirkungen zwischen diesen Bereichen. Ein Mensch, welcher in Armut lebt, kann seine grundlegenden Bedürfnisse, sowohl in monetärer als auch in sozialer Hinsicht nicht befriedigen. Jedoch nimmt jeder Mensch Armut subjektiv wahr, abhängig von seiner Einstellung und seinem kulturellen Hintergrund. Wenn zum Beispiel ein Mensch einen anderen als arm bezeichnet, so heißt dies noch lange nicht, dass sich diese als arm bezeichnete Person auch selbst so bezeichnen würde:

„Man kann auch zwischen der objektiven (messbaren und beobachtbaren) und der subjektiven (wahrgenommenen) Dimensionen von Armut unterscheiden. *Subjektive Armut* ist eine persönliche Erfahrung, dass die Mittel zur Erreichung der anzustrebenden Ziele nicht ausreichen, sie beruht auf subjektiv-individuellen Vergleichen. Diese Erfahrung kann nun sowohl objektive Armut bedeuten als auch heißen, dass kein Fall von „objektiver Armut“ vorliegt, je nachdem, zu welchen Indikatoren die gemachte subjektive Erfahrung in Relation gesetzt wird. Wenn man diese subjektive Erfahrung zum durchschnittlichen gesamtgesellschaftlichen Lebensstandard in Beziehung setzt und als solche auch von anderen Mitgliedern der Gesellschaft erkannt wird, dann bedeutet diese subjektive Armut auch eine objektive. Wenn aber die jeweilige höhere Schicht den Bezugspunkt bildet, dann kann hier nicht vom Vorhandensein der Armut gesprochen werden (z.B. ein durch Glücksspiel verarmter Arzt oder der Wunsch eines Bürgers aus der Mittelschicht, einen Urlaub auf Mallorca zu machen, und die faktische Unmöglichkeit, das zu realisieren, kann bei ihm ein Gefühl, dass er arm wäre, auslösen

¹ Döring 2003:28f.

etc.). (...). *Objektive Armut* ist ein durch Außenstehende beobachtbarer Zustand, der unabhängig von der Wahrnehmung der Betroffenen festzustellen ist. Diese Armut kann also entweder durch die Wissenschaftler oder auch andere Gesellschaftsmitglieder (z.B. Politiker, Journalisten) beobachtet und/oder gemessen oder staatlich festgelegt werden, die dann durch die Beamten als solche festgestellt wird. Man könnte z.B. die staatlich festgelegte Sozialhilfeschwelle als objektive Armutsgrenze bezeichnen in dem Sinne, dass es messbar und überprüfbar ist, wer Anspruch auf die Sozialhilfe hat. Ob die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Armut wirklich ein objektives Bild der Wirklichkeit liefert, ist eine andere Frage“².

² Ebd.:26f.

2 El Sistema de Integración Centroamericana

Die Abkürzung "SICA" steht für Zentralamerikanisches Integrationssystem und "SIECA" für das Zentralamerikanische Integrationssystem in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Länder Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama sind Mitglieder des Zentralamerikanischen Integrationssystems, mit Ausnahme von Panama gehören sie auch der SIECA an.³ Um die Bedeutung der SICA für die Zusammenarbeit zentralamerikanischer Staaten mit der Europäischen Union besser verstehen zu können, wird im Folgenden auf die Entstehung und Entwicklung dieses Integrationssystem sowie auf die damit verbundenen Probleme und Chancen für die zentralamerikanische Region eingegangen.

2.1 Historischer Entstehungs- und Entwicklungskontext

Im Oktober des Jahres 1951 wurde im Rahmen eines Treffens der Außenminister von Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador eine gemeinsame Charta, die so genannte Carta de San Salvador, erarbeitet, unterschrieben und ratifiziert. Dies war die Geburtsstunde der Organización de Estados Centroamericanos (kurz: ODECA), der Basis für den zentralamerikanischen Integrationsprozess.

Doktor J. Guillermo Trabanino übte als Erster das Amt des Generalsekretärs aus, San Salvador wurde als Sitz der neu gegründeten Organisation auserkoren. Drei Jahre später stieß auch Costa Rica hinzu. Um die jeweiligen Zielsetzungen auch in die Tat umsetzen zu können, wurde ein eigenes Sekretariat geschaffen, das Secretariado General del Sistema de Integración Económica Centroamericana. Dieses Sekretariat spielte und spielt noch immer eine sehr bedeutende Rolle beim Integrationsprozess, was sich auch in dessen weitem Verantwortungsbereich widerspiegelt. Die Schwerpunkte und somit die zentralen Aufgabengebiete des Sekretariats veränderten sich im Lauf der Zeit enorm. Waren in den Jahren nach der Gründung noch die Entwicklung und Stärkung der heimischen Industrie sowie allgemein die Methode der Importsubstitution vorrangig, sieht das heutzutage schon ganz anders aus.

In der darauf folgenden Dekade, den 1960er Jahren, wurde die bedeutende Rolle der neu gegründeten Organisation evident, ein reger Gedankenaustausch zwischen Bevöl-

³ vgl. Köpke 2006:1

kerung und Regierungsstellen setzte ein, eine breite Palette von Themen (u. a. Kultur und Bildung) wurde diskutiert sowie Übereinkommen (Convenio sobre el Régimen de Industrias Centroamericanas de Integración) und Verträge (Tratado General de Integración Económica Centroamericana) geschlossen. Die zuvor erwähnte Carta de San Salvador wurde an die damaligen Bedürfnisse des Integrationsprozesses angepasst und im Jahr 1962 mit den entsprechenden Abänderungen unterzeichnet. Die 1960er Jahre waren sozusagen ein Höhepunkt der zentralamerikanischen Integrationsbemühungen sowie auch des Handels zwischen den Regionen, welcher in diesem Zeitraum deutliche Wachstumsraten aufwies.

Ab dem Ende der 1960er Jahre bis in die Mitte der 1980er Jahre hatte die zentralamerikanische Region aber mit beträchtlichen Problemen zu kämpfen, welche den Integrationsprozess beinahe zum Erliegen brachten. Diese Ereignisse waren auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen. In wirtschaftlicher Hinsicht gab es große Diskrepanzen, denn Costa Rica, Guatemala und El Salvador standen wirtschaftlich gesehen sehr gut da, während Honduras und Nicaragua mit einer schwächelnden Wirtschaft zu kämpfen hatten. Aufgrund ökonomischer und politischer Differenzen entstanden Konflikte. Diese Konflikte entwickelten sich zu einem Krieg zwischen Honduras und El Salvador (1969) sowie zu Bürgerkriegen in Nicaragua, Guatemala und El Salvador in den 1970er und 1980er Jahren.

Mit dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen gewann auch der Integrationsprozess wieder an Dynamik. Die Mitglieder der bereits erwähnten ODECA fassten im Jahr 1991 den Entschluss, ein zentralamerikanisches Integrationssystem namens SICA sowie ein zentralamerikanisches Integrationssystem für wirtschaftliche Angelegenheiten mit dem Namen SIECA zu schaffen. Die Gründung der SICA/SIECA geht auf das Protokoll von Tegucigalpa zurück, welches quasi als eine Art Reform der Carta von San Salvador aus dem Jahre 1962 angesehen werden kann. Zwei Jahre später, 1993, wurde die SICA/SIECA durch das Protokoll von Guatemala (Protocolo al Tratado General de Integración Económica Centroamericana) rechtswirksam. Das Ziel war eine zentralamerikanische Wirtschaftsunion, welche sich durch eine auf Freiwilligkeit basierende, schrittweise und auf Fortschritt bedachte Vorgehensweise auszeichnen sollte. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei der SIECA, welche ihren Sitz ebenfalls in Guatemala hat. Durch diesen Vertrag wurde es den SICA-Mitgliedern möglich, einheitlich vor der Europäischen Union aufzutreten und ihre Standpunkte, zumindest theoretisch, auf gemeinsamer Basis zu vertreten. Dieses Vorgehen der

zentralamerikanischen Länder fand auch bei den Vereinten Nationen Anklang und Unterstützung.⁴

Neben den Mitgliedern Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua, El Salvador und Panamá, kam auch noch Belize (als Vollmitglied) hinzu. Daneben gibt es noch die Dominikanische Republik als assoziiertes Mitglied und regionale wie externe Observatoren (wie zum Beispiel Spanien). Die zentralamerikanische Integration ist für die Mitglieder wichtig, da man nach den schrecklichen Konflikten der Vergangenheit, den Frieden in der Region dauerhaft sicherstellen sowie Demokratie, Freiheit und Entwicklung in Zentralamerika vorantreiben möchte. Im Herbst 1994 wurde ein weiterer wichtiger Schritt in den Bemühungen um eine zentralamerikanische Integration gesetzt. Es wurde die Alianza para el Desarrollo Sostenible (ALIDES) geschaffen, welche sich auf Nachhaltigkeitsaspekte in den Bereichen Demokratie, soziokulturelle und wirtschaftliche Entwicklung sowie einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen konzentriert.

Im März 1995 wurde der Tratado de la Integración Social Centroamericana unterzeichnet, welcher die Grundlage des Sozialen Subsystems darstellt. Dabei geht es in erster Linie darum, die jeweiligen Sozialpolitiken der Länder untereinander in Einklang zu bringen. Noch im selben Jahr wurde der Tratado Marco de Seguridad Democrática in Honduras unterschrieben. Durch Demokratie und gestärkte Institutionen soll die Sicherheit von Personen und Gütern, die Bekämpfung der Korruption sowie des Drogen- und Waffenhandels sichergestellt werden.⁵

2.2 Zielsetzungen und Methoden zur Zielerreichung

Um ein friedvolles, freies, demokratisches und auf nachhaltiger Entwicklung basierendes Umfeld in Zentralamerika zu schaffen, waren und sind zahlreiche Veränderungen, Bemühungen, aber auch ein teilweises Umdenken erforderlich. Die SICA hat aus diesem Grund mehrere Prinzipien und Maßnahmen aufgestellt, wovon ein paar dargestellt werden sollen.

⁴ vgl. Lagos Andino 2006:22; Köpke 2006:11; SICA 2007a

⁵ vgl. SICA 2007a

Ein sehr wichtiger Punkt ist die Stärkung der Demokratie als Ganzes, wobei natürlich die Förderung der Institutionen nicht fehlen darf.

Weitere Schlagworte, welche in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen, sind: Freiheit, Kampf gegen Korruption, Gewalt, Waffenhandel etc. sowie Minderung der (extremen) Armut, Förderung nachhaltiger Entwicklung und vieles andere mehr. Natürlich werden auch die regionalen Integrationsbemühungen nicht außer Acht gelassen, welche in ihrer Gesamtheit gestärkt werden sollen, um Wohlstand und Sicherheit für die Bevölkerung sowie eine möglichst reibungslose Integration in die Weltwirtschaft zu erreichen. Um die genannten Vorsätze in die Realität umsetzen zu können, einigte man sich auf folgende Grundsätze: die Einhaltung der Menschenrechte ist von fundamentaler Bedeutung, ebenso, wie schon zuvor erwähnt, Frieden, Freiheit, Entwicklung und Demokratie sowie Solidarität und Gleichheit.

Im Großen und Ganzen fokussiert die SICA ihre Bemühungen aber auf fünf große Bereiche. Unter den ersten Punkt fällt die Intention, bestehende Ungleichheiten zu minimieren sowie ganz allgemein eine auf Nachhaltigkeit basierende Entwicklung der Region zu forcieren. Weitere Ziele sind zum einen die Integration der zentralamerikanischen Länder bzw. deren Ökonomien in die Weltwirtschaft und zum anderen eine verbesserte, gestärkte Verhandlungsposition auf internationaler Ebene. Der vierte Punkt widmet sich allgemein dem Integrationsprozess und zielt hierbei vor allem auf ein sinnvolles, realitätsgetreues Tempo bei den Integrationsbemühungen ab. Der fünfte und somit letzte Punkt hat die Schaffung einer zentralamerikanischen Zollunion zum Inhalt.⁶

2.3 Organisation – Struktur, Organe, Institutionen

Im Folgenden wird die Organisationsstruktur des zentralamerikanischen Integrationssystems dargestellt. Auf eine genauere Betrachtung aller Institutionen wird aber verzichtet, da dies meiner Meinung nach für den Zweck dieser Arbeit nicht zielführend ist.

Das Zentralamerikanische Integrationssystem besteht aus 8 Organen, nämlich der Präsidentenversammlung, der Versammlung der Vizepräsidenten, dem Zentralamerikanischen Parlament (PARLACEN), dem Zentralamerikanischen Gerichtshof, dem Rat der Außenminister, einem ausführenden Gremium/Komitee, dem Generalsekretariat

⁶ vgl. Grünberg 2005:22; SICA 2007c

sowie dem beratenden Gremium/Komitee. Darüber hinaus gibt es vier große Institutionen, welche über zahlreiche Subinstitutionen verfügen. Zu den Hauptinstitutionen zählen „Secretarías del Sistema“, „Instituciones Especializadas“, „Instituciones Ad-hoc Intergubernamentales“ sowie „Foros Sectoriales“. Die diversen Sekretariate des Integrationssystems stehen in direkter Beziehung mit dem Generalsekretariat. Insgesamt 8 Sekretariate haben unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. Das wohl bekannteste ist das Secretaría de Integración Económica Centroamericana (SIECA), daneben gibt es aber noch Sekretariate, für die Bereiche Umwelt und Entwicklung, Wasserressourcen, Währung, Landwirtschaft, Bildung und Kultur, sowie Soziales und Tourismus. Zu den Fachinstitutionen gehören unter anderem die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration, das Zentrum zur Förderung von Mikro- und Kleinbetrieben in Zentralamerika, das Institut für Ernährung von Zentralamerika und Panama sowie das Zentralamerikanische Institut für Öffentliche Verwaltung. Zur dritten Gruppe werden folgende Institutionen gezählt: der Zentralamerikanische Rat der Institutionen der Sozialversicherung/Krankenkasse, die Kommission für Wissenschaft und Technik Zentralamerikas und Panamas und so weiter. Die vierte und letzte Institution sind die sektorbezogenen Foren. Die in den einzelnen Foren behandelten Themen sind: Kohlenwasserstoff, Sozialversicherung/Krankenkasse, Wissenschaft und Technologie, Wohnen und menschliche Siedlungen, Elektrifizierung und Migration.⁷

Für nähere Informationen möchte ich auf die Website des Zentralamerikanischen Integrationssystems (<http://www.sica.int>) verweisen.

⁷ vgl. SICA 2007b

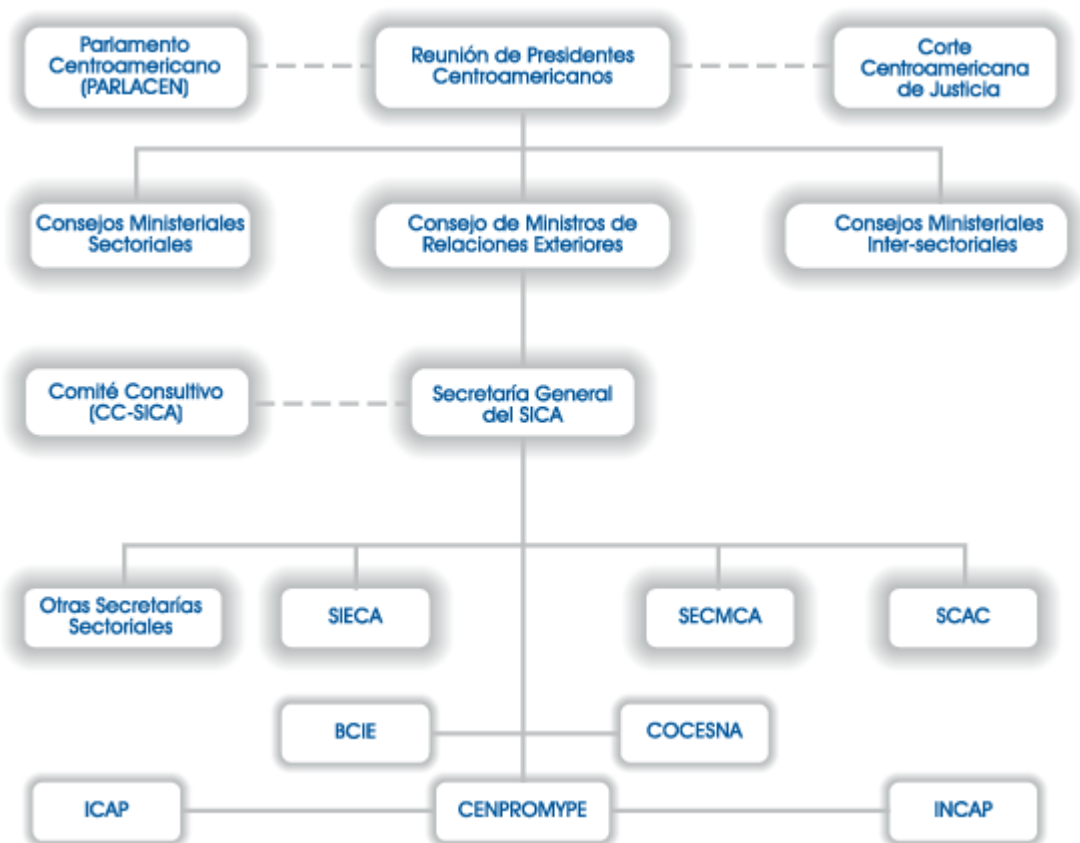


Abb. 2: Organisationsstruktur des Zentralamerikanischen Integrationssystems.
 Quelle: http://www.sica.int/sica/organizacion_int.aspx?IdEnt=401

Die Bank des zentralamerikanischen Integrationssystems trägt den Namen „El Banco Centroamericano de Integración Económica (BCIE)“ und wurde in den 1960er Jahren gegründet. Ihr Sitz befindet sich in Tegucigalpa. Die Tätigkeiten der zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration umfassen Dienstleistungen sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Bereich. Nicht nur die Mitglieder des Zentralamerikanischen Integrationssystems, sondern auch andere Länder, wie z.B. Mexiko und Argentinien, sind Mitglieder der Bank.

Die Gründung des so genannten PARLACEN, des zentralamerikanischen Parlamentes, geht auf das Jahr 1987 (Tratado Constitutivo) zurück. Der Sitz des Parlaments befindet sich in Guatemala. Die Zahl der Mitglieder verdoppelte sich seit 1987, denn zu den Gründungsmitgliedern Guatemala, El Salvador und Honduras gesellten sich im Laufe der Zeit drei weitere Länder (Nicaragua, Panamá und die Dominikanische Republik). Jedes Land entsendet 20 Abgeordnete, darüber hinaus sind auch noch die jeweiligen Präsidenten und Vizepräsidenten der vorangegangenen Legislaturperiode im zentralamerikanischen Parlament vertreten.

Das bereits erwähnte Sekretariat für wirtschaftliche Angelegenheiten (SIECA), mit Sitz in Guatemala, besteht schon seit mehr als vier Dekaden. Neben Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador ist auch Costa Rica Mitglied. Die jeweiligen Wirtschaftsminister sind für die Leitung des Sekretariats zuständig. Der Verantwortungsbereich des Sekretariats ist breit gestreut, denn es ist neben der angestrebten Zollunion ebenso für die Verhandlungen von Freihandelsabkommen verantwortlich.

Es gibt auch einen seit 1991 bestehenden Gerichtshof. Dieser befindet sich in Nicaraguas Hauptstadt Managua. Zu seinen Mitgliedern zählen die Länder Honduras, Nicaragua und El Salvador. Für eventuelle Streitigkeiten mit anderen Mitgliedsländern der SICA, welche nicht Mitglieder des Gerichtshofes sind, wurde eigens eine Schlichtungsstelle für wirtschaftliche Streitigkeiten ins Leben gerufen.

Das Zentralamerikanische Integrationssystem verfügt, wie deutlich zu sehen ist, über viele unterschiedliche Einrichtungen. Auf den ersten Blick erscheint es problematisch, dass nicht alle Mitgliedsländer der SICA Mitglieder der entsprechenden Organisationen sind, denn zum Beispiel ist Costa Rica weder im zentralamerikanischen Parlament noch im Gerichtshof vertreten bzw. Mitglied.⁸

Der Integrationsprozess berücksichtigt die unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Interessenslagen der zentralamerikanischen Länder, was sich einerseits darin zeigt, dass nicht jedes Land einem verhandelten Abkommen beitreten muss und andererseits darin, dass es unterschiedliche Rhythmen der Implementierung von Maßnahmen gibt. Diese Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern können sich aber auch negativ auf den Integrationsprozess auswirken. Eine Stärkung der Sozialen Kohäsion könnte diese potentiellen Auswirkungen abfedern.⁹

2.4 Schwächen und Stärken zum jetzigen Zeitpunkt

Laut Chamorro Marín ist für einen gelungenen Integrationsprozess vor allem eines wichtig, nämlich eine entsprechende Freude an Innovationen. Man soll nicht an einem Punkt zu Stehen kommen und dort verweilen, sondern das Gegenwärtige in Frage stellen und neu formulieren bzw. von einem anderen Blickwinkel betrachten, um es somit „más funcional, vinculante y participativo“ zu machen. Mit „funcional“ meint Chamorro

⁸ vgl. Lagos Andino 2006:22f.

⁹ vgl. Gómez Lacayo 2005:3ff.

Marín die zuständigen Institutionen und deren Entscheidungsfindungs- und Durchsetzungsprozess. Mit „vinculante para los estamentos oficiales del proceso (gobiernos especialmente)” und „participativo” meint Chamorro Marín die Teilnahme der Zivilgesellschaft.¹⁰

Um die Ziele der regionalen Integration, wie effiziente Eingliederung in die Weltwirtschaft, Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung auch in die Tat umsetzen zu können, ist einerseits internationale Unterstützung und andererseits eine neue, auf aktuelle Herausforderungen zugeschnittene Integrationsstrategie von fundamentaler Bedeutung. Die zentralamerikanischen Länder haben sich dies zu Herzen genommen und sowohl ihre Integrationsstrategie als auch ihre Strategie der nachhaltigen Entwicklung neu definiert. Das Generalsekretariat des Zentralamerikanischen Integrationssystems sowie regionale Institutionen haben einerseits an einer Diagnose der regionalen Zusammenarbeit und andererseits am Thema „proceso de alineamiento y armonización“ gearbeitet. Man einigte sich auf einen Aktionsplan für die Dauer eines Jahres, welcher klare Zielsetzungen sowie genau definierte Zeitpläne zum Inhalt hat. Die Rahmenbedingungen basieren auf den Leitsätzen der Deklarationen von Monterrey, Paris und Rom, repräsentieren die Position der zentralamerikanischen Länder im internationalen Dialog und darüber hinaus orientiert man sich im Abkommen an den international anerkannten Ausrichtungen von DAC und OECD. Insgesamt wurden fünf wesentliche Bereiche definiert, um diesen Prozess in Gang zu setzen.¹¹

Der erste Punkt wurde „Führungsrolle und Aneignung“ genannt. Die Führungsrolle des Zentralamerikanischen Integrationssystems soll durch die Präsidenten-Gipfel erfolgen, die Koordinierung ist Aufgabe der jeweiligen Kanzler. Man legt dabei vor allem Wert auf eine kohärente, effektive, ressourcenoptimale und vollständige Kooperation. Die vollziehende Rolle kommt dem Generalsekretariat der SICA zu, unter anderem ist es für die Überwachung der Umsetzung politischer Entscheidungen sowie für allgemeine Koordinationsaufgaben zuständig. Ebenfalls unter diesen ersten Punkt fällt die Erarbeitung der Integrationsstrategie sowie einer Strategie für nachhaltige Entwicklung. Zu beachten ist an dieser Stelle, dass die jeweiligen sektorspezifischen Strategien in Einklang mit der Gesamtstrategie stehen sollen.

Der zweite Punkt „Planung, Evaluierung und Überwachung“ spricht im Großen und Ganzen für sich. Festzuhalten wäre hier, dass es sowohl mehrjährige wie auch jähr-

¹⁰ vgl. Chamorro Marín 2006:18

¹¹ vgl. SICA 2006:2ff.

liche Pläne gibt. Geplant sind einerseits regelmäßige Treffen, die Erarbeitung gemeinsamer Indikatoren sowie eine Verbesserung der Informationssysteme.

Der dritte Bereich betrifft die „Stärkung der Institutionen“. Darunter fallen konkrete Pläne für die regionale Integration und die nachhaltige Entwicklung, festgelegte Koordinationsmechanismen sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen und eine gemeinsame Entscheidungsfindung über Maßnahmen für den Integrationsprozess. Zusätzlich werden Verbesserungen im Finanzbereich und im Bereich der Administration angestrebt sowie ein- und mehrjährige Budgets erstellt. Diese Maßnahmen sollen sich auch positiv auf Humankapital und Technologien auswirken. Als übergeordnetes Ziel kann die Forcierung der Kooperation angesehen werden. Um mit dieser Strategie erfolgreich sein zu können, müssen sich die jeweiligen Maßnahmen ergänzen und dürfen sich nicht gegenseitig abschwächen.

Der vierte Punkt spricht die Beteiligung der Zivilgesellschaft an, welche vor allem durch eine Stärkung des „Consejo Consultativo del SICA“ erhöht werden soll. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Bevölkerung leicht an Informationen über den Stand des Integrationsprozesses kommen kann.

Der fünfte und letzte Bereich nennt sich „Coordinación con los países y agencias cooperantes“. Darunter fallen Maßnahmen, welche allgemein zu einem verbesserten Kommunikationsprozess führen sollen.

Es werden regelmäßige Treffen der Verantwortlichen sowie Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen angestrebt. Die wesentlichen Funktionen der Koordinationsinstanz sind: die Überwachung, Durchführung und Bewertung des erwähnten Aktionsplanes durch zuvor festgelegte Indikatoren, die Identifikation gemeinsamer Standpunkte und vieles mehr.¹²

Damit der Integrationsprozess zu einem Erfolg wird, ist die Mithilfe drei wesentlicher Gruppen erforderlich, nämlich der Regierungen, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors sowie der Internationalen Gemeinschaft.¹³

¹² vgl. Ebd.:8ff.

¹³ vgl. Gómez Lacayo 2005:8

3 Kooperation mit der Europäischen Union

In den 1980ern begann zwar das Engagement der Europäischen Union in Zentral-/Lateinamerika, hatte aber, laut Ramjas, noch keinen besonderen Stellenwert für beide Partner. Das Augenmerk der Europäischen Union lag vielmehr auf den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik), was sich auch im Lomé-Vertrag manifestierte. Im Falle von Lateinamerika war der Blick nicht so sehr auf den europäischen Kontinent gerichtet, sondern vielmehr in Richtung der Vereinigten Staaten von Amerika, was sich in den Grundsätzen ihrer jeweiligen (Außen-)Politik widerspiegelte. Hierfür spielten nicht so sehr die militärische Stärke und die Hegemonie der USA, sondern vor allem der amerikanische Markt eine zentrale Rolle. Die Abhängigkeit von Amerika besteht weiterhin, vor allem bei Exportprodukten. Dieses erwähnte Desinteresse zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika ist auch in den Abkommen jener Periode sichtbar, da jene, so Ramjas, jeglicher klarer Zielsetzung entbehren. Die Situation verbesserte sich, als die Europäische Union mit der Andengemeinschaft und der zentralamerikanischen Region ein Rahmenabkommen über wirtschaftliche Kooperation abschloss. Die Ergebnisse blieben aber bescheiden. Wesentliche Verbesserungen setzten erst in den 1990er Jahren ein, der Prozess wurde dynamischer, das beiderseitige Interesse stieg an. Ein nicht unwesentlicher Impuls kam vom Beitritt Spaniens und Portugals in die Europäische Union. Die Deklaration von Rom aus dem Jahre 1990 zwischen den Bundeskanzlern der Europäischen Union und der Río-Gruppe war das erste Zeichen in diese Richtung. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung wurde 1994 von der Europäischen Union gesetzt, nämlich ein Vorschlag zur verstärkten Zusammenarbeit beider Partner in neuer Form.¹⁴

Zu den 1980er Jahren ist zu betonen, dass vor jener Dekade Verbindungen zwischen lateinamerikanischen und europäischen Staaten bestanden, bevor diese bilateralen von multilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union abgelöst beziehungsweise zumindest in den Hintergrund gedrängt wurden. Die zunehmende Integration der Europäischen Union, wie sie zum Beispiel durch die Einführung einer Gemeinsamen Währung oder der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten erfolgte, hatte zur Folge, dass die EU mehr und mehr als einheitliches Ganzes auftreten und seine Interessen stärker zum Ausdruck bringen konnte. Im Laufe der Zeit verlagerte sich das Gewicht von den politischen Anliegen auf die wirtschaftlichen, wodurch vor allem die weitgehende Hinwen-

¹⁴ vgl. Ramjas 1996:102ff.

derung (bzw. zumindest den Versuch, Anm.) lateinamerikanischer Staaten zur Demokratie zurückzuführen ist. Die Periode von 1990 bis 2002 führte zu einem signifikanten Anstieg des Handelsvolumens, man erreichte eine Verdoppelung. Die Bedeutung der Europäischen Union für den lateinamerikanischen Kontinent stieg an, auch wenn man den USA deren führende Rolle nicht annähernd streitig machen konnte. Die Europäische Kommission beschloss schon vor dem EU-Lateinamerika Gipfel in Wien die „strategische Partnerschaft“ mit Lateinamerika wieder stärker aufleben zu lassen. Der Begriff „strategische Partnerschaft“ ist in diesem Zusammenhang nicht neu, sondern wird bereits seit dem Jahr 1999 (1. Gipfel in Río de Janeiro) verwendet. Um den anvisierten Integrationsprozess weiter zu beschleunigen bzw. die gegenseitigen Beziehungen weiter zu vertiefen, wurden vor allem Fonds bei der Europäischen Investitionsbank eingerichtet. „Die dafür bereitgestellten Mittel werden zum Teil über die europäischen Mitgliedsstaaten der ‚Interamerikanischen Entwicklungsbank‘ (BID, Banco Interamericano de Desarrollo) kanalisiert, die speziell exportwirtschaftliche Entwicklung mit Vorhaben der EU verbinden, Normenanforderungen der EU-Märkte zu entsprechen und die Investitionsbedingungen für privates europäisches Kapital zu verbessern“¹⁵. Mit den öffentlichen Mitteln der Europäischen Union soll es somit der Privatwirtschaft ermöglicht werden, in Lateinamerika ihren Geschäften nachzugehen bzw. Anreize für Investitionen zu schaffen. Die Bemühungen der Europäischen Union, die Integrationsprozesse in Lateinamerika zu beschleunigen sowie deren Beziehungen mit latein- bzw. zentralamerikanischen Staaten zu stärken, sind nicht nur auf die SICA beschränkt. Im Jahr 2000 einigten sich die Europäische Union und Mexiko über ein Freihandelsabkommen. Das bereits bestehende „Globalabkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit“ wurde noch im gleichen Jahr Veränderungen unterzogen. Darüber hinaus wurden seitens der Europäischen Union Gespräche über mögliche Assoziationsabkommen mit Chile und dem Mercosur geführt. Mit Chile konnte man sich einigen und dieses Abkommen wurde im Jahr 2005 in die Tat umgesetzt. Die Gespräche mit dem Mercosur kamen zu keinen wesentlichen Ergebnissen.¹⁶

Im Gegensatz zu den USA, welche ihre Führungsrolle auf ihre militärische Überlegenheit stützen, geht die Europäische Union bei der Umsetzung ihrer Ziele anders vor. Es wird versucht, Lösungen auf Konsensbasis zu finden und nicht durch Anwendung von Druckmitteln. Dass es, aufgrund der angestrebten Konsenslösung, oft zu sehr langwierigen und schwierigen Gesprächen kommt, welche nicht immer von Erfolg gekrönt sind,

¹⁵ Köpke 2006:19

¹⁶ vgl. Stackl 2006:3f.; Köpke 2006:11;19

erklärt sich von selbst. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Partnern besteht im Maß der bereits erreichten Integration. Ein Vorteil der Verbindung mit der Europäischen Union ist für die latein- bzw. zentralamerikanischen Staaten dahingehend zu sehen, dass die Europäische Union „als ein Gegengewicht“ zu den Vereinigten Staaten von Amerika angesehen werden kann. Es herrschen teils gewaltige (Interessens-)Gegensätze zwischen den lateinamerikanischen Ländern, und dies zeigt sich auch im ambivalenten Verhältnis zu den USA. Während sich die eine Seite von der Europäischen Union erhofft, dass sie sich von den USA nicht einschüchtern lässt, darf auf der anderen Seite die starke und seit langem bestehende „Abhängigkeit“ Lateinamerikas in vielen wesentlichen Bereichen nicht beiseite gekehrt bzw. unterschätzt werden. „Europa und Lateinamerika sehen sich beide derselben zentralen Schwierigkeit gegenüber: Die internationalen Prioritäten und die gemeinsamen Werte, die sie geltend machen, werden gegenwärtig von ihrem stärksten Verbündeten, den USA, nicht sonderlich hoch bewertet“^{17, 18}.

Die Europäische Gemeinschaft ist mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausgestattet und verfügt über eine Reihe eigener Kompetenzen. Über ein paar dieser angesprochenen Kompetenzen übt sie das alleinige Recht aus, andere wiederum sind den jeweiligen Mitgliedstaaten vorbehalten. Es gibt aber auch Bereiche, in denen eine gemeinsame Ausübung der Kompetenzen erfolgt. *„En lo que se refiere al ejercicio de sus competencias propias, sobre todo aquellas que son exclusivas, la Comunidad –y en su seno la Comisión en particular– tiende a ser muy recelosa a aceptar compromisos internacionales en contextos donde la presencia de los Estados miembros es muy fuerte (casi dominante incluso, como es el caso de las Cumbres UE-ALC)“*¹⁹.

Die Europäische Gemeinschaft spielt darüber hinaus eine äußerst bedeutende Rolle beim europäischen Integrationsprozess, sie erfüllt eine Katalysatorwirkung, indem sie die jeweiligen Mitgliedstaaten zu einem gemeinsamen Vorgehen motiviert.

Die europäische Integration wurde durch die Verträge von Maastricht (1992), Amsterdam (1997), Nizza (2001) sowie den Vertrag über eine Europäische Verfassung noch weiter vertieft. Dieses Vorgehen wäre auch für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen von enormer Bedeutung. Nicht nur die hohe politische Bedeutung der

¹⁷ Whitehead et al. 2007:3

¹⁸ vgl. Ebd.:3

¹⁹ Torrent 2005:2

Europäischen Gemeinschaft in der Außenpolitik ist hier von Belang, sondern vor allem ihre Fähigkeit, Anstöße zu geben und stockende Prozesse ins Rollen zu bringen.²⁰

Die wichtigsten Akteure der Europäischen Union sind die Europäische Kommission, der Ministerrat, der Europäische Rat sowie das Europäische Parlament. Da es leicht zu Verwirrungen hinsichtlich ihrer Aufgabenbereiche kommen kann, werden jene in Folge kurz vorgestellt.

Die Europäische Kommission ist bekannt als Hüterin der Verträge. Sie überwacht die Einhaltung dieser durch die Mitgliedstaaten und ist befähigt, bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht harte (wirtschaftliche) Sanktionen zu verhängen. Die Kommission verfügt darüber hinaus über ein gesetzliches Initiativrecht, sprich nur sie darf Gesetzesentwürfe erstellen und dem Rat sowie dem Parlament zur Abstimmung vorlegen. Die personelle Besetzung der Europäischen Kommission besteht aus insgesamt 25 Personen, jedes Mitgliedsland entsendet einen Kommissar (weisungsfrei). Die Kommission ist darüber hinaus ein ausführendes Organ (Exekutivorgan), d.h. sie ist für die Ausführung politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene zuständig. Zudem obliegt ihr die Verwaltung eines Teilbereiches des gemeinsamen Budgets (inkl. EZA-Mittel). Zur Europäischen Kommission zählt weiters das "Oficina de Cooperación EuropeAid", welches sich um die oben genannten EZA-Mittel kümmert.²¹

Das eigentliche gesetzgebende Organ der Europäischen Union ist der Ministerrat. Hier erfolgt die Zusammenarbeit sektorspezifisch. Die Mitgliedsstaaten werden durch ihre jeweiligen Minister vertreten. Im Rahmen des Ministerrates werden Diskussionen über Annahme oder Ablehnung der von der Kommission unterbreiteten Vorschläge geführt. Normalerweise reicht eine qualifizierte Mehrheit zur Annahme aus, in besonderen Fällen gilt aber das Einstimmigkeitsgebot (z.B. Internationale Beziehungen).

Zusätzlich gibt es den Ausschuss der ständigen Vertreter, welcher die Kommission „bei der Durchführung des Budgets kontrolliert“. Der Europäische Rat besteht aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und tagt viermal pro Jahr. Im Rahmen dieser Treffen werden die politischen Richtlinien sowie die Prioritäten für das Handeln von Kommission und Rat festgelegt. Die Bedeutung des Europäischen Parlaments wurde mit jedem zusätzlichen Vertrag größer. Das Parlament zählt über 700 Abgeordnete und stellt sich alle fünf Jahre den Wählern. Wie auch auf staatlicher Ebene sind die Abgeordneten in politische Lager gespalten. Jedoch ist das Europäische Parlament im Unterschied zur einzelstaatlichen Ebene nicht dazu ermächtigt,

²⁰ vgl. Rouquayrol Guillemette/Herrero Villa 2006:12; Torrent 2005:2

²¹ vgl. Rouquayrol Guillemette/Herrero Villa 2006:8ff.

Gesetzesentwürfe vorzulegen. Dies bleibt der Europäischen Kommission vorbehalten. Ein wichtiges Mitspracherecht kommt dem Parlament dahingehend zu, als es die jährlichen Budgets der Europäischen Union (Vorschlag seitens der Kommission) genehmigen, aber ebenso blockieren kann. Das Europäische Parlament kann der Kommission sowie den Mitgliedsstaaten Änderungsvorschläge unterbreiten beziehungsweise Änderungsanträge stellen.²²

Das Wort „Soziale Kohäsion“ zieht sich seit dem Gipfeltreffen in Guadalajara wie ein roter Faden durch die Geschichte der Kooperation zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika. In Verbindung mit dem Begriff „Soziale Kohäsion“ steht allgemein ein Zugehörigkeitsgefühl sowie Solidarität. Dies zeigt sich darin, dass Menschen in einer Gemeinschaft zusammenleben und am öffentlichen Leben teilnehmen (können). In diesem Zusammenhang spielen unter anderem Menschenrechte und Menschenwürde, Freiheit und Frieden sowie gegenseitige Anerkennung und Respekt eine entscheidende Rolle. Das Ziel der „Sozialen Kohäsion“ ist die Schaffung einer Gesellschaft, in welcher Ausgrenzung keinen Platz findet. Der Begriff bezieht sich auf alle Menschen gleich, egal ob sie reich oder arm sind. Darüber hinaus bezieht sich die „Soziale Kohäsion“ auf viele verschiedene Bereiche, u.a. Wirtschaft, Politik und Kultur. Für die Durchsetzung und Förderung der „Sozialen Kohäsion“ sind primär der Staat und seine Institutionen zuständig. Der ganze lateinamerikanische Kontinent leidet unter gewaltigen strukturellen Problemen, welche sich unter anderem in einer enormen Ungleichverteilung der Ressourcen widerspiegeln. „Soziale Kohäsion“ kann diese strukturellen Probleme aufbrechen und somit einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung leisten. Dieser Begriff ist aber ebenso für die Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Regionen relevant.²³

²² vgl. Ebd.:9f.

²³ vgl. Herrera Cáceres 2006:31f.

3.1 *Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea*

Aufgrund der vielfältigen Interessenskonflikte und Vorgehensweisen der lateinamerikanischen Länder habe ich mich dazu entschlossen, die Geschehnisse der diversen Gipfel sehr allgemein wiederzugeben und detaillierter auf Themen betreffend Zentralamerika einzugehen.

3.1.1 San-José-Dialog, 1984

In den 1980er Jahren hatten vor allem die Länder Guatemala, Nicaragua und El Salvador mit starken Konflikten zu kämpfen. Auch die umliegenden Staaten wurden davon in Mitleidenschaft gezogen. Aufgrund dieser Auseinandersetzungen begann die Europäische Union ihr Engagement in Lateinamerika. „Die Befriedung und Integration von Kombattanten der linken Aufstandsbewegungen in El Salvador und Guatemala und der rechtsextremen Contra Anfang der 1990er Jahre wurde nach dem Ende des ‚zweiten kalten Krieges‘ und dem absehbaren Ende der Sowjetunion zunehmend evident. Die EU wollte diesen Prozess mitgestalten und ihre Interessen in der Region wahrnehmen“²⁴.

Das Jahr 1984 markiert den Beginn des „San José Prozesses“, welcher mehr oder weniger die Grundlagen und zentralen Punkte der europäischen Position gegenüber Lateinamerika schuf und auch als Beginn der beiderseitigen Kooperation angesehen werden kann. Man kam überein, auf Interventionen in Lateinamerika zu verzichten und setzte auf Schwerpunkte wie „soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und regionale Integration, Demokratie und Menschenrechte“. Diese Schwerpunkte haben bis heute keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Diese Zusammenarbeit mit Europa hatte maßgeblichen Einfluss auf die Stärkung der Demokratie und half dabei, den Frieden nach den zahlreichen Konflikten der 1980er Jahre zu sichern. Der San-José-Dialog war nicht ein einmaliges Ereignis, sondern wurde über die Zeit hinweg fortgesetzt.²⁵

²⁴ Köpke 2006:22

²⁵ vgl. Martínez Prada 2006:13; Köpke 2006:22; Stackl 2006:3

3.1.2 Protokoll von Tegucigalpa 1991 und Guatemala 1993

Wie schon zuvor erwähnt, markiert das Jahr 1991 sowohl den Beginn des heutigen Zentralamerikanischen Integrationssystems als auch des Zentralamerikanischen Integrationssystems in wirtschaftlicher Hinsicht. Das Gründungsdokument der SICA und SIECA ist das Protokoll von Tegucigalpa, welches am 13. Dezember 1991 in Honduras unterzeichnet wurde. Zwei Jahre später, am 29. Oktober 1993, wurde die neue Organisation durch das Protokoll von Guatemala (Tratado General de Integración Económica Centroamericana) rechtswirksam. Die SICA stellt nun einen von Hierarchie geprägten, juristisch-politischen Rahmen für den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses dar. Dieses Protokoll ist der Grundstein für alle weiteren Verträge, Abkommen und Entscheidungen die zentralamerikanische Integration betreffend. Es kann sozusagen als Verfassung für die Region angesehen werden, da alle zukünftigen Entscheidungen ihren Zielsetzungen, Vorsätzen und Prinzipien zu entsprechen haben.²⁶

3.1.3 Rio de Janeiro, Juni 1999

In Brasilien ging der erste Gipfel zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika über die Bühne. An dieser Stelle einigte man sich auch auf jene drei Hauptbereiche, welche sich durch alle weiteren Gipfeltreffen ziehen sollten:

- politischer Dialog,
- Kooperation und
- Handel.²⁷

Es fanden sich 48 hochrangige Politiker aus beiden Erdteilen im brasilianischen Rio de Janeiro ein, um den beiderseitigen Beziehungen Aufschwung zu verleihen. Man hatte in erster Linie die Stärkung der strategischen Partnerschaft bis zum Jahre 2010 zum Ziel, welche durch verstärkte Zusammenarbeit beider Regionen und beiderseitigem Verständnis in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur erreicht werden und sich später in so genannten Assoziationsabkommen widerspiegeln sollte.

Um diese angestrebte Partnerschaft in die Tat umsetzen zu können, wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Im Bereich der Politik wären hier zu nennen: die beiderseitigen Gespräche und die Zusammenarbeit zu verstärken, sowie die Menschenrechte

²⁶ vgl. Grünberg 2005:21ff.; Köpke 2006:11

²⁷ vgl. Ministerio de Economía 2008

und die Freiheit zu schützen. Auf dem wirtschaftlichen Feld sprach man sich unter anderem für eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regionen sowie für eine Liberalisierung des Handels aus. Im kulturellen Bereich wurde das Hauptaugenmerk auf die Förderung des allgemeinen Bildungszugangs, der kulturellen Unterschiede wie auch des kulturellen Erbes beider Regionen gelegt. Zudem wurden auch baldige Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Chile sowie dem Mercosur über entsprechende Assoziationsabkommen angepeilt. Das Ergebnis dieses ersten Gipfels wurde natürlich auch schriftlich festgehalten. Dieses Dokument, die Deklaration von Rio de Janeiro, besticht aber, im Vergleich zu den Deklarationen der folgenden Gipfel, durch ihre Kürze, denn die wesentlichen Punkte wurden auf einer einzigen Seite zusammengefasst.²⁸

3.1.4 Madrid, Mai 2002

Das zweite Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs beider Regionen endete mit einem wesentlichen Durchbruch. Auch wenn auf dem Madrider Gipfel noch kein Startschuss für Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen beiden Partnern erfolgte, war dieser Gipfel dennoch aus europäischer Sicht von Erfolg gekrönt, da man den erfolgreichen Verhandlungsabschluss mit Chile über ein derartiges Abkommen verkünden konnte. Diesem Abkommen zwischen der Europäischen Union und Chile wird Modellcharakter für die Verhandlungen über ein zukünftiges Assoziationsabkommen mit den verschiedenen regionalen Blöcken Lateinamerikas beigemessen. Darüber hinaus entschloss man sich auch auf dem Madrider Gipfel ein „Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit“ zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika bzw. der Andengemeinschaft zu schließen. Die Unterzeichnung dieses Abkommens erfolgte ein Jahr später am 15. Dezember in der italienischen Hauptstadt Rom.²⁹ Die daran geübte Kritik galt vor allem dem Umstand, dass man über die bisherigen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen nicht hinausging. Weiters wurde auch das Fehlen einer Handelskomponente bemängelt.³⁰ Die schriftliche Fixierung der Inhalte des Madrider Gipfels erfolgte durch die Deklaration von Madrid. Darin versprachen die jeweiligen Staats- und Regierungschefs verstärktes Bemühen in den Feldern Politik, Wirtschaft und Kooperation, mit dem Ziel, die strategische Partnerschaft zu stärken. Da

²⁸ vgl. CELARE 2008:7; CIFCA 2006:58; The Rio Summit 1999:1ff.; Grünberg 2005:19

²⁹ vgl. CELARE 2008:8; Köpke 2006:22; Ministerio de Economía 2008

³⁰ vgl. AACUE 2008b

es mir nicht sinnvoll erscheint, alle Unterpunkte dieser Oberbereiche aufzuzählen, möchte ich auf die Deklaration von Madrid, deren Webadresse sich im Literaturverzeichnis befindet, verweisen.³¹

3.1.5 Rom, Dezember 2003

Das Dokument „Übereinkunft über ein Abkommen über Politischen Dialog und Kooperation“ wurde in Rom unterschrieben und zeigt den Willen beider Partner, Verhandlungen über ein zukünftiges Assoziationsabkommen (inklusive Freihandelskomponente) zu führen und erfolgreich abzuschließen.³² Bei diesem neuen Abkommen ist die Aushandlung und Einfügung einer Demokratieklausele hervorzuheben.³³

3.1.6 Guadalajara, Mai 2004

Die beiden zentralen Punkte auf dem dritten Gipfel zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika/Karibik waren zum einen die „Soziale Kohäsion“ (Start des Programms EUROsociAL) und zum anderen „Multilateralismus“, sprich eine gemeinsame Basis in wichtigen Bereichen zu finden und diese auf internationaler Ebene zu vertreten. Natürlich verlor auch das Thema der regionalen Integration nicht an Bedeutung, ganz im Gegenteil, man versuchte, die beiderseitige Zusammenarbeit noch weiter zu verstärken, um so auch besser auf weltweite Herausforderungen reagieren zu können.³⁴

Die Erarbeitung eines Assoziationsabkommens mit einer Freihandelskomponente war und ist ein beiderseitiges Anliegen wie auch für den Integrationsprozess an sich motivierend. Darüber hinaus gab es eine gemeinsame Evaluierung der bisherigen regionalen Integration in Zentralamerika.³⁵

Die Deklaration von Guadalajara ist schon bedeutend länger geworden als jene von Madrid. Kam die Deklaration von Madrid noch mit insgesamt 33 Punkten aus, benötigte man für die Deklaration von Guadalajara bereits 104 Punkte. In der Deklaration von 2004 ist wiederum eine Bekräftigung der strategischen Partnerschaft zu finden.

³¹ vgl. The Madrid Commitment 2002:1ff.)

³² vgl. Köpke 2006:11

³³ vgl. Roca i Cortés 2005:3

³⁴ vgl. CELARE 2008:8; Rouquayrol Guillemette; Herrero Villa 2006:45

³⁵ vgl. CIFCA 2006:59; Ministerio de Economía 2008; Roca i Cortés 2005:3

Abermals wurden Statements bzw. Verpflichtungsabsichten zu unterschiedlichen Bereichen wie Multilateralismus, Soziale Kohäsion und bi-regionale Partnerschaft abgegeben, wobei dem letzten Punkt die größte Bedeutung zukam.³⁶ Zum neuen Schwerpunkt „Multilateralismus“ war unter anderem Folgendes zu lesen:

“8. We reiterate that an effective multilateral system, based on international law, supported by strong international institutions and with the United Nations at its centre, is essential for achieving peace and international security, sustainable development and social progress. (...).

12. We recognise the need to make the multilateral system more responsive and effective in meeting global threats and challenges. In this regard, we are committed to the reform and revitalisation of the United Nations, including the General Assembly and the Security Council. (...).

14. We recognise that the strengthening of regional organisations is an essential means of enhancing multilateralism.

15. We reaffirm our commitment to continue efforts to maintain and enhance dialogue and consultation, where appropriate, in order to define common positions and joint actions between the two regions within the various UN bodies and in major UN Conferences“³⁷.

3.1.7 Ereignisse vor dem Gipfel in Wien, 2006

Im Vorfeld des Wiener Gipfels wurde die europäische Strategie für die Stärkung der Beziehungen zu Lateinamerika noch einmal neu gestaltet. Die Palette der Maßnahmen war breit, daher sollen nur die wichtigsten Bereiche erwähnt werden: eine noch stärker werdende Zusammenarbeit und „Partnerschaft“ vor allem durch die Verbindung von „Assoziations- und Freihandelsabkommen“ – sprich eine engere Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft, sowie effiziente Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Umwelt, Soziales und natürlich Wirtschaft (und den damit verbundenen Investitionen) sowie Forcierung der lateinamerikanischen Integration.³⁸

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit entschloss man sich zudem, ein Forum zu schaffen, in dem die Empfänger wie auch die Geber miteinander ins Gespräch kommen konnten. Das angestrebte Ziel bestand darin, eine verbesserte Abstimmung

³⁶ vgl. Declaration of Guadalajara 2004:1ff.

³⁷ Ebd.:2

³⁸ vgl. Köpke 2006:13

der Vorgehensweisen zu erreichen.³⁹ Zudem wurde, wie bereits erwähnt, eine (Ad-hoc) Arbeitsgruppe beauftragt, den Zentralamerikanischen Integrationsprozess zu evaluieren. Das Ergebnis war positiv und der Weg zu einem Assoziationsabkommen geebnet.⁴⁰

Laut Whitehead et al. gab es im Vorfeld des Wiener Lateinamerika-Gipfels kaum Anzeichen für einen bevorstehenden Durchbruch. Die Europäische Union räumte nach wie vor dem „Schutz der gemeinsamen Agrarpolitik“ einen herausragenden Stellenwert ein, wodurch viele andere wichtige Themen in den Schatten gerückt wurden. Auf der anderen Seite konnte zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union trotz jahrelanger intensiver Gespräche keine Einigung erzielt werden. Laut Whitehead et al. wäre der Lateinamerika-Gipfel in Wien darüber hinaus ein idealer Ort, um über das Thema der weltweiten Migration zu sprechen, da die europäisch-lateinamerikanische Zusammenarbeit bzw. die dadurch forcierte regionale Integration zu einer immer größer werdenden Anzahl an lateinamerikanischen Migranten führt, welche ihr Glück in Europa zu finden hoffen. Hier besteht großer Handlungsbedarf betreffend deren rechtlichen Status, „Familienzusammenführung“, „Geldsendungen ins Heimatland“, „Wählen im Ausland“ und so weiter. Im Bereich der Migration besteht für die Europäische Union darüber hinaus die Chance, sich vom Vorgehen der Vereinigten Staaten von Amerika deutlich zu unterscheiden.⁴¹

Zudem wurde im Vorfeld des Gipfels das Projekt „REAL 2006“ ins Leben gerufen. Für nähere Informationen möchte ich auf die Website des Österreichischen Lateinamerika-Institutes (www.lai.at) sowie auf den Schlussbericht des Seminars in Granada (siehe Grünberg 2005) verweisen.

Der vollständige Name lautet: „Regionale Integration, interkontinentale Kooperation EU-Lateinamerika und die Frage von Armut, Entwicklung und Demokratie“. Der Schwerpunkt lag auf dem Schlagwort der „Sozialen Kohäsion“ und der „Regionalen Integration“ in Verbindung mit der beiderseitigen Kooperation. Für dieses Projekt der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde eine Laufzeit von zwei Jahren veranschlagt, Projektbeginn war im Herbst des Jahres 2004. Viele Institutionen haben sich dazu entschlossen, bei diesem Projekt und den dazugehörigen Workshops mitzuarbeiten und ihre Erfahrungen einzubringen. Die ‚Durchführungsorganisationen‘

³⁹ vgl. Stackl 2006:3

⁴⁰ vgl. Köpke 2006:22; Ministerio de Economía 2008

⁴¹ vgl. Whitehead et al. 2007:2;7

dieses Projektes waren zum einen das Österreichische Lateinamerika-Institut und zum anderen die Austrian Development Agency, welche das Lateinamerika Institut bei der Koordinierung der inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben unterstützte. Wie bereits angedeutet, wurden im Rahmen dieses Projektes auch Workshops organisiert (Workshop Mercosur, Workshop Europa und der Workshop Zentralamerika). Es wurde auch eine internationale Konferenz des Wiener Institutes für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) abgehalten. Wie in der Entwicklungszusammenarbeit üblich, wurden auch lokale Partnerorganisationen, das österreichische Regionalbüro in Managua (Nicaragua) und so weiter miteinbezogen. Die Ergebnisse dieser Workshops wurden zusammengefasst und veröffentlicht, um interessierten Menschen den Zugang zu diesen Informationen zu ermöglichen. Mit diesem Projekt erhoffte man sich, einerseits Anregungen für das eigene Vorgehen in der Entwicklungszusammenarbeit zu erhalten und andererseits die Beziehungen zwischen den diversen lateinamerikanischen und österreichischen bzw. europäischen Organisationen zu festigen sowie die Konsequenzen des Integrationsprozesses für die Beteiligten sichtbar zu machen.⁴²

Vor dem Wiener Gipfel fand in Bregenz am 24. und 25. April 2006 ebenfalls die 3. Sitzung der Integrationsparlamente EU/LAK statt. Die Palette der Teilnehmer war breit, es fanden sich Vertreter der Parlamente der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Andenregion ein. Außerdem waren Mitglieder des Mittelamerikanischen Parlaments und des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses des Mercosur dabei. Man einigte sich über einen 10 Punkte umfassenden Plan, welcher sich für eine strebsame, aber zugleich realitätsnahe Vorgehensweise ausspricht, um die strategische Partnerschaft weiter stärken zu können.⁴³

Aufgrund der Fülle an Vorschlägen und deren weitgehende Beachtung in der Deklaration von Wien, möchte ich an dieser Stelle nur kurz auf einige dieser 10 Punkte eingehen. Unter Punkt 1 wird „Engagement für Frieden, Entwicklung und Sicherheit“ eingefordert. Vorschläge für die Erreichung dieses Zieles wären zum Beispiel eine „Europäisch-Lateinamerikanische Charta für Frieden und Sicherheit“ sowie die „Errichtung eines Biregionalen Zentrums für Konfliktverhütung“. Wie bereits erwähnt, spielt der Multilateralismus eine wichtige Rolle und findet daher im fünften Punkt die ihm gebührende Beachtung. Um die Partnerschaft auch auf internationaler Ebene sichtbar zu machen, ist es notwendig, im Rahmen internationaler Organisationen zu einem europäisch-lateinamerikanischen Einvernehmen bzw. zu einem gemeinsamen

⁴² vgl. LAI 2005; 2006a; 2006b

⁴³ vgl. Abschlusserklärung 2006:1f.

Vorgehen zu kommen (Konsensbildung). Im Rahmen der erwähnten Botschaft wird an die Teilnehmer des Wiener Gipfels appelliert, die bestehenden, aussichtsreichen Chancen einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika zu ergreifen und Vorgehensweisen zu konkretisieren.⁴⁴

3.1.8 Managua, März 2006

Man war mit den bisherigen Dialog- und Kooperationsabkommen noch nicht vollends zufrieden, weil das angestrebte Assoziationsabkommen noch immer nicht ausverhandelt worden war. Aus diesem Grund wurde bei der Konferenz der Europäischen Union und den Mitgliedsländern der SICA in Managua, Nicaragua, der Wunsch danach immer stärker. Die Absicht, ein solches Abkommen auf die Füße zu stellen, wurde in Managua konkretisiert und es soll neben einer verstärkten Zusammenarbeit auf politischer Ebene u.a. auch eine gemeinsame Freihandelszone zum Ziel haben.⁴⁵

3.1.9 Wien, Mai 2006

Das Neuartige am Wiener Gipfel waren die zahlreichen Veranstaltungen, die ihm vorausgingen, sowie die Gipfel, die parallel dazu zwischen der Europäischen Union und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik stattfanden. Dazu zählte der erste EU-LAC Business Summit mit Vertretern aus beiden Kontinenten sowie der zweite Alternativ-Gipfel, welcher zu einer innovativen Sichtweise auf aktuelle Themen seinen Beitrag leistete.⁴⁶

Auf dem Wiener Gipfel wurde der Weg für die lang ersehnten Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen geebnet, das bereits geschlossene „Abkommen über politischen Dialog und Kooperation“ bleibt jedoch in Kraft. Veränderungen gab es auch im Bereich des Allgemeinen Präferenzsystems, auf welches später eingegangen wird. Die angestrebte Freihandelszone soll bis zum Jahr 2010 in die Tat umgesetzt werden. Ob dies im Bereich des Möglichen liegt, bleibt aber fraglich, weil die Fortschritte im Zentralamerikanischen Integrationsprozess hinter den Erwartungen zurückbleiben. Auch in den Bereichen Demokratieförderung, Wirtschaft, Umwelt und Soziales gilt es

⁴⁴ vgl. Ebd.:3ff.

⁴⁵ vgl. CIFCA 2006:60; Stackl 2006:3

⁴⁶ vgl. CELARE 2008:8; Maihold 2006:2

noch wesentliche Verbesserungen zu erzielen. Trotzdem stellt die Europäische Union gewisse Forderungen, welche unbedingt von den SICA-Mitgliedern einzuhalten sind. Neben einem forcierten Integrationsprozess wird auch die Schaffung einer Zollunion sowie „Senkung und Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse im intraregionalen Handel“ verlangt.⁴⁷

Die Wiener Deklaration vom 12. Mai 2006 enthält die erneute Bekräftigung zur strategischen Partnerschaft zwischen beiden Regionen. Das Dokument besticht nicht gerade durch Neuheiten und großartige Überraschungen. Es ist blumig geschrieben und macht den Eindruck eines optimal ablaufenden, problemlosen Prozesses.

Ein Bekenntnis zu vorherigen Statements wird abgegeben und die Bedeutung der Vereinten Nationen sowie deren Resolutionen hervorgehoben. Wie die jeweiligen Zielsetzungen in die Tat umzusetzen sind, bleibt die Deklaration jedoch schuldig. Von Problemen, Hindernissen, unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen ist nichts zu lesen. Kurz gesagt: Viel Abstraktes, nichts Konkretes. Insgesamt enthält die Deklaration von Wien 59 Punkte, welche in verschiedene Themenbereiche unterteilt sind.⁴⁸

Einer dieser Themenbereiche hat „Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung“ zum Inhalt. Hier wird wiederum das Bestreben, spürbare Verbesserungen in diesen Problembereichen zu erreichen, bestätigt. Bezüglich der dafür zu setzenden Maßnahmen besteht Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen bleibt die Deklaration jedoch schuldig. Darüber hinaus wird noch einmal die enorme Bedeutung der sozialen Kohäsion, vor allem die beiderseitige Partnerschaft betreffend, unterstrichen. Im darauf folgenden Abschnitt geht es um die „Entwicklungszusammenarbeit und Internationale Entwicklungsfinanzierung“. Hier verspricht man, für die Umsetzung der auf UN-Gipfeln (z.B. MDGs) gesetzten Ziele Sorge zu tragen. Die Schwerpunktsetzung der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit (und folglich auch jene der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit) auf die Armutsbekämpfung bzw. –beseitigung, in Verbindung mit einer auf Nachhaltigkeit basierenden Entwicklung wird unterstützt. Ob die angestrebten Erhöhungen der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (eine ODA-Quote von 0,56% des Bruttonationaleinkommens im EU-weiten Durchschnitt bis 2010) zustande kommen werden, bleibt fraglich. Bis zum Jahr 2015 soll die ODA-Quote eine Höhe von 0,7% des Bruttonationaleinkommens erreichen.

⁴⁷ vgl. Köpke 2006:22f.

⁴⁸ vgl. Deklaration von Wien 2006:1ff.

Ausgenommen von dieser Quote sind die neuen Mitgliedstaaten (Beitritt nach 2002), für welche die Erreichung einer niedrigeren Quote vorgesehen ist.⁴⁹

Man bekräftigt in der Wiener Deklaration auch die Bedeutung der Schaffung eines europäisch-lateinamerikanischen „Hochschulraumes“, welcher sich durch die beiden Pfeiler Mobilität und Zusammenarbeit auszeichnen soll. Darüber hinaus spricht man sich für eine Stärkung der Kooperation im Bereich Wissenschaft und Technik (W&T) aus, welche sich positiv auf die Bereiche Wirtschaft und Soziales auswirken soll. Auch der Migration wurde ein kleiner Abschnitt gewidmet. Darin spricht man sich dafür aus, auf Konsensbasis Lösungen zu finden, die Integration der Migranten sowie deren Geldüberweisungen zu erleichtern, und alles daran zu setzen, Menschenschmuggel und illegale Einwanderung zu unterbinden.⁵⁰

Aufgrund der enormen Präsenz einflussreicher Persönlichkeiten auf dem Gipfel in Wien wurde und wird es immer schwieriger, wesentliche Fortschritte zu erreichen, vor allem aufgrund der unterschiedlichen Interessenslagen der jeweiligen Länder.⁵¹ Um die Gipfel-Treffen effizienter zu gestalten, sind laut Torrent, vier Punkte von Bedeutung. Einerseits soll man sich auf Bereiche konzentrieren, welche noch nicht durch bilaterale Vereinbarungen abgedeckt sind, andererseits sollen die gesetzten Maßnahmen realistisch und durchführbar sein. Zusätzlich dürfen diese Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf den Integrationsprozess haben und müssen den gemeinsamen Interessen entsprechen.⁵²

3.1.10 Verhandlungsrunden zwischen EU und Zentralamerika

Um einen guten Verhandlungsprozess gewährleisten zu können, wurden die zentral-amerikanischen Staaten dazu aufgerufen, einerseits ein entsprechendes System zu etablieren, welches es ihnen ermöglicht, mit einer Stimme zu sprechen, und andererseits die Etablierung einer zentralamerikanischen Zollunion zu forcieren. Auf dem SICA-Gipfel in Costa Rica Ende 2006 einigten sich die zentralamerikanischen Staaten auf ein Rotationssystem von so genannten „spokemen“.

Diese „spokemen“ haben keine Entscheidungsbefugnis, sondern sind nur Gesprächspartner für die Vertreter der Europäischen Union. Die Entscheidungen obliegen dem

⁴⁹ vgl. Ebd.:17ff.

⁵⁰ vgl. Ebd.:21ff.

⁵¹ vgl. Maihold 2006:1

⁵² vgl. Torrent 2005:3

„Intersectorial Council“, welcher aus den Außen- und Wirtschaftsministern zusammengesetzt ist. Um einen guten Verhandlungsprozess zu erreichen, müssen auch die regionale, interregionale und staatliche Ebene miteinbezogen werden. Auf staatlicher Ebene sind die Kanzler und Wirtschaftsminister die zentralen Figuren, wobei die Arbeitsteilung entsprechend ihrer Kompetenzen erfolgt. Die Kanzler sind hauptsächlich für politische Fragestellungen und Fragen zur Kooperation zuständig, die Minister für den wirtschaftlichen Part. Ende 2007 kam man dem Ziel einer Zollunion einen entscheidenden Schritt näher, denn auf dem SICA-Treffen am 12. Dezember wurde neben einem „Framework Agreement on the Establishment of a Central American Customs Union“ auch ein „Central American Uniform Customs Code“ sowie ein „Protocol to the Treaty on Investment and Trade in Services“ verabschiedet. Dieses Vorgehen führte dazu, dass im Juni 2007 der Verhandlungsbeginn für das angestrebte Assoziationsabkommen angekündigt wurde.⁵³

Insgesamt sind 6 Verhandlungsrunden zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika vorgesehen, wobei 5 Runden schon über die Bühne gegangen sind. Die letzte findet vom 8.-12. Dezember dieses Jahres statt.⁵⁴

Die erste Verhandlungsrunde (22.-26. Oktober 2007) fand in Costa Rica statt. Erste Gespräche über Grundlegendes wurden geführt. Es war sozusagen ein erstes Abtasten beider Seiten, wobei man sich ein Bild über die jeweiligen Interessen und Perspektiven, die Hauptbereiche des künftigen Assoziationsabkommens betreffend, machen konnte. Diese erste Runde kann dahingehend als Erfolg gewertet werden, daß die Region Zentralamerika mit einer Stimme sprach und man sich auf einen detaillierten Arbeitsplan einigen konnte.⁵⁵ Die zweite Verhandlungsrunde im Ringen um ein Assoziationsabkommen wurde in Brüssel (25.-29. Februar 2008) abgehalten. Das Hauptaugenmerk lag wiederum auf den drei Bereichen „politischer Dialog“, „Kooperation“ und „Handel“. Nach der „Aufwärmphase“ in Costa Rica, konnte in Brüssel schon über spezifischere Vorschläge diskutiert werden.⁵⁶ Die dritte Runde dieser Art fand in El Salvador vom 14. bis 18. April 2008 statt. Man versuchte, Missverständnisse zu klären und die eigene Position klar darzulegen.⁵⁷

⁵³ vgl. CELARE 2008:14; AACUE 2008a

⁵⁴ vgl. AACUE 2008c

⁵⁵ vgl. AACUE 2008d

⁵⁶ vgl. AACUE 2008e

⁵⁷ vgl. AACUE 2008f

Zwei Monate später fand in Brüssel die vierte Verhandlungsrunde zwischen beiden Regionen statt (14. bis 18. Juni).⁵⁸ Das Spektrum der behandelten Themen war breit und man bekräftigte erneut die Absicht, ein entsprechendes Abkommen auf die Füße zu stellen. In weiten Bereichen kam man bei den Verhandlungen auf einen gemeinsamen Nenner, vor allem den Bereich der Politik betreffend. Im Großen und Ganzen zeigte man sich mit dem Erreichten sehr zufrieden.⁵⁹

3.1.11 Lima, Mai 2008

Der fünfte Gipfel zwischen beiden Regionen widmete sich in erster Linie zwei großen Bereichen, nämlich „Armut, Ungleichheit und Einbeziehung“ und „nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Klimawandel und Energie“. Zu diesen großen Themen wurden jeweils so genannte ‘working tables’ abgehalten, deren Ergebnisse danach im Plenum angehört und diskutiert wurden. Nicht nur die Delegationen einzelner Länder waren auf dem Lima-Gipfel vertreten, sondern ebenso eine Delegation der Europäischen Union und Vertreter verschiedener lateinamerikanischer Integrationssysteme (CAN, SICA, Mercosur und Cariforum) sowie diverse ‘Special Guests’ (Internationale Organisationen wie BID, CEPAL etc.). Parallel zum offiziellen Gipfel gab es zwei große Veranstaltungen, den zweiten EU-LAC Business Summit und den dritten Alternativ-Gipfel. Wie in Wien, gab es auch im Vorfeld des Gipfels von Lima diverse Veranstaltungen, wie zum Beispiel einen Gipfel zur Sozialen Kohäsion in Santiago.

Bei den vielen Foren und Veranstaltungen wurde eine breite Themenpalette diskutiert: Soziale Kohäsion, Umwelt, Drogen, Migration, Armutsbekämpfung, Zivilgesellschaft, Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten und so weiter waren wichtige Schlagworte.⁶⁰

Die Deklaration von Lima erstreckt sich über 17 Seiten bzw. 57 Punkte. Wiederum wird zu Beginn des Dokumentes die Bedeutung einer starken strategischen Partnerschaft hervorgehoben. Inhaltlich betrachtet gibt es viele Versprechungen, Aufforderungen, Floskeln und so weiter. Die Agenda von Lima besteht, wie bereits erwähnt, aus zwei großen Themenblöcken mit vielen Unterpunkten. Gebührende Aufmerksamkeit erhielt bei den Verhandlungen das angestrebte Assoziationsabkommen mit Freihandelsver-

⁵⁸ vgl. AACUE 2008c

⁵⁹ vgl. AAGUE 2008g

⁶⁰ vgl. CELARE 2008:2ff.

trag. Am Schluss der Deklaration wird mit Freude auf die Gründung der neuen parlamentarischen Versammlung "la Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana" verwiesen und die jeweiligen Institutionen beider Seiten werden zur Zusammenarbeit aufgerufen. Darüber hinaus bedankte man sich bei Spanien, wo der nächste Gipfel im Jahr 2010 stattfinden wird.⁶¹

*"If the European Union was experiencing a period of internal reflection in 2006, the events of the past two years seem to have fostered the stability of the Union. First, the unsuccessful Constitutional Treaty has been replaced by the Lisbon Treaty, currently in ratification process, which is the occasion for the EU to carry out its institutional reforms that were urgent both for its internal policy but also for its external relations. Otherwise, the fifth enlargement, launched in 2004 and concluded in 2007 with the integration of Bulgaria and Romania, has been noticeably consolidated. (...) Latin America and the Caribbean lack a regional authority able to assume the role of a unique interlocutor with the EU, essentially due to the limited scope of the political coordination. (...).However, if we look further than the strengths and weaknesses of each region, it is essential to be aware of the fact that in the period between Vienna and Lima many achievements have been made in the framework of the bi-regional dialogue"*⁶².

3.2 Das angestrebte Freihandelsabkommen

3.2.1 EU-SICA

Bevor ich auf das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Zentralamerikanischen Integrationssystem SICA eingehe, erscheint es mir sinnvoll, das schon länger bestehende Allgemeine Zollpräferenzsystem (APS) kurz zu beschreiben, da dieses APS auch für Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador gilt. Dieses System gibt es schon seit Beginn der 1970er Jahre und basiert auf Entscheidungen der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Develop-

⁶¹ vgl. Declaración de Lima 2008:1ff.

⁶² CELARE 2008:9

ment). Einerseits gibt es bestimmte Produkte, welche in den Genuss dieser Zollvorteile kommen, andererseits aber auch verschiedene Arten von Begünstigungen.

Zum Beispiel kann ein konsequentes, entschlossenes Vorgehen gegen den Drogenhandel einem Land Zollvorteile bringen. Im Jahr 2004 brachte die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein neu gestaltetes Allgemeines Präferenzsystem auf den Tisch. Die Kernpunkte dieses Vorschlages beinhalten eine Senkung der durchschnittlichen Zollsätze für „Low Development Countries“, „eine Vereinfachung der Mechanismen“ sowie ein so genanntes „APS Plus“, welches für bestimmte, im Vorfeld definierte Produkte gelten soll. Um in den Genuss dieses erneuerten Systems zu kommen, welches quasi eine Befreiung von Zöllen vorsieht, sind aber gewisse Vorgehensweisen seitens der begünstigten Länder erforderlich. Diese Maßnahmen reichen von der Bekämpfung des Drogenhandels im eigenen Land bis zur Einhaltung gewisser Standards im Umwelt- und Sozialbereich (zum Beispiel die Unterzeichnung verschiedener ILO-Konventionen). Es wurde viel über diesen Vorschlag debattiert. Man ging teilweise von den eigenen Anforderungen ab, beispielsweise mussten Länder, welche die Einhaltung von Arbeitsrechten nicht allzu genau nahmen, nicht auf die genannten Zollvorteile verzichten. Die Europäische Kommission rechtfertigte dies damit, dass diesen Ländern ein Anreiz gegeben werden sollte, um eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Entwicklung sowie *good governance* zu forcieren. Ob diese Rechnung aufgeht, bleibt jedoch fraglich. Eine Ambivalenz besteht dahingehend, dass es einerseits den Vorwurf von Protektionismus (zum Beispiel eingeschränkter Zugang für landwirtschaftliche Produkte) gibt, andererseits aber dieses Allgemeine Präferenzsystem auf den Regelungen der Welthandelsorganisationen basiert.⁶³

Im Folgenden wird auf das Pro und Contra bzw. die Chancen und Risiken eines möglichen Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Latein- bzw. Zentralamerika eingegangen.

Köpke zeigt in seinem Beitrag mögliche Auswirkungen eines solchen Freihandelsabkommens auf. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass keine wesentlichen Verbesserungen für die lateinamerikanischen Produzenten gesehen werden. Als Einzige könnten hier Produzenten von Bananen und Zucker profitieren, aber nur unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass die Europäische Union ihre Subventionspolitik weiter überdenkt. Eventuell könnten auch noch andere Produkte von einem Freihandelsabkommen profitieren, welche jedoch aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Umwelt (starker Einsatz von Pestiziden) als auch auf den sozia-

⁶³ vgl. Köpke 2006:10

len Bereich (Kinderarbeit) als äußerst kritisch anzusehen sind.⁶⁴ Eine Studie der „Copenhagen Initiative for Central America and Mexico“ besagt, „(...)“, dass ein mit den SICA-Staaten vereinbartes Freihandelsabkommen mit weitgehender Durchsetzung der Singapurthemen im Sinne der EU ein eng an die WTO angelehntes Regelwerk zur Folge haben werde. Dies beträfe insbesondere die Regelungen zu geistigem Eigentum, Handel mit Dienstleistungen und Landwirtschaft. Diese drei Bereiche unterminierten durch zu erwartende Negativauswirkungen auf kleinbäuerliche Landwirtschaft, Beschäftigung, Sozial- und Umweltstandards und Menschenrechte alle Ziele, die sich auf Soziale Kohäsion beziehen“⁶⁵.

Die Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen bringen verschiedene Reaktionen hervor. Einerseits gibt es hohe Erwartungen, andererseits viele offene Fragen und auch Befürchtungen. Der Kern des Beitrages von Jorge Balbis dreht sich um die Frage, ob dieses angestrebte Abkommen ein klassischer Freihandelsvertrag sei oder vielleicht doch eine interessante neue Form der gegenseitigen Zusammenarbeit darstelle. Die Europäische Union versucht natürlich die Befürchtungen zu zerstreuen und betont, dass abgesehen von der Komponente Freihandel, auch eine Kooperation vorgesehen ist. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass diese drei Elemente nicht isoliert voneinander zu betrachten sind, sondern zueinander in Beziehung stehen. Zweifel bestehen dahingehend, ob das Assoziationsabkommen die bestehenden Asymmetrien zwischen der Europäischen Union und den zentralamerikanischen Ländern berücksichtigen wird oder nicht. Es stellt sich die Frage nach Kompensationsmaßnahmen. Darüber hinaus muss der Umstand in Betracht gezogen werden, dass die von der Europäischen Union forcierte regionale Integration eine Bedingung für das Zustandekommen des Assoziationsabkommens ist. Ein guter Integrationsprozess wirkt sich nicht nur positiv auf die Europäische Union aus, welche dann leichter Handel mit Zentralamerika betreiben kann, sondern auch auf die zentralamerikanischen Länder, die ihre Entwicklung vorantreiben können. Es darf auf keinen Fall vergessen werden, dass die Europäische Union nicht nur mit finanziellen Mitteln, sondern auch mit politischer Hilfestellung zugegen war und ist. Aus diesem Blickwinkel heraus erscheinen die Forderungen nach verstärkten Integrationsbemühungen auch verständlicher.⁶⁶ Bei den Verhandlungen über CAFTA traten die zentralamerikanischen Länder nicht geschlossen auf und sprachen nicht mit einer Stimme. Jedes Land verhandelte für sich

⁶⁴ vgl. Ebd.:23f.

⁶⁵ Ebd.:25f.

⁶⁶ vgl. Balbis 2007:4ff.

selbst. Dies ist im Falle des Assoziationsabkommens plus Freihandelsvertrag entschieden anders, denn die Europäische Union fordert, dass die zentralamerikanischen Staaten als Block auftreten und ihre Interessen gemeinsam geltend machen. Die Verhandlungen zwischen den zentralamerikanischen Staaten liefen nicht reibungslos ab und es dauerte dementsprechend lange, bis man sich mehr oder weniger auf eine gemeinsame Position einigen konnte. Die Einigung bestand darin, ein Rotationssystem von Sprechern einzuführen, genaueres siehe Punkt 3.1.10. Balbis führt darüber hinaus zwei Merkmale auf, die dieses Abkommen deutlich von einem klassischen Freihandelsabkommen unterscheiden. Einerseits sind hier „los Estudios de Impacto y Sostenibilidad del Acuerdo“, andererseits die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu nennen. Diese Studien sind ein Erfordernis für die Unterzeichnung der Handelsabkommen und sollen mögliche positive und negative Effekte eines solchen Freihandelsabkommens aufzeigen. Damit sind jedoch auch einige Bedingungen verknüpft, wie zum Beispiel eine zeitgerechte Fertigstellung, Überwachungs- und Bewertungsmechanismen sowie gegebenenfalls Kompensationsmaßnahmen. Die entsprechenden Entwürfe dieser „Estudios“ sollen auch der Bevölkerung zugänglich gemacht werden und ihr ein Mitspracherecht einräumen. Die Intention dahinter ist vor allem, die Transparenz der Verhandlungen zu wahren.⁶⁷

Thomas Fritz sieht dem angestrebten Freihandelsabkommen skeptisch entgegen. Laut Fritz besteht der zentrale Punkt hinsichtlich des Freihandelsabkommens in der Etablierung von Freihandelszonen, welche mehrere Ziele verfolgen. Zum einen wäre hier der Abbau von Handelshemmnissen zu nennen, zum anderen die Liberalisierung von Investitionen, Gütern und Dienstleistungen und die Privatisierung verschiedener Bereiche (Wasser-, Energie- und Transportsektor) inklusive grundlegender Basisdienstleistungen. Alle diese Erfordernisse haben zudem gemein, dass sie mit dem Regelwerk und den Verpflichtungen der Welthandelsorganisation, WTO, in Einklang stehen müssen. Schlagwörter wie „Nicht-Diskriminierung“, „(freier) Marktzugang“, „Wettbewerbsregeln“ etc. finden hier ihren Platz. Das Schlagwort „Reziprozität“ bedeutet, dass die lateinamerikanischen Staaten dazu verpflichtet sind, ihre Märkte so weit zu öffnen wie es die Mitgliedstaaten der Europäischen Union getan haben. Auf die vorhandenen Asymmetrien zwischen beiden Regionen wird hierbei, laut Fritz, keine Rücksicht genommen. Doch das ist noch nicht alles, zusätzlich wird die „Parität“ mit Drittländern verlangt. Dies bedeutet, dass Handelsvorteile, die einem Land gewährt

⁶⁷ vgl. Ebd.:7ff.

werden, auch einem anderen Land, mit welchem man ein Abkommen geschlossen hat, zu gewähren sind. Ein weiteres Problem besteht darin, dass mit dem sukzessiven Abbau dieser Handelshemmnisse, die lateinamerikanischen Staaten nicht mehr in der Lage sind, ihre Kleinbauern und lokalen Unternehmen vor den stark subventionierten, europäischen Produkten zu schützen. Das erwähnte Allgemeine Präferenzsystem soll auch ein Bestandteil des angepeilten Freihandelsabkommens werden, jedoch gibt es eine Klausel, welche die Streichung begünstigter Produkte ermöglicht. Thomas Fritz sieht darin die Möglichkeit der Erpressung lateinamerikanischer Staaten seitens der Europäischen Union.⁶⁸

Zum Abschluss dieses Kapitels noch ein Zitat, welches ich für sehr passend halte: „Es bestehen keine einfachen kausalen Verbindungen zwischen Demokratie, Frieden und wirtschaftlicher Gerechtigkeit, und gerechter Handel schafft noch keine gerechte wirtschaftliche Ordnung; dennoch hat Demokratie eine größere Chance zu überleben und sich zu verankern, wenn sie auf einem nachhaltigen und integrierenden ökonomischen Entwicklungsmodell basiert. Dies wiederum hat in einem gerechten Welthandelssystem bessere Voraussetzungen sich zu entwickeln. Auf der anderen Seite sollte der Tendenz, das Scheitern sozialer Gerechtigkeit in den jeweiligen Ländern einzig mit dem Welthandelssystem zu erklären, mit dem Argument begegnet werden, dass fairere Handelsbedingungen von wichtigen staatlichen Reformen abhängen, die wiederum eine größere soziale Gerechtigkeit ermöglichen. In dieser Beziehung wäre ein Dialog über Besteuerung und Sozialpolitik hilfreich, um Spielräume für eine gemeinsame Agenda zu definieren“⁶⁹.

3.2.2 CAFTA

Die Abkürzung CAFTA steht für „Central American Free Trade Agreement“ und ist eine Freihandelsvereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den SICA-Mitgliedern Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador. Als bislang letztes Mitglied kam die Dominikanische Republik im Jahr 2004 hinzu.⁷⁰

Die Meinungen über das CAFTA-Abkommen gehen weit auseinander. Während die beteiligten zentralamerikanischen Regierungen in CAFTA eine neue Chance für ihre

⁶⁸ vgl. Fritz 2007:1ff.

⁶⁹ Whitehead et al. 2007:6

⁷⁰ vgl. Köpke 2006:5

Außenwirtschaft sehen, warnen Organisationen vor möglichen negativen Auswirkungen, denn so werden zum Beispiel Verstöße gegen Umwelt- und Sozialstandards im Rahmen von CAFTA nicht geahndet. Investitionen hingegen genießen umfassenden Schutz. Das Abkommen ist darauf ausgelegt, Zölle sukzessive zu senken. Die Unterzeichnung des CAFTA-Abkommens wirkt sich außerdem nicht gerade fördernd auf den zentralamerikanischen Integrationsprozess aus. Laut einer CIFCA-Studie besteht das zentrale Problem darin, dass die zentralamerikanische Region keinen gemeinsamen Außenzoll hat und daher die USA bestehende Zollunterschiede geschickt ausnützen können. Eine Zollunion zwischen den zentralamerikanischen Ländern könnte diese negativen Effekte auf den Integrationsprozess beträchtlich abfedern.⁷¹

Die Proteste gegen CAFTA waren in allen zentralamerikanischen Ländern lautstark, nichtsdestotrotz unterzeichneten die beteiligten Regierungen das Abkommen, mit Ausnahme von Costa Rica, zwischen 2004 und 2005. In Costa Rica kam es auf Anordnung des Obersten Wahlgerichtes zu einer Volksabstimmung und gleichzeitig zu zwei Premierien auf einen Schlag. Einerseits war es die erste Volksabstimmung in Costa Rica und andererseits die erste Befragung zu einem Freihandelsabkommen überhaupt. Man fasste diese Entscheidung, weil die CAFTA-Frage das gesamte Land entzweite. Auch wenn die Gegner knapp unterlagen, gab es trotzdem einen Lichtblick, denn die Zivilgesellschaft wurde in den Entscheidungsprozess miteinbezogen und ging gestärkt daraus hervor. In anderen Ländern wurde CAFTA über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden. Die erhofften positiven Auswirkungen von CAFTA auf die Wirtschaft sind bis dato ausgeblieben, die gefürchteten negativen Auswirkungen auf den Sozialbereich haben sich hingegen bestätigt. In diesem Abkommen ist der Stellenwert der Wirtschaft bedeutend höher als jener des Sozialen.⁷² „Nationale Gesetzgebungen mussten entsprechend an den Vertrag angepasst werden, bevor diese in Kraft treten konnten. (...). Nicht zuletzt diese Vertragsbausteine und korrespondierende Gesetzesänderungen stoßen in den zentralamerikanischen Staaten auf besondere Kritik. (...). Besonders brisant ist das im Gesundheitssektor. Zukünftig ist es in den Vertragsstaaten verboten, Generika zu verkaufen oder zu produzieren, wenn Konzerne Patente auf deren Inhaltsstoffe besitzen. Die Kosten vieler Medikamente werden sich dadurch deutlich erhöhen“⁷³.

⁷¹ vgl. Ebd.:25f.

⁷² vgl. Huhn/Löding 2007:1f.

⁷³ Ebd.:3f.

Ebenso wie die Europäische Union haben auch die USA eine stark subventionierte Landwirtschaft. Trotz einer Quotenregelung für ausgewählte subventionierte US-amerikanische Agrarprodukte, werden viele zentralamerikanische Kleinbauern der Konkurrenz nicht standhalten können, da US-amerikanische Produkte preiswerter auf den Markt treten können.⁷⁴

3.3 Die Strategie der EU in Zentralamerika

Im Folgenden kann und wird es zu Überschneidungen mit dem Kapitel über die Entwicklungszusammenarbeit kommen. Trotzdem ist es wichtig, sich bewusst zu sein, dass die beiden Bereiche – Kooperationsabkommen und Entwicklungszusammenarbeit – nicht getrennt voneinander zu sehen sind, sondern ineinander greifen, einander ergänzen und bedingen.

Die Regionalen Strategiepapiere (Regional Strategy Paper; RSP) nahmen ihren Ausgang im Jahr 1998. Das erste Papier dieser Art war für den Zeitraum 1998 bis 2000 konzipiert worden. Das Neue daran war eine Fokussierung auf bestimmte Bereiche, nämlich Unterstützung beim Integrationsprozess, Stärkung der Institutionen sowie deren Einbeziehung. Diese Vorgehensweise setzte sich durch, auch in den aktuellen Strategiepapieren wird mit diesen (meist drei) Schwerpunktsetzungen gearbeitet.

In finanzieller Hinsicht, wurden knapp 660 Millionen Euro für die Periode 2002-2006 für die mittelamerikanischen Länder seitens der Europäischen Union veranschlagt. Dies entspricht in etwa auch den Zahlungen der Europäischen Union vor 2001. Die Beträge waren nicht in jedem Land gleich hoch, sondern wurden an den jeweiligen Stand der Entwicklung angepasst. Nicaragua und Honduras gehörten zu den Ländern, welche die höchsten Beträge erhielten, im mittleren Bereich befanden sich Guatemala und El Salvador. Für Costa Rica und Panamá waren im Vergleich zu den genannten Ländern geringere Geldmittel vorgesehen.

Es wurden drei Hauptschwerpunkte der Kooperation identifiziert. Einer dieser Schwerpunkte ist die Unterstützung bei der regionalen Integration (auch in Hinblick auf die Stärkung öffentlicher Einrichtungen und Durchführung gemeinsamer Politiken). Unter

⁷⁴ vgl. Grünberg 2005:25; Huhn/Löding 2007:3

den zweiten Punkt fällt die verstärkte Teilnahme der Zivilgesellschaft am Integrationsprozess. Der dritte Punkt zielt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation im Allgemeinen sowie auf Präventionsmaßnahmen gegen Naturkatastrophen im Speziellen ab. Im Falle von Guatemala waren auch Menschenrechte und Förderung des produktiven Sektors Schwerpunktbereiche. In Honduras lag der zusätzliche Fokus auf dem Bildungsbereich und dem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Darüber hinaus konzentrierte man sich in Nicaragua auch auf den Bereich der Bildung und der Demokratiesicherung. Die Europäische Union förderte in El Salvador zudem den produktiven Sektor. Zusätzlich waren noch vier weitere Projekte am Laufen. Das erste Projekt zielte auf die Schaffung einer Zollunion. Dafür wurden 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Projekt Nummer zwei hatte die Stärkung der regionalen Institutionen im Visier und wurde mit Mitteln in Höhe von 15 Millionen versorgt. Ein weiteres Projekt kümmerte sich um Umwelt und Nahrungsmittelsicherheit. Hierfür war ein Betrag in Höhe von 32 Millionen Euro veranschlagt. Für das vierte Projekt, welches sich auf ländliche Entwicklung sowie Entwicklung der Grenzzonen fokussierte, wurden 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.⁷⁵

Neben den jeweiligen Länderstrategiepapieren (Country Strategy Paper; CSP) und dem Regionalen Strategiepapier gibt es auch noch Regionalprogramme der Europäischen Kommission. Das erste dieser Programme geht auf das Jahr 1993 zurück und nennt sich AL-Invest. Im Laufe der Zeit sind mit reger Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen noch weitere Programme dieser Art in verschiedenen Bereichen entstanden. Diese regionalen Programme sind für verschiedene Bereiche konzipiert, zu nennen sind hier ALFA (Zusammenarbeit auf Hochschulebene), ALBAN (hier werden Stipendien vergeben), @LIS (hier geht es um die Informationsgesellschaft), AL-INVEST (dieses Programm fördert Unternehmenskooperationen), ALURE (Energiesektor), EUROsocial (Förderung der Sozialen Kohäsion), URB-AL (ländliche und städtische Entwicklung) sowie last but not least das so genannte 'Observatorio' (hier stehen die beiderseitigen Beziehungen im Mittelpunkt). Der zweite Bereich besteht aus den "Lineas Horizontales", worunter Menschenrechte, Nahrungsmittelsicherheit und so weiter fallen. Diese Themen ziehen sich durch alle Programme der Europäischen Union, ganz egal, welchem Sektor sie zugewiesen sind.⁷⁶

Da Bildung und Armut zueinander in Beziehung stehen, sollen die beiden Programme für den Bildungsbereich kurz dargestellt werden. Das Programm ALFA (die Abkürzung

⁷⁵ vgl. Cornelis 2008:4f.; DRN et al. 2007:32f.; Martínez Prada 2006:13f.; Roca i Cortés 2005:5

⁷⁶ vgl. Roca i Cortés 2005:7; Rouquayrol Guillemette; Herrero Villa 2006:55

steht für "América Latina-Formación Académica) ist für den Hochschulbereich entwickelt worden und fördert die Zusammenarbeit der beiden Regionen in diesem Bereich. In der ersten Phase dieses Programms, von 1994 bis 1999, lag die Zahl der teilnehmenden Institutionen bei ungefähr 1.300. In der zweiten Phase, von 2000 bis 2005, erfreute sich das Programm noch größerer Beliebtheit. Ein noch sehr junges Programm ist das ALßAN Programm (seit ca. 2003), in dessen Rahmen Stipendien in Europa angeboten und vergeben werden, begünstigt hiervon ist wiederum der Hochschulbereich.⁷⁷

Unter den zahlreichen, breit gefächerten Projekten der Europäischen Union für Lateinamerika bzw. Zentralamerika gibt es auch ein Programm, welches sich dem Wiederaufbau Zentralamerikas nach dem verheerenden Hurrikan Mitch, welcher 1998 eine Spur der Verwüstung durch Zentralamerika zog, widmet. Hierfür war eine Summe von 250 Millionen Euro vorgesehen. Für die Periode 2002 bis 2006 wurden die Budgetmäßigen Zuweisungen noch einmal deutlich erhöht. Die betroffenen Länder erhielten unterschiedlich hohe Beträge aus diesem Programm, am wenigsten bekam Panamá mit 24 Millionen Euro, am meisten erhielt Nicaragua mit 176 Millionen Euro.⁷⁸

3.3.1 Regional Strategy Paper

Für den Zeitraum 2007 bis 2013 gibt es für Zentralamerika sowohl ein neues „Regional Strategy Paper“ (RSP), welches mit 75 Millionen Euro dotiert ist, als auch sechs neue „Country Strategy Paper“. Der jeweilige länderspezifische Betrag wird aufgrund bestimmter Zielkriterien bestimmt. Somit werden insgesamt in etwa 840 Millionen Euro für die Region Zentralamerika zwischen 2007 und 2013 zur Verfügung gestellt.⁷⁹

Die größten Herausforderungen für die zentralamerikanische Region sind grob zusammengefasst: Stärkung von Demokratie und Wirtschaft, Umweltschutz und Förderung der sozialen Kohäsion. Man muss sich im Klaren sein, dass diese Probleme nicht isoliert voneinander sondern zueinander in Beziehung stehen. Wie schon des Öfteren erwähnt, spielen Hindernisse, wie institutionelle Schwäche, unterschiedliche Interessenslagen, wirtschaftliche Ungleichheiten, fehlende finanzielle Mittel und vieles mehr eine große Rolle, da sie den Integrationsprozess am Vorwärtsskommen hindern.

⁷⁷ vgl. Cairo 2006:57

⁷⁸ vgl. Rouquayrol Guillemette; Herrero Villa 2006:50

⁷⁹ vgl. Cornelis 2008:7

Durch eine verstärkte regionale Integration könnten diese Probleme bewältigt bzw. zumindest gelindert werden.⁸⁰

In Hinblick auf die Regional-Strategie wurden drei Hauptschwerpunkte gewählt, welche den aktuellen Herausforderungen Zentralamerikas entsprechen sollen. Von den bereits erwähnten 75 Millionen Euro entfallen rund 20 Millionen auf die Stärkung der für die regionale Integration zuständigen Institutionen (kurz gesagt: SICA-Institutionen), weitere 47 Millionen auf die Etablierung der angestrebten Zollunion und der Rest auf die Förderung der „gobernabilidad“ sowie der Sicherheit in der Region. Darüber hinaus werden sowohl für die Regionale Strategie als auch für die jeweiligen Länderstrategien zwei oder drei Schwerpunktbereiche identifiziert. Die erste Phase reicht von 2008 bis 2010, die darauf folgende von 2011 bis 2013. In der Mitte der Periode, 2010, ist auch eine Zwischenbewertung vorgesehen, welche gegebenenfalls zu einer Anpassung für den Zeitraum von 2011 bis 2013 führen kann.⁸¹

3.3.2 Guatemala

Die Bevölkerungszahl von Guatemala ist seit den 1980er Jahren stark angestiegen. Während im Jahr 1980 knapp 7 Millionen Menschen in Guatemala lebten, waren es 10 Jahre später bereits 1,9 Millionen mehr. Im Jahr 2000 gab es rund 11,4 Millionen Einwohner, 49,6% davon waren Frauen. Auch die Lebenserwartung ist in diesem Zeitraum sowohl für Männer als auch für Frauen angestiegen und liegt im Durchschnitt bei 65 Jahren. Guatemala weist mit knapp 31% eine hohe Analphabetenrate auf, wobei es signifikante Unterschiede zwischen Männern (19,8%) und Frauen (34,6%) gibt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Guatemalas gilt als arm (52%). Der GINI-Index, das bedeutendste Maß für die Einkommensverteilung, liegt auf einer Skala von 0 bis 1, wobei 0 für völlige Gleichheit und 1 für vollkommene Ungleichverteilung steht. Im Jahr 2003 lag dieser Index bei 0,587. Darüber hinaus lag Guatemala nur auf dem 119. Rang bei der HDI-Platzierung. Mit rund 1.940 US-Dollar liegt das BIP/Kopf unter dem Wert in El Salvador. Die Inflationsrate im Jahr 2003 lag bei 5,9%.⁸²

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der wichtigste Handelspartner für Guatemala. Im Jahr 2004 ging rund ein Drittel aller Exporte in die USA. Nach den USA kommen die meisten Importe aus dem zentralamerikanischen Markt, der Europäischen

⁸⁰ vgl. EC 2007b:12ff.;22

⁸¹ vgl. Cornelis 2008:8,16; EC 2007b:25f.

⁸² vgl. ALOP 2004:97; CEPAL 2006:95; EC 2006b:13

Union sowie Mexiko.⁸³ Die Hauptexportprodukte von Guatemala sind Kaffee, Bananen, Zucker und Erdöl. Die Exporte des kleinen zentralamerikanischen Landes gehen in erster Linie in die USA, gefolgt von El Salvador, Honduras, Costa Rica und Nicaragua.⁸⁴

Armut ist in Guatemala ein gravierendes Problem, mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze und verfügt kaum über Zugang zu (sozialen) Basisleistungen. Eine Verbesserung dieser Situation ist leider nicht in Sicht, da die Wirtschaft nur schleppend wächst und das Steuerwesen nicht nur schwach ausgebildet, sondern zudem auch noch ungerecht ausgestaltet ist. Trotz beträchtlicher Probleme in sehr vielen Bereichen, gab es seit dem Ende der gewalttätigen Konflikte bzw. der Unterzeichnung der Friedensverträge doch ein paar Lichtblicke, wie zum Beispiel Verbesserungen im Bereich der Demokratie. Die politische Lage ist noch immer instabil. Dies wirkt sich negativ auf den „National Development Plan“ aus, dessen Basis die Friedensabkommen von 1996 sind. Auch das Erreichen der Millennium Development Goals ist deshalb schwierig. Hier ist vor allem Hilfe von außen notwendig. Die Europäische Union hat daher für die Periode 2007 bis 2013 für Guatemala den Fokus auf die drei Hauptbereiche

- Soziale Kohäsion,
- Wirtschaftswachstum sowie
- Handel

gelegt. Zudem setzt sich die Europäische Union auch für die Rechte der indigenen Bevölkerung ein, versucht eine vor allem auf die Jugend zugeschnittene Politik zu gestalten und ganz allgemein die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen. Natürlich spielt die regionale Integration eine sehr bedeutende Rolle, denn die genannten Schwerpunktsetzungen sollten sich vor allem positiv auf diese Integrationsbemühungen auswirken.⁸⁵

Die bewaffneten Auseinandersetzungen hinterließen starke Spuren im größten Land Zentralamerikas, was sich zum Beispiel in einer fragmentierten Gesellschaft widerspiegelt. Menschenrechte hatten während des bewaffneten Konfliktes keine Bedeutung. Am schlimmsten traf es die indigene Bevölkerung, welche systematisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen und verfolgt wurde. Im Jahr 1999 wurde eine

⁸³ vgl. EC 2006b:2-12

⁸⁴ vgl. Ebd.:4f.

⁸⁵ vgl. Ebd.:1-4

Volksabstimmung über eine Verfassungsreform durchgeführt, welche wesentliche Verbesserungen für die indigene Bevölkerung Guatemalas bedeutet hätte und auf die Schaffung eines mehrsprachigen, multikulturellen und multiethnischen Staates hinausgelaufen wäre. Dieses Maßnahmenpaket erhielt nicht die dafür notwendige Unterstützung. Nach der von Korruptionsvorwürfen begleiteten Amtsperiode von Präsident Portillo, welche zudem eine Schwächung der Rechtsstaatlichkeit sowie einen Stillstand im Friedensprozess zur Folge hatte, kam zu Beginn des Jahres 2004 Präsident Berger an die Macht. Die neue Regierung bekannte sich zu den Friedensabkommen und deren Verwirklichung. Im August 2005 wurde dann ein Rahmengesetz, das "Ley Marco de los Acuerdos de Paz" geschaffen. Die darin enthaltenen Maßnahmen und Mechanismen zielen auf eine erfolgreiche Erfüllung der in den Friedensabkommen gesetzten Ziele ab. Zusätzlich beinhaltet dieser neue politische Rahmen auch Dezentralisierungsbemühungen, ländliche Entwicklung und Förderung der Teilnahme der Zivilgesellschaft.⁸⁶

Ein eigenes "Poverty Reduction Strategy Paper" hat Guatemala nicht, da es nicht an der HIPC-Initiative teilnimmt. Die neue Regierung Berger hat aber einen Regierungsplan für den Zeitraum von 2004 bis 2008 aufgestellt, welcher die sozioökonomische Entwicklung des Landes in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehören auch ein Steuerpaket, das "Vamos Guatemala" (in erster Linie, um die Wirtschaft anzukurbeln), ein Maßnahmenpaket gegen die Korruption wie auch Verbesserungen im Bereich der Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit.⁸⁷

3.3.3 Honduras

Da Honduras weder Schwerpunkt- noch Partnerland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist, werde ich auf die Armut in Honduras näher eingehen.

Honduras zählte in der Periode 1970 bis 1975 ungefähr 3 Millionen Einwohner, zwischen 1980 und 1985 bereits 4,2 Millionen und im Zeitraum 1996 bis 2002 kletterte dieser Wert auf 6,4 Millionen. D.h., dass sich die Bevölkerung innerhalb von 32 Jahren mehr als verdoppelt hat. Heutzutage leben rund 7 Millionen Menschen in diesem zentralamerikanischen Land, das Bevölkerungswachstum ist mit 2,7% noch immer

⁸⁶ vgl. Ebd.:2-7

⁸⁷ vgl. Ebd.:3-14

hoch. Im Laufe der Zeit wanderten immer mehr Menschen vom Land in die Stadt ab. Während zwischen 1970 und 1975 nur jeder Dritte in urbanen Gebieten lebte, ist das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung heute mehr oder weniger ausgeglichen. In den letzten Dekaden stieg auch die Lebenserwartung sukzessive an, von 56 Jahren (1970-1975) auf 63 (1980-1985) und 66 Jahre (1996 bis 2002). Heute liegt sie bei durchschnittlich 70 Jahren. Mit rund 930,79 US-Dollar liegt das BIP/Kopf unter den Werten von Guatemala und El Salvador. Die Inflationsrate im Jahr 2003 lag bei 7,7%, die Auslandsverschuldung betrug ca. 4,8 Milliarden US-Dollar. Die Armuts-situation ist gravierend, beinahe zwei Drittel aller Haushalte leben in Armut, wobei der ländliche Raum hiervon in viel größerem Ausmaße betroffen ist als die Städte. Ebenfalls besorgniserregend ist, wie in vielen anderen Ländern Lateinamerikas auch, die Ungleichverteilung der Ressourcen (GINI-Index beträgt 0,540) und der beschränkte Zugang zu sozialen Grundleistungen. Diese und andere Faktoren erklären das schlechte Abschneiden von Honduras beim Human Development Index (nur Rang 115).⁸⁸

Vergleicht man die Armutsraten aus den Jahren 1992 und 2002 so sind Unterschiede erkennbar. In absoluten Zahlen gemessen lebten im Jahr 1992 rund 3,75 Millionen Menschen in Armut, 925.000 davon galten als arm, rund 2,825 Millionen wurden als absolut arm eingestuft. Innerhalb dieser 10 Jahre hat sich die Zahl der Armen um mehr als eine Million Menschen erhöht, wobei der Großteil zur Gruppe der in absoluter Armut lebenden Menschen gehört. Um die Verbindung zwischen Armut und Ungleichverteilung etwas besser darstellen zu können, ist ein Warenkorb ein geeignetes Mittel: In der Gruppe der in absoluter Armut lebenden Menschen, welche auch zahlenmäßig die größte Gruppe darstellt, liegt das monatliche Einkommen pro Kopf bei rund 292 Lempira (Währung in Honduras), wohingegen Menschen in relativer Armut über rund 488 Lempira und Nicht-Arme über 2.932,96 Lempira pro Monat verfügen. Legt man dem Warenkorb (Canasta Básica Mínima) pro Monat einen Betrag von 1.101,20 Lempira zugrunde, ergibt sich in der Gruppe der absolut Armen ein Fehlbetrag von rund 809 Lempira pro Monat, bei der Gruppe der in relativer Armut lebenden Menschen ein Defizit von 613 Lempira, der Gruppe der Nicht-Armen hingegen bleibt ein Betrag von rund 1.800 Lempira pro Monat übrig. Viele Studien zeigen, dass Armut u.a. mit schlecht bezahlten Arbeitsplätzen beziehungsweise geringerer Produktivität einhergeht. Dies ist wiederum auf wenig Kapital, knappe Ressourcen, schlechte

⁸⁸ vgl. ALOP 2004:104ff.; EC 2007a:45

Ausbildung und so weiter zurückzuführen. Darüber hinaus sind pro Haushalt meist nur wenige Mitglieder am Arbeitsmarkt tätig, die restlichen Familienmitglieder sind von den Einkünften der Erwerbstätigen abhängig. Der Großteil der Menschen lebt von der Landwirtschaft, ungefähr ein Drittel verdient seinen Lebensunterhalt im Dienstleistungssektor. Diese Situation ist vor dem Hintergrund von Entwicklungshilfegeldern, einem (wenn auch geringem) wirtschaftlichen Wachstum und einem eigenen „Poverty Reduction Strategy Paper“ mehr als bedenklich.⁸⁹

Honduras ist nicht nur von Armut geprägt, sondern auch hoch verschuldet. Im Jahr 1999 wurde das zentralamerikanische Land in die HIPC Initiative aufgenommen, bereits ein Jahr später wurde der so genannte „Decision point“ erreicht. Aufgrund wirtschaftlicher Instabilität erhielt Honduras erst im Jahr 2005 („Completion point“ wurde erreicht) den dringend benötigten Schuldennachlass. Dieser Erlass und weitere mögliche Schuldenerlässe geben dem Land mehr Möglichkeiten, die Armut in den Griff zu bekommen.⁹⁰

Da Honduras im Kapitel über die Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr behandelt wird, soll hier ein kurzer Überblick über Geber und Schwerpunktsektoren der Entwicklungszusammenarbeit in Honduras erfolgen. Die internationalen Geber in Honduras sind Weltbank (16,6%), Interamerikanische Entwicklungsbank (26%), Vereinte Nationen (3,6%), Europäische Kommission (10,5%), Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (10,5%) sowie andere multilaterale (9,9%) und bilaterale (22,9%) Geber. Insgesamt ist für den Sozialen Sektor eine Summe von 1.006,61 Millionen Euro vorgesehen. Unter den Oberbegriff „Sozialer Sektor“ fallen Aktivitäten in den Bereichen Armutsbekämpfung, Kultur, Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen und so weiter. Von der zur Verfügung gestellten Gesamtsumme entfallen auf den Sozialen Sektor mit 42,6% beinahe die Hälfte aller Gelder.⁹¹

Die Strategie der Europäischen Union konzentriert sich auf drei Sektoren, welche in erster Linie auf die Stärkung der „Sozialen Kohäsion“ abzielen.

- Der erste Bereich hat als Thema die „Soziale Kohäsion“ bzw. die Stärkung des Humankapitals zum Inhalt. Hierbei werden vor allem Investitionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich angesprochen.

⁸⁹ vgl. ALOP 2004:109f.; EC 2007a:9

⁹⁰ vgl. EC 2007a:12

⁹¹ vgl. Ebd.:69ff.

- Die zweite Schwerpunktsetzung betrifft den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Der Fokus wird hierbei auf die Forstwirtschaft gelegt. Hiervon verspricht man sich verbesserten Schutz gegenüber Naturkatastrophen und Linderung der ländlichen Armut.
- Der Dritte und letzte Bereich hat die Etablierung einer "comprehensive public security and justice policy" zum Ziel.⁹²

Neben diesen Schwerpunktsetzungen gibt es auch verschiedene Unterpunkte in diesem Strategiepapier der Europäischen Kommission, nämlich „Humanitäre und Soziale Entwicklung“ (Stichwort „Soziale Kohärenz“), „Umwelt und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen“ und „Justice and public security programme“.⁹³

3.3.4 Nicaragua

Die Hauptstadt der Republik Nicaragua ist Managua. Das Land ist in 151 Gemeinden, 15 Departments sowie in zwei Autonome Regionen aufgeteilt. Von den ungefähr 5,2 Millionen Einwohnern leben mehr als die Hälfte in urbanen Gebieten. Nicaragua hatte im Jahr 1980 knapp 3 Millionen Einwohner, zwanzig Jahre später war die Bevölkerung bereits auf 5,1 Millionen angestiegen, wobei der Anteil der Frauen und Männer ziemlich ausgewogen ist. In diesem Zeitraum stieg auch die Lebenserwartung beträchtlich an, bei Männern von 56 auf 66 Jahre, bei Frauen von 62 auf 71 Jahre. Die Lebenserwartung bei Geburt beträgt im Durchschnitt 68 Jahre. Nicaragua ist ein Land mit sehr junger Bevölkerung. Im Jahr 1999 lag das Durchschnittsalter bei 18 Jahren. Die Alphabetisierungsrate liegt bei über 75%.⁹⁴

Der Großteil der im formellen Sektor tätigen NicaraguanerInnen ist im Agrar- (41%) und Dienstleistungssektor (44%) beschäftigt, die restlichen 15% entfallen auf den schwach ausgeprägten Industriesektor. Erschreckend hoch ist die Rate der im informellen Sektor Beschäftigten, welche bei über 50% der Erwerbstätigen liegt. Im informellen Sektor gibt es weder Rechte noch Absicherungen für die Beschäftigten. Im Bereich der Arbeitslosigkeit ist der Trend steigend, über die exakte Höhe besteht aber keine Einigkeit. Während das offizielle Nicaragua für das Jahr 2000 eine Arbeitslosenrate von gut 10% angibt, sehen die Schätzungen der Economist Intelligence Unit für

⁹² vgl. Ebd.:4

⁹³ vgl. Ebd.:22ff.

⁹⁴ vgl. BMaA 2003:2f.; EC 2006a:46

das Jahr 2002 um einiges bedrückender aus, denn es wird von einer knapp 22-prozentigen Arbeitslosenrate ausgegangen (Unterbeschäftigung ist hierbei inkludiert).⁹⁵ Die Hauptexportgüter Nicaraguas sind unter anderem Kaffee, Shrimps und Fabrikate. Zu den wichtigsten Importgütern zählen Nahrungsmittel, Brennstoffe und Energie, aber auch Kapitalgüter. Der Großteil des nicaraguanischen Außenhandels entfällt auf die zentralamerikanischen Nachbarn (rund 39%), gefolgt von den USA mit ca. einem Drittel. Am dritten Platz, aber anteilmäßig weit abgeschlagen, liegt die Europäische Union mit knapp 11%.⁹⁶ Insgesamt gesehen ist die USA der bedeutendste Handelspartner, gefolgt von der zentralamerikanischen Region und der Europäischen Union. Um beim Beispiel der Europäischen Union zu bleiben: hier nimmt Nicaragua nur den 114. Rang bei der Reihung der Handelspartner ein. Dies kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass Nicaragua ein kleines Land mit einem kleinen Markt ist, keine stabilen politischen Verhältnisse vorherrschen und auch staatliche Sicherheiten Mangelware sind. Diese Faktoren wirken sich hemmend auf das Investitionsklima aus.⁹⁷

Nicaragua gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, in etwa die Hälfte der Bevölkerung ist von Armut betroffen. Die ländlichen Gegenden sind in größerem Ausmaß betroffen als urbane Gebiete, denn die Armutsrate auf dem Land beträgt in etwa zwei Drittel. Noch gravierender ist die Situation in den beiden Autonomen Atlantikregionen Nicaraguas, wo 4 von 5 Menschen in Armut leben. Auch wenn die Armut relativ ausgedrückt rückgängig ist, ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen aufgrund des Bevölkerungswachstums (in absoluten Zahlen gemessen) gestiegen. Auch Nicaragua hat mit großer Ungleichheit zu kämpfen, denn rund ein Fünftel der Bevölkerung besitzt knapp 60% des gesamten Vermögens. Es fehlt an allen Ecken und Enden, der Bevölkerung bleibt der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und sozialen Grundleistungen oft versperrt. Diese Faktoren sind unter anderem dafür verantwortlich, dass wirtschaftliches und soziales Wachstum in so weite Ferne gerückt sind, dass sich viele Menschen dazu entschließen, ihrem Land den Rücken zu kehren.⁹⁸

Der Großteil versucht sein Glück entweder in den USA oder im nahen Costa Rica. Die Rücküberweisungen, welche mehr als die Hälfte der MigrantInnen an die zurückgelassenen Familienangehörigen sendet, sichern jenen zumindest das tägliche Überleben. Somit wird ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Armutsminderung

⁹⁵ vgl. BMaA 2003:10

⁹⁶ vgl. EC 2006a:37ff.

⁹⁷ vgl. Ebd.:11

⁹⁸ vgl. BMaA 2003:14; EC 2006a:8

geleistet. Im Durchschnitt werden pro Zusendung 200 US-Dollar überwiesen. Die Schätzungen über die Höhe der jährlichen Rücküberweisungen aus den USA liegen bei ca. 500 Millionen US-Dollar. Costa Rica ist das beliebteste Auswanderungsziel der NicaraguanerInnen, sie machen drei Viertel der dort ansässigen AusländerInnen aus. Pro Monat und Person werden im Schnitt 70 US-Dollar in die Heimat überwiesen. Alles in allem machen die Rücküberweisungen beträchtliche 13 bis 18 Prozent des Bruttoinlandproduktes Nicaraguas aus. Es wird zunehmend die Forderung lauter, die Überweisungsgebühren bzw. Transaktionskosten in großem Ausmaß zu senken.⁹⁹

Die Europäische Union hat das Länderstrategiepapier für die Periode 2007 bis 2013 vor dem Hintergrund der schwierigen, konfliktreichen Geschichte des Landes gestaltet und berücksichtigt aktuelle Herausforderungen des Landes, wie den Kampf gegen die weit verbreitete Korruption, die Integration in die regionale und globale Wirtschaft, die Suche nach der eigenen Identität vor dem Hintergrund instabiler politischer Verhältnisse und vieles mehr. Details zum geschichtlichen Abriss siehe Kapitel zur Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Das Länderstrategiepapier für Nicaragua setzt den Schwerpunkt auf drei Bereiche:

- Der erste Punkt zielt auf Verbesserungen in der politischen Sphäre ab. Hierunter fallen Aktivitäten, welche die Förderung von Demokratie und „good governance“ sowie die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien anstreben.
- Die zweite Schwerpunktsetzung versucht, vor allem durch Aktivitäten im Bildungsbereich, einen Beitrag zur Verringerung von Vorurteilen und sozialen Ungleichheiten zu leisten wie auch die Menschen entsprechend den Bedürfnissen des Landes auszubilden.
- Der dritte Bereich bezieht sich auf die Wirtschaft, welche sowohl stabiler, nachhaltiger als auch stärker werden soll.

Zusätzlich gibt es auch noch Querschnittsthemen, wie regionale Integration, Umwelt, Menschenrechte, Zivilgesellschaft und so weiter, welche ihren Niederschlag in den genannten Fokussierungen finden.¹⁰⁰

⁹⁹ vgl. EC 2006a:49f.

¹⁰⁰ vgl. Ebd.:4

3.3.5 El Salvador

El Salvador verzeichnet seit den 1980er Jahren einen starken Anstieg der Bevölkerungszahlen. Im Jahr 1980 gab es rund 4,6 Millionen Einwohner, eine Dekade später bereits 500.000 mehr. Im Jahr 2000 zählte das Land mehr als 6 Millionen Menschen, drei Jahre später bereits 6,5 Millionen. Beinahe 60% der Menschen lebt in urbanen Gebieten. Auch die Lebenserwartung bei Geburt erhöhte sich in diesem Zeitraum und beträgt durchschnittlich 70,4 Jahre. Die Analphabetenrate für das Jahr 2002 lag bei 18,3%, beinahe 37% aller Haushalte galten als arm. Der GINI-Index betrug 0.54, in Bezug auf den HDI nahm El Salvador Rang 105 ein. Das BIP pro Kopf lag bei rund 2.260 US-Dollar. Die Inflationsrate war mit 1,4% im Jahr 2003 relativ gering.¹⁰¹

Die strukturellen Reformen der 1990er Jahre waren erfolgreich und haben dem Land zu einer stabilen Wirtschaftslage und einem im Vergleich zu den Nachbarn ausgeglichenen Staatshaushalt verholfen. Die Bedeutung des Agrarsektors ist stark rückläufig. In den frühen 1980er Jahren stammten beinahe 40% des Bruttoinlandprodukts aus dem Primärsektor, im Jahr 2004 war dieser Wert auf 9% gesunken. Die größte Wertschöpfung stammt aus dem Dienstleistungssektor (60%), gefolgt vom Industriesektor mit rund 30%. Niedrige Zinssätze und Inflation sind das Resultat der Einführung des US-Dollar als neue Währung El Salvadors im Jahr 2001. Für den Export-Import Bereich gibt es Folgendes zu sagen: Die USA sind der wichtigste Handelspartner des kleinen zentralamerikanischen Landes, in etwa die Hälfte aller Ein- und Ausfuhren entfällt auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die zentralamerikanische Region hält einen Anteil von ungefähr einem Drittel, auf die Europäische Union entfallen nicht einmal 10%. Der Einfluss der USA hat sich mit der Unterzeichnung des CAFTA-Abkommens noch weiter verstärkt.¹⁰²

Das kleine zentralamerikanische Land El Salvador hat große Fortschritte im Bereich der Armutsbekämpfung, Demokratieförderung und Einhaltung der Menschenrechte gemacht. Trotzdem lebt noch immer in etwa ein Drittel der Bevölkerung in Armut und hat kaum Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Wenn El Salvador die Millennium Development Goals sowie allgemein eine auf Nachhaltigkeit basierende Entwicklung erreichen möchte, ist es auf Hilfe von außen angewiesen. Wie zuvor erwähnt, hat sich zwar die Wirtschaft gut entwickelt, die politischen Verhältnisse sind aber nachwievor instabil. Die Regierung von El Salvador hat auf die noch immer

¹⁰¹ vgl. ALOP 2004:89; EC 2006c:43

¹⁰² vgl. EC 2006c:12f.;37

zahlreichen Probleme des Landes mit dem "Plan Pais Seguro" reagiert, welcher für den Zeitraum 2004 bis 2009 vorgesehen ist. Zusätzlich zu diesem Plan der Regierung, welcher neben wirtschaftlichen Zielen auch Ziele im Bereich der Armutsverminderung und somit der Erreichung der Millennium Development Goals enthält, gibt es auch noch den "Plan de Oportunidades", welcher auf die 100 ärmsten Gemeinden El Salvadors ausgerichtet ist (nähere Details siehe CSP El Salvador 2007-2013). El Salvador nimmt nicht an der HIPC Initiative teil und hat aus diesem Grund auch kein eigenes Poverty Reduction Strategy Paper.¹⁰³

Wie bereits erwähnt, konnte El Salvador im Bereich der Armutsbekämpfung signifikante Fortschritte erzielen. Zu Beginn der 1990er Jahre lebten in El Salvador rund 60% der Menschen in Armut, im Jahr 2002 fiel „nur“ mehr ein Drittel unter den Begriff Armut. Im Großen und Ganzen kann man allgemein von einem beständigen, langsamen Rückgang der Armutszahlen in El Salvador sprechen. Betrachtet man hingegen jene Menschen, welche unter absoluter Armut leiden, besitzt diese Aussage keine Gültigkeit. Diese Zahlen stagnieren. Dazu kommt eine ungleiche Einkommensverteilung und soziale Gewalt. Zieht man einen Vergleich von ländlichen und urbanen Gebieten, treten enorme Diskrepanzen ans Tageslicht. Zum Beispiel verfügen urbane Gegenden über geringere Armutsraten, einen höheren Alphabetisierungsgrad, weniger Unterernährung sowie ein höheres BIP/Kopf als ländliche Regionen.¹⁰⁴

Darüber hinaus treten enorme Ungleichheiten in der Einkommensverteilung auf, mit steigendem Trend: *„En 1992, el 20% más rico percibía el 54,5% del ingreso nacional, y el quintil más pobre recibía el 3,2%. Diez años más tarde, los más ricos toman el 58,3% y la participación en el ingreso de los más pobres había disminuido a 2,4%. En todo caso, la relativa reducción de pobreza se explica por los migrantes y las remesas familiares que en 1992 impidieron que el 4% de la población rural cayera en pobreza absoluta. Hoy día el porcentaje de familias rurales que dependen de remesas para no caer en la pobreza absoluta es casi de 9%. Asociado con la pobreza de ingresos está la pobreza en términos de déficit en el acceso a servicios sociales básicos. Si bien han aumentado en los últimos 12 años, los déficits siguen siendo significativos: la escolaridad promedio apenas supera los 5 años, la tasa bruta de educación media es 40% y el analfabetismo es más del 18%. El 24% de la población no tiene acceso a servicios de salud básicos y la seguridad social deja fuera a toda la población rural, cubriendo apenas al 39% de la PEA urbana. Las brechas rurales-urbanas continúan siendo*

¹⁰³ vgl. Ebd.:6;15f.

¹⁰⁴ vgl. Ebd.:10

gigantescas. Además de las brechas en ingresos, están la esperanza de vida rural, menor en 6 años a la urbana, la mitad de grados de escolaridad y la tercera parte de los ingresos en el medio rural. La pobreza rural afecta fuertemente a las mujeres y los niños”¹⁰⁵.

Das Länderstrategiepapier der Europäischen Kommission beinhaltet wiederum drei zentrale Zielsetzungen.

- Der erste Punkt hat die Stärkung der Sozialen Kohäsion zum Ziel, und zwar u.a. durch Investitionen in den Bildungs-, Wasser- und Hygiene-Bereich.
- Der zweite Pfeiler der Strategie setzt auf Wirtschaftswachstum, basierend auf der Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Die dritte Schwerpunktsetzung zielt auf die regionale Integration und den Handel ab.

Wie bei den anderen Länderstrategiepapieren auch, gibt es Querschnittsthemen wie zum Beispiel Umwelt, welche in den drei Zielsetzungen ebenfalls Beachtung finden.¹⁰⁶

¹⁰⁵ ALOP 2004:94

¹⁰⁶ vgl. EC 2006c:6

4 Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit

Die Millennium Development Goals der Vereinten Nationen haben die Entwicklungszusammenarbeit vor neue Herausforderungen gestellt. Das Ergebnis des „UN Millennium Summit“ aus dem Jahr 2000 sind acht so genannte Millennium Development Goals, welche bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen. Um den Erfolg auch messen zu können, gibt es quantifizierbare Ziele und eine Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren. Die Ziele im Detail sehen folgendermaßen aus:

- *„Goal 1: Eradicate extreme poverty and hunger;*
- *Goal 2: Achieve universal primary education;*
- *Goal 3: Promote gender equality and empower women;*
- *Goal 4: Reduce child mortality;*
- *Goal 5: Improve maternal health;*
- *Goal 6: Combat HIV/AIDS, malaria and other diseases;*
- *Goal 7: Ensure environmental sustainability;*
- *Goal 8: Develop a Global Partnership for Development“¹⁰⁷*

Um diese teilweise hoch gesteckten Ziele auch umsetzen zu können, ist eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gebern einerseits und zwischen diesen Gebern und den jeweiligen Empfängerländern andererseits erforderlich. Doch dies kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, sondern erfordert Zeit und Diskussion. Einigkeit besteht darüber, zu einer besseren gegenseitigen Abstimmung zu gelangen, um Synergien nutzen zu können. Trotzdem sind seit der Proklamierung der MDGs Verbesserungen spürbar.¹⁰⁸

Nicaragua eignet sich gut als Beispielland für eine verbesserte Geberkoordinierung, da hier zahlreiche internationale Geber zugegen sind. Es wird versucht, nebeneinander bestehende Strukturen, wie zum Beispiel jene von Geberorganisationen, in die staatliche Sphäre Nicaraguas einzugliedern. Auf diese Weise soll es dem nicaraguanischen Staat ermöglicht werden, seine Funktionen wirksamer wahrzunehmen. Die Geber sehen in der Verschlinkung von Verwaltungsstrukturen einen weiteren wichtigen Schritt, um mehr Effizienz erreichen zu können. Darüber hinaus wird die Harmonisierung von Projekten und Programmen mit den nationalen Bedürfnissen angestrebt. Um alle diese Ziele in die Realität umsetzen zu können, ist die Unterstützung der

¹⁰⁷ UNDP 2008

¹⁰⁸ vgl. Gómez Lacayo 2006:17; Grünberg 2006:7; UNDP 2008

Zivilgesellschaft und des privaten Sektors wesentlich. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen, kann ein wirksamer Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet werden.¹⁰⁹

4.1 EZA-Leistungen der Europäischen Union

Bevor auf die konkreten Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit eingegangen wird, ist es wichtig, sich der Veränderungen seit den 1980er Jahren bewusst zu werden: Die führenden Männer im Bereich des Militärs (Konflikte in den 1980er Jahren) haben zwar auf der politischen Ebene an Einfluss verloren, trotzdem gelang es ihnen, sich in der Unternehmer- und Finanzwelt zu etablieren und ein entsprechend finanziell abgesichertes Leben zu führen. Die Durchführung regelmäßiger Wahlen ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Leider werden diese oft von Betrugsbeschuldigungen, Manipulationen und so weiter überschattet. Es können Fortschritte im Bereich der Demokratie verzeichnet werden, von einer partizipativen Demokratie ist man in Zentralamerika jedoch noch weit entfernt. Obwohl in vielen Bereichen Erfolge erzielt werden konnten, ist dies bei der Armutsbekämpfung nicht der Fall, sondern das genaue Gegenteil: die Armut breitet sich langsam, aber kontinuierlich aus. Die Ungleichheit bleibt, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Die vom IWF auferlegten Strukturanpassungsprogramme haben an dieser Situation keinen unwesentlichen Anteil. Ein weiterer Punkt ist die Krisenanfälligkeit der Regierungen in der zentralamerikanischen Region. Unentbehrlich für eine lebensfähige Demokratie ist die enge Verbundenheit zwischen wirtschaftlichem und sozialem Bereich, wobei letzt-genannter das Kernstück des ersteren sein sollte. Diese fehlende Verbindung war unter anderem für das "Scheitern" der Strukturanpassungsprogramme ausschlaggebend. Das Resultat war eine sich weiter verstärkende Ungleichheit in den Gesellschaften, was bei vielen Menschen dazu führte, dass sie den Glauben an die Demokratie verloren.¹¹⁰

Die Europäische Union ist zum wichtigsten Geber Zentral- und Lateinamerikas geworden. Aufgrund der vielfältigen Tätigkeitsbereiche der Entwicklungszusammenarbeit ist es erforderlich, dass sich die unterschiedlichen Interventionen nicht

¹⁰⁹ vgl. Gómez Lacayo 2006:18

¹¹⁰ vgl. Grünberg 2005:14

gegenseitig abschwächen, sondern ergänzen. Hierfür ist eine gute Zusammenarbeit fundamental.

Eine neue und sehr beliebte Art der Unterstützung gibt es in Form der Budgethilfe. Hierbei ist jedoch zu betonen, dass die Europäische Kommission nicht einfach Gelder an die jeweiligen Regierungen überweist, sondern diese Unterstützung an bestimmte Bedingungen knüpft. Der Auslandsverschuldung der Länder des Südens wird durch die HIPC-Entschuldungsinitiative entgegengewirkt. Diese Initiative ist auch oft mit anderen Maßnahmen, wie der Bekämpfung von Armut, verbunden. Das Spektrum der europäischen Entwicklungszusammenarbeit ist sehr vielfältig und reicht von Aktivitäten in den Bereichen Umwelt über Geschlechtergleichstellung hin zur Sicherung von Demokratie. Unterstützung und Hilfestellung sind auch im Falle von Naturkatastrophen vorgesehen. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten greifen bei ihren Aktivitäten sozusagen ineinander, der Multilateralismus und der Bilateralismus ergänzen einander.¹¹¹

Im Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 wurde die Entwicklungspolitik der Europäischen Union formell legitimiert (Artikel 130.U bis 130.Y). Zuvor wurde der Vertrag von Rom aus dem Jahr 1957 als Referenz herangezogen.¹¹²

4.1.1 Beispiel: Nicaragua

Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union wird von nicaraguanischer Seite durchwegs als positiv und wichtig für das zentralamerikanische Land angesehen und dies quer durch die politischen Lager. Carlos F. Chamorro gibt in seinem Beitrag auch eine Stellungnahme von Dr. Alejandro Serrano Caldera, welcher eine Reihe hoher Positionen in diversen Bereichen inne hatte bzw. hat, wieder. Dieser sieht die Kooperation zwischen Europäischer Union und Nicaragua als wichtig und förderlich für sein Land an. Ein starker, funktionsfähiger Staat sei vor allem in Hinblick auf die Globalisierung erforderlich. Positiv sei auch der Umstand, dass die Europäische Union ein Leitbild darstelle, welches für den Umwandlungsprozess in Zentralamerika von großer Bedeutung sei. Laut Alvarez Montalván birgt die Zusammenarbeit für das zentralamerikanische Land die Chance, den seit langem bestehenden starken Einfluss

¹¹¹ vgl. Köpke 2006:16; Stackl 2006:3; Martínez Prada 2006:13ff.

¹¹² vgl. Rouquayrol Guillemette/Herrero Villa 2006:12

der Vereinigten Staaten von Amerika, welcher sich vor allem in wirtschaftlichen Belangen manifestiert, abzuschwächen.¹¹³

Im Jahr 1998 wurden die „Orientaciones Plurianuales Indicativas (OPIN)“ (1998) ausverhandelt, welche die Schwerpunkte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit in Nicaragua festlegen. Davon erfasst ist der Staatsbereich (und hier insbesondere die Förderung der Demokratie), der Agrarsektor sowie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Darin enthalten, wenn auch in den Schwerpunkten nicht explizit angeführt, sind Geschlechtergleichstellung, Umwelt und Zivilgesellschaft. Laut dem österreichischen Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (2003) flossen in den letzten beiden Dekaden mehr als 14 Milliarden US-Dollar nach Nicaragua. Diese Quote ist nur geringfügig höher als jene der *remesas*. Diese Mittel wurden von mehr als 100 (bilateralen und multilateralen) Institutionen zur Verfügung gestellt.¹¹⁴

4.2 Österreichische EZA-Leistungen in Zentralamerika

Im Gegensatz zu anderen Ländern des Südens, in denen der Großteil der Menschen in ländlichen Gebieten wohnt, ist das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung in Zentralamerika mehr oder weniger ausgeglichen. Die Region ist aber nicht nur reich an Flora und Fauna, sondern auch an verschiedenen Kulturen. Die Länder Zentralamerikas haben durch ihre geografische Lage auch immer wieder mit Naturgewalten und deren Folgen zu kämpfen. Die enorme Verstädterung sowie ein gewaltiger Rückgang an Wäldern haben die Situation noch weiter verschärft. Vor allem die Armen haben den Großteil dieser Konsequenzen zu tragen. Trotzdem schneidet Zentralamerika bei Indikatoren wie BIP/Kopf oder durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt meistens viel besser ab als andere „Entwicklungsländer“.¹¹⁵

Betrachtet man die Wirtschaftssektoren von Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador so sieht man sehr gut, dass dem Dienstleistungssektor die größte Bedeutung zukommt (Werte zwischen 48,2% und 62%). Unterschiede gibt es beim Anteil des primären bzw. sekundären Sektors in den einzelnen Ländern. In El Salvador liegt der Anteil des sekundären Sektors klar vor jenem des primären Sektors, dasselbe gilt für

¹¹³ vgl. Chamorro 2006:19

¹¹⁴ vgl. BMaA 2003:19f.

¹¹⁵ vgl. Grünberg 2006:1f.; EC 2007b:36

Nicaragua, auch wenn der Abstand in diesem Fall schon sehr gering ist. Der Agrarsektor verfügt in Guatemala und Honduras über einen deutlich höheren Anteil als der Industriesektor.¹¹⁶

In Folge der geografischen Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit in den 1990er Jahren wurde Nicaragua als Schwerpunktland und die beiden Länder Guatemala und El Salvador als Partnerländer klassifiziert. Zusätzlich zur geografischen Eingrenzung wurde auch eine Konzentration auf Schwerpunktsektoren vorgenommen. Der Anfang der Entwicklungszusammenarbeit in Zentralamerika datiert aber auf die konfliktträchtigen 1980er Jahre zurück. Bereits zu jener Zeit wurde in der nicaraguanschen Hauptstadt Managua ein Koordinationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet. Dieses Büro ist zentral für den Informationsaustausch zwischen der ÖEZA und den jeweiligen Partnerländern, darüber hinaus spielt es auch bei der „Planung und Betreuung der österreichischen Programme“ eine bedeutende Rolle. Neben diversen Einrichtungen der Austrian Development Agency haben auch österreichische Nichtregierungsorganisationen lokale Niederlassungen in der zentral-amerikanischen Region. Zwischen 1996 und 2006 flossen in etwa 105 Millionen Euro an österreichischen EZA-Mitteln in dieses Gebiet.

Die bereits erwähnte Schwerpunktsetzung erfolgte auf die Bereiche

- Armutsbekämpfung,
- Konfliktprävention und Friedenssicherung sowie
- Umwelt.

Durch die Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich für Zentralamerika sowohl Chancen als auch Risiken bzw. Herausforderungen. Zu den möglichen Vorteilen zählen u. a. wirtschaftlicher Aufschwung und mehr Gewicht auf internationaler Ebene. Zentralamerika steht aber auch vor großen Herausforderungen, denn die Region benötigt einen starken Willen, um Fortschritte in ihrem Integrationsprozess erzielen und zentrale Probleme wie Armut in Angriff nehmen zu können. Um den befürchteten negativen Auswirkungen einer noch weiteren wirtschaftlichen Öffnung (wie zum Beispiel CAFTA) entgegenzutreten zu können, setzt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit weiterhin auf die Förderung der Integration und ergänzt diese mit Kompensationsmaßnahmen.¹¹⁷

¹¹⁶ vgl. EC 2007b:38f.

¹¹⁷ vgl. ADA 2006:21; Freudenschuss-Reichl 2006:2ff.; Grünberg 2006:1

4.2.1 Nicaragua – Schwerpunktland der ÖEZA

Mit dem Sturz des totalitären Somoza-Regimes durch die Sandinisten im Jahr 1979 setzten auch die bilateralen Kontakte zwischen Nicaragua und Österreich ein. Während der Diktatur unter Somoza war das Land von tiefgreifender Armut geprägt. Die linke Befreiungsbewegung der Sandinisten führte einschneidende Reformen im Bereich Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit durch. Doch drei Jahre später setzten erneut politische Konflikte ein, welche das Land tief erschütterten. Die Sandinisten und die antisandinistischen Contras, welche von den USA gefördert wurden, lieferten sich erbitterte Kämpfe und das Land versank im Bürgerkrieg. Die Ära der Sandinisten endete. Violeta Chamorro ging im Jahr 1990 als Sieger der nicaraguanischen Wahlen hervor. Doch die Ausgangsbasis für die neue Staatsführung war alles andere als gut. Nichtsdestotrotz wurde unter Chamorro ein „Befriedungsprozess“ in Gang gesetzt. Um die am Boden liegende Wirtschaft wieder aufzubauen, entschied sich die nicaraguanische Regierung für eine neoliberale Politik, die wie sie hoffte, positive Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Bereich habe. Sechs Jahre später endete die Präsidentschaft Chamorros, Arnoldo Alemán vom liberalen Lager wurde neues nicaraguanisches Staatsoberhaupt. Während seiner Amtszeit war Alemán vor allem auf sein eigenes Wohlergehen bedacht, für das arme zentralamerikanische Land veränderte sich nichts Wesentliches. Die Nachfolge Alemáns trat Enrique Bolaños, ebenfalls vom liberalen Flügel, im Jahr 2001 an. Er hatte jedoch innerparteilich schwer zu kämpfen. Alemán ließ keine Gelegenheit aus, der neuen Regierung Steine in den Weg zu legen. Trotz vieler Probleme war ein Wandel in die richtige Richtung erkennbar, was sich auch positiv auf die Beziehungen zwischen Nicaragua und anderen Ländern auswirkte. Unter Bolaños wurde der weit verbreiteten Korruption der Kampf angesagt und darüber hinaus im wirtschaftlichen Bereich Maßnahmen gesetzt, um ausländische Investoren in das Land zu bringen. Dieses Vorgehen gegen korrupte Praktiken brachte ihm nicht nur Pluspunkte auf Seiten der internationalen Geber, sondern auch in der nicaraguanischen Bevölkerung ein. Um zumindest in finanzieller Hinsicht für den Kampf gegen die Korruption abgesichert zu sein, wurde mit Geldern der internationalen Gebergemeinschaft ein eigener Antikorruptionsfonds errichtet. Auch die USA unterstützen den Präsidenten im Kampf gegen die Korruption, indem sie unter Korruptionsverdacht stehenden Personen keine Visa ausstellen. Mit dieser Vorgehensweise ist es vielleicht auch möglich, den speziellen nicaraguanischen Bedürfnissen nachzukommen und somit positive Effekte für das Land zu erzielen. Ein etwaiges Ende der Korruption ist

dennoch noch immer in weiter Ferne.¹¹⁸ Die Wahlen im November 2006 gewann Daniel Ortega von der Sandinistischen Front, mit knapp 40% der Stimmen. Vom neuen Präsidenten Nicaraguas sind aber keine großen Veränderungen zu erwarten, wie er selbst des Öfteren erklärt hatte. Da er über keine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt, ist er auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen.¹¹⁹

Im Jahr 1999 wurde Nicaragua in die HIPC-Initiative aufgenommen. Davor begann die Erarbeitung der so genannten „Estrategia reforzada de crecimiento economico y reducción de pobreza“ (ERCERP), welche für die Teilnahme an HIPC unerlässlich war. Im Jahr 2000 konnte diese ERCERP-Strategie fertig gestellt werden. Die wesentlichsten Punkte dieser Strategie seien hier kurz erwähnt:

- „Verringerung der extremen Armut“,
- „Erhöhung der Nettoeinschulungsrate“,
- „Verringerung der Kindersterblichkeit“,
- „Reduktion der nicht befriedigten Nachfrage nach Familienplanung“,
- „Umsetzung einer Strategie für nachhaltige, ökologische Entwicklung“,
- „Reduktion der chronischen Unterernährung von Kindern unter 5 Jahren“,
- „Verbesserung des Zugangs zu Wasser“ und
- „Reduktion der Analphabetenrate“.

Das oberste Ziel liegt in der Verringerung der Armut, vor allem im ländlichen Bereich. Die Zivilgesellschaft nahm zwar bei der Formulierung dieser Strategie teil, ihr Gewicht war jedoch sehr bescheiden. Darüber hinaus wurde EASF 1, das erste Struktur-anpassungsprogramm, von Nicaragua verwirklicht. Diese beiden Maßnahmen – ERCERP und EASF 1 - führten dazu, dass Nicaragua den „decision point“ erreichte. Um den dringend benötigten Schuldenerlass gewährt zu bekommen, bedarf es aber noch weiterer Maßnahmen im Rahmen des EASF 2.¹²⁰

Zu den wichtigsten Vorgaben des Internationalen Währungsfonds gehören u.a. Privatisierungen, Verbesserungen im Finanzsystem und Gesundheitswesen sowie Erneuerungen im Wirtschafts- und Strafrecht (Schlagwort: Neoliberalismus). Die Auswirkungen dieser Veränderungen auf das zentralamerikanische Land sind alles andere als erfreulich. Die Konsequenzen sind u.a. die Zerstörung lokaler Märkte sowie allgemein keine wesentlichen Veränderungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Die geforderten Einsparungen im Staatshaushalt haben zur Folge, dass die Mittel für den

¹¹⁸ vgl. BMaA 2003:1ff.

¹¹⁹ vgl. EC 2006a:33f.

¹²⁰ vgl. BMaA 2003:16f.

Sozialbereich immer knapper werden. Betroffen hiervon ist wiederum die arme Bevölkerung Nicaraguas. Darüber hinaus wurden die alten Staatsbetriebe privatisiert, was jedoch nicht zu verstärktem Wettbewerb und sinkenden Preisen führte. Genau das Gegenteil war der Fall: Die Kosten für die Deckung menschlicher Grundbedürfnisse stiegen signifikant an. Von diesen Veränderungen sind Frauen in viel größerem Ausmaß betroffen als Männer.¹²¹ Im Jahr 2004 erreichte das kleine zentral-amerikanische Land den "completion point" der HIPC Initiative. Somit wurde der Weg für den Schuldenerlass frei, in etwa die Hälfte der Auslandsverschuldung wurde erlassen. Trotz einiger Kritikpunkte, wie dem Fehlen einer Steuerreform und einer Fokussierung auf wirtschaftliches Wachstum anstatt auf soziale Aspekte, ist die Europäische Kommission der Meinung, dass Nicaragua auf dem richtigen Weg sei. Das zweite "Poverty Reduction Strategy Paper" bzw. ERCERP II wurde zu Beginn des Jahres 2006 bewilligt.¹²²

Vom Anfang der bilateralen Beziehungen zwischen Nicaragua und Österreich bis in die 1990er Jahre, wurden diverse Projekte mit Einbeziehung staatlicher Stellen und lokaler Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Aufgrund der weit verbreiteten Korruption wurde eine Zusammenarbeit immer schwieriger. Daher entschloss man sich, mit lokalen Verwaltungen sowie nationalen Nichtregierungsorganisationen zu kooperieren.¹²³

Die drei Hauptinterventionsbereiche, nämlich

- ländliche Entwicklung,
- Klein- und Mittelbetriebe und
- Sozialbereich

sind über die Zeit hinweg mehr oder weniger geblieben.

In Hinblick auf die ländliche Entwicklung spricht das österreichische Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten von guten Ergebnissen. Als wichtigste Grundlage werden die Teilnahme der lokalen Bevölkerung (Stichwort Partizipation), eine kontinuierliche, auf Nachhaltigkeit bedachte Projektplanung sowie das Vorhandensein der benötigten Kenntnisse bzw. Kapazitäten der Durchführungsorganisationen vor Ort genannt. Die Aktivitäten im zweiten Schwerpunktbereich – den Klein- und Mittelbetrieben – konzentrierten sich bisher auf den „handwerklichen Bereich“. Die Tätig-

¹²¹ vgl. Ebd.:7ff.

¹²² vgl. EC 2006a:13

¹²³ vgl. Grünberg 2006:1

keiten in diesem Bereich sind vielfältig, sie reichen von Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung über technische Hilfestellungen bis hin zur Gewährung von Krediten und Förderung von Unternehmenszusammenschlüssen. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten merkt jedoch kritisch an, dass ein wesentlicher Faktor, nämlich die Nachhaltigkeit, nicht immer die notwendige Beachtung gefunden hat. Maßnahmen im Sozialbereich wurden vor allem in der autonomen Nordatlantikregion gesetzt, wobei der Fokus auf den Gesundheitsbereich gelegt wurde. Hierunter fallen Aktivitäten im Bereich der regionalen Infrastruktur bis hin zu Maßnahmen im Bereich der Ausbildung von Fachkräften. Die Schwerpunktsetzungen in der autonomen Atlantikregion waren aber in erster Linie die „Förderung und Inkludierung von traditioneller Medizin als wesentlichem Bestandteil der medizinischen Grundversorgung“ sowie „Komponenten zur Stärkung der regionalen und kommunalen Autonomie“.¹²⁴

Unter den Sektor „Ländliche Entwicklung“ fallen Aktivitäten in Zusammenhang mit Produktionssteigerungen lokaler Produkte. Davon erhofft man sich eine Einkommenssteigerung für die ländliche Bevölkerung. In diesem Zusammenhang ist der Umweltaspekt von Bedeutung. Im Bereich der Stärkung der MKMB soll ebenfalls ein Beitrag zur Armutsminderung geleistet werden, und zwar durch die Generierung höherer bzw. der Absicherung bestehender Einkommen. Die zusätzlichen Mittel in den Haushaltskassen sollen die gestiegenen Kosten für Grundbedürfnisse abfedern. Die Tätigkeiten im sozialen Sektor setzen in erster Linie in den Bereichen Gesundheit und Bildung an. Im ersten Teilbereich werden Maßnahmen gesetzt, um grundlegende Gesundheitsleistungen einerseits zu sichern und andererseits zu verbessern. Unter diesen Punkt fallen auch Umweltthemen, da eine zunehmend verschmutzte Umwelt auch das Gesundheitsrisiko der Menschen erhöht. Im Teilbereich „Bildung“ wird Hilfestellung und Unterstützung beim Aufbau von lokalen Kapazitäten geboten. Diese Berufsausbildungsmaßnahmen bzw. Fortbildungsangebote sind vor allem für die jeweiligen Schwerpunktsektoren der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gedacht. Auch informell Beschäftigten steht die Tür hierzu offen.¹²⁵

¹²⁴ vgl. BMaA 2003:21f.

¹²⁵ vgl. Ebd.:26ff.

Wie diese Vorgaben in die Realität umgesetzt werden, sollen nachfolgende Beispiele verdeutlichen:

ß Beispiel 1: Ökologischer Anbau zum Schutz des Regenwaldes

Das Projekt ist in der Region El Rama angesiedelt. Aufgrund des nicht besonders fruchtbaren Bodens, sind die dort lebenden Bauern gezwungen, Brandrodung zu betreiben. Die Auswirkungen auf den Regenwald sind verheerend. Dieses Programm hat zwei Ziele im Visier, einerseits die Sicherung des Lebensunterhaltes der Bevölkerung und andererseits den Schutz und die Erhaltung des Regenwaldes. Im Jahr 1992 wurde dieses Vorhaben mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gestartet. Eine nicaraguanische Organisation führte das Projekt im Süden der Region durch und erreichte durch die Umstellung auf umweltverträgliche Anbaumethoden bessere Qualität und höhere Quantität der lokalen Produkte. Der Verkauf ist derzeit noch auf den lokalen Bereich beschränkt, eine Erweiterung auf den nationalen und sogar internationalen Markt ist aber geplant. Die Tätigkeit der nicaraguanischen Organisation führte auch dazu, dass sich lokale Bauern in Interessensverbänden zusammenschlossen, was jedem Einzelnen mehr Mitbestimmung und insgesamt mehr Verhandlungspotential gegenüber öffentlichen Einrichtungen brachte.¹²⁶

ß Beispiel 2: Gesundheitsversorgung im Karibikraum

Während es zu Beginn der österreichischen Tätigkeiten in den Autonomen Atlantikregionen um Aufbau und Stärkung der medizinischen Grundversorgung ging, wechselte der Fokus später auf die Etablierung eines auf die Bedürfnisse angepassten Gesundheitsmodells für diese Region. Für eine erfolgreiche Durchführung war und ist Unterstützungsarbeit im Aufbau und bei der Ausbildung des medizinischen Personals erforderlich. Hier agiert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit nicht alleine, sondern setzt auf Kooperationen mit regionalen und staatlichen Stellen.¹²⁷

ß Beispiel 3: MKMB im Wettbewerb

Die Abkürzung MKMB steht für Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe. Eine Vielzahl von Menschen findet in diesen Unternehmen eine Einkommensmöglichkeit. Um diese Betriebe allgemein zu stärken, ging die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit dazu über, die Entstehung so genannter Cluster (d.h. Unternehmenszusammen-

¹²⁶ vgl. ADA 2006:23

¹²⁷ vgl. Ebd.:24

schlüsse) zu forcieren. Diese Maßnahme steht auch in Einklang mit dem nicaraguanischen Entwicklungsplan. Die Kooperation zwischen Österreichischer Entwicklungszusammenarbeit und nicaraguanischer Regierung war in diesem Bereich sehr fruchtbar, was sich in einem gemeinsamen Programm zur Förderung der ökonomischen Entwicklung im lokalen Bereich zeigt. Durch diese Schwerpunktsetzung sollen nicht nur Betriebe, sondern auch das Umfeld einen Nutzen ziehen können.¹²⁸

Das Bundesministerium (teil-)finanzierte im Jahr 2003 rund 80 Projekte: „Der Großteil dieser Projekte sind Förderprojekte, die vom jeweiligen Träger vorgeschlagen, geplant und durchgeführt werden. Vom BMaA gesteuerte Projekte werden direkt von lokalen Projektträgern oder über österreichische Firmen realisiert. In den vergangenen Jahren standen im Durchschnitt 5 Mio. Euro im Verhältnis 40:30:30 für die drei Sektoren zur Verfügung (Ländliche Entwicklung, MKMB, Soziales). Aufgrund der politischen Situation und dem hohen Ausmaß an Korruption während der Präsidentschaft Alemáns, hat sich die Zusammenarbeit der ÖEZA in Nicaragua primär auf lokale NGOs bzw. auf lokale legitimierte Verwaltungen konzentriert“¹²⁹.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hat zwischen 1990 und 2000 rund 33 Millionen US-Dollar für Nicaragua zur Verfügung gestellt. Mit einer Erhöhung ist jedoch nicht zu rechnen, da von einer Kürzung österreichischer Staatsausgaben auch Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in Mitleidenschaft gezogen werden. Man rechnet sogar mit einem erheblichen Rückgang, sodass wahrscheinlich einige Projekte auf Eis gelegt werden müssen. Im Vergleich zu anderen Gebern und in absoluten Zahlen gemessen, ist diese Summe in Höhe von 33 Millionen US-Dollar gering. Im Vergleichszeitraum hat zum Beispiel Finnland über 108 Millionen US-Dollar bereitgestellt. Die größten Geber auf bilateraler Ebene sind Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Folgende Geber sind in Nicaragua vertreten: Österreich, Deutschland, Belgien, Kanada, China, Dänemark, Spanien, USA, Finnland, Schweden, Schweiz sowie die Europäische Union.¹³⁰ Dieses internationale Engagement und diese enormen finanziellen Mittel verdeutlichen die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für dieses von Armut geprägte mittelamerikanische Land. Genau aus diesem Grund ist Nicaragua auch bestrebt, die jeweiligen internationalen Vereinbarungen im eigenen Land umzusetzen. Die Bedeutung einer guten Abstimmung der beteiligten

¹²⁸ vgl. Ebd.:25

¹²⁹ BMaA 2003:21

¹³⁰ vgl. Ebd.:45ff.

Akteure wird hierbei mehr als deutlich. Es wurden aus diesem Grund im Zeitablauf spezifische Foren der Koordinierung, die so genannten *mesas*, geschaffen.¹³¹

4.2.2 Guatemala – Partnerland der ÖEZA

Die Unternehmen im ländlichen Bereich, also in erster Linie landwirtschaftliche Betriebe, aber auch andere Klein- und Mittelbetriebe haben mit großen Problemen zu kämpfen. Die Ursachen hierfür sind häufige Naturkatastrophen (Dürrezeiten, Überschwemmungen etc.) sowie wirtschaftliche und politische Umstände. Die Durchsetzung neo-liberaler Politiken stellt die jeweiligen Sektoren vor große Herausforderungen. Sehr problematisch in diesem Zusammenhang sind u.a. die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch multinationale Unternehmen sowie ein damit einhergehender Verlust von Lebensraum, Natur und Einkommensmöglichkeiten. Auch Freihandelsabkommen sind für Sorgen und Ängste in der Bevölkerung verantwortlich. Es fehlen weitgehend politische Mechanismen, welche die negativen Auswirkungen solcher Abkommen abfedern könnten. Die indigene Bevölkerung Guatemalas ist nicht nur stärker von Armut betroffen, sie verfügt auch nicht über dieselben gesetzlich festgelegten Rechte wie die nicht-indigene Bevölkerung. Die Folge davon sind Ausgrenzung und Diskriminierung im täglichen Leben der Indigenen.¹³²

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Guatemalas lebt in Armut, 16% gelten als absolut arm. Will man Länder weltweit vergleichen, ist dies nicht immer leicht. Denn die Vergleichbarkeit ist oftmals aufgrund unterschiedlicher Messmethoden nicht gegeben und führt zu falschen Schlussfolgerungen. Trotz methodischer Unterschiede kann man im Falle von Guatemala jedoch von einer im Vergleich zu anderen zentralamerikanischen Ländern hohen, tief verwurzelten und stark ausgeprägten Armut sprechen. Ein zentraler Faktor für die Bekämpfung der Armut wäre ein gutes Wirtschaftswachstum, jedoch dürften in Guatemala, laut einem Weltbank-Bericht, die Zahlen des wirtschaftlichen Wachstums nicht ausreichen, um die angestrebten Millennium Development Goals und somit auch eine Armutsminderung zu erreichen. Um Impulse in die richtige Richtung lenken zu können, wäre, so die Weltbank, eine Kooperation zwischen dem Privatsektor und dem öffentlichen Sektor von Vorteil. Dem Privatsektor würde somit die Aufgabe des Geldgebers zukommen, der Staat wäre für

¹³¹ vgl. Gómez Lacayo 2006:17

¹³² vgl. ALOP 2004:100

wirtschaftliche Stabilität, strikte Steuerpolitik, Arbeitsplatzbeschaffung und so weiter verantwortlich.¹³³ Nicht nur Armut, sondern auch Ungleichheit (in der Vermögensverteilung) gehört zu den fundamentalen Problemen des Landes bzw. der Region: „Nach dem UNDP-Bericht über Human Development vom Jahre 2000 (UNOPS 2000: 47) verfügen in Guatemala weniger als 1% der Grundbesitzer über fast 75% der nutzbaren Flächen, was sich auch in der Einkommenskonzentration widerspiegelt: Das Durchschnittseinkommen der reichsten 10% der Bevölkerung ist Achtzehnmal so groß wie das der ärmsten 40%“¹³⁴. Man geht von ungefähr 2,5 Millionen Menschen im Agrarbereich aus, die ihren täglichen Nahrungsmittelbedarf nicht mehr decken können. Weitere vier Millionen sind gerade noch dazu imstande. Insgesamt sind dies 6,5 Millionen Menschen, zum Großteil indigenen Ursprungs, welche nicht einmal über ein Viertel des landwirtschaftlichen Bodens verfügen. Aufgrund dieser tristen Situation, fassen immer mehr Menschen im ländlichen Bereich den Entschluss, entweder ihre Dörfer zu verlassen, um in den Städten bzw. in anderen Ländern ihr Glück zu suchen oder andererseits ihr Territorium auszuweiten, was zu Problemen mit etablierten Naturschutzgebieten führt.¹³⁵

Aufgrund dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, dass die Projekte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit speziell für die indigene Bevölkerung konzipiert sind. Im Folgenden werden zwei Projekte in diesem Bereich vorgestellt:

ß Beispiel 1: Bessere Wasserversorgung

Im Partnerland Guatemala gibt es zahlreiche Probleme im Bereich der Wasserversorgung, welche sowohl politischer als auch technischer Natur sind. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit versucht, vor allem auf Gemeindeebene, Lösungsmöglichkeiten zu finden bzw. zur Verfügung zu stellen. Als Erfolgsbeispiel kann hier Quezaltenango dienen, wo ein neues eigenes Unternehmen für den Wasser- und Abwasserbereich geschaffen wurde. Dieses Projekt blieb nicht ohne Ausstrahlungskraft auf die umliegenden Gemeindeverwaltungen. Aufgrund regen Interesses dürfte dieses Projekt auch eine Ausdehnung auf andere Gemeinden erfahren und somit einen effizienten, gezielten Mitteleinsatz im Bereich der Wasserversorgung gewähren. Die neu geschaffenen Unternehmen in diesem Sektor sind zwar

¹³³ vgl. Banco Mundial 2003:9;49f.

¹³⁴ Grünberg 2006:3

¹³⁵ vgl. Ebd.:4

ausgegliedert worden, befinden sich aber noch im Eigentum der jeweiligen Gemeinden.¹³⁶

ß Beispiel 2: Rechte der indigenen Bevölkerung

Dieses Projekt ist das Resultat einer Zusammenarbeit des Österreichischen Nord-Süd Instituts und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Es wird darauf abgezielt, die Rechte der indigenen Bevölkerung zu stärken und ihnen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Das ehrgeizige Vorhaben gründet sich auf drei Eckpfeiler, nämlich der bilingualen Erziehung, der Förderung von Institutionen sowie der Unterstützung von Frauenorganisationen und anderen Netzwerken. Im Bereich des ersten Pfeilers liegt der Schwerpunkt auf Interkulturalität, welche einerseits durch die Würdigung der Mayakultur und andererseits durch den Versuch, die Schüler für andere Sprachen und Kulturen zu begeistern, erzielt werden soll. Der Dritte Pfeiler möchte eine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau erreichen und den Frauen mehr Mitspracherechte einräumen.¹³⁷

4.2.3 El Salvador – Partnerland der ÖEZA

Wichtige Daten zu El Salvador wurden bereits im Kapitel 3.3.5 dargestellt.

Die Aktivitäten im Partnerland El Salvador konzentrieren sich wiederum auf die Förderung des ländlichen Bereichs sowie der Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe. Auch ein verbesserter Zugang zu Bildungseinrichtungen und Kleinkrediten für die (weibliche) Bevölkerung ist ein zentrales Anliegen. Als Beispiel kann hier die Gemeinde Zaragoza herangezogen werden.¹³⁸

ß Beispiel 1: Wirtschaftliche Entwicklung in der Gemeinde Zaragoza

Im Jahr 1999 fiel der Startschuss für die Aktivitäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Partnerland El Salvador. Aber ein Erdbeben zwei Jahre später (2001) hatte verheerende Auswirkungen. Man musste wieder mehr oder weniger bei Null starten. Ein Jahr später wurde ein neues Projekt ins Leben gerufen, welches die Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltungen in den Mittelpunkt stellte.

¹³⁶ vgl. ADA 2006:26

¹³⁷ vgl. Ebd.:27

¹³⁸ vgl. Ebd.:28

Diese Kooperation konzentrierte sich in erster Linie auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen. Es wurden Workshops mit Vertretern aus verschiedensten Bereichen abgehalten, und man kam überein, dass wohl Tourismus aufgrund der landschaftlichen Schönheit am besten für die Stärkung der regionalen Wirtschaft geeignet sei. Da aber die schöne Natur alleine zu wenig war, um den Tourismus in Schwung zu bringen, wurden und werden Projekte sowie erforderliche Einrichtungen geplant und realisiert.¹³⁹

Die Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit haben in El Salvador nicht den Stellenwert, den sie in anderen Ländern Zentralamerikas haben. Während in Nicaragua die ODA-Mittel rund 16% des Bruttoinlandproduktes ausmachen, sind dies in El Salvador nur 1,4%. Zudem sind die Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit in El Salvador rückläufig, da die Wirtschaft ausreichend stabil ist und das Land über genügend Eigenmittel für Maßnahmen im Entwicklungsbereich verfügt. In Hinblick auf die ODA – Official Development Assistance – nimmt die Europäische Union mit einem Anteil von 44,23% den ersten Platz ein, gefolgt von den USA mit einem Anteil von 35,37%. Ebenfalls vertreten sind Japan (12,18%), Kanada (1,92%), die Inter-amerikanische Entwicklungsbank (1,45%), das „UN System“ (2,15%) und andere Geber (3,21%).¹⁴⁰

¹³⁹ vgl. Ebd.:28

¹⁴⁰ vgl. EC 2006c:16;45

5 Resultate der Zusammenarbeit

Bereits seit den 1980er Jahren arbeiten die Europäische Union und die zentral-amerikanischen Staaten in verschiedenen Bereichen zusammen. Aus diesem Grund erachte ich es für sinnvoll, einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die Armutssituation Zentralamerikas ab jener Zeit zu geben. Danach soll die politische Zusammenarbeit beleuchtet und auf Probleme und Stärken der Entwicklungszusammenarbeit sowie der europäischen Strategie in Hinblick auf Zentralamerika eingegangen werden. An dieser Stelle soll aber noch einmal darauf hingewiesen werden, dass Entwicklungszusammenarbeit und Kooperation ineinander greifen und nicht getrennt von-einander zu sehen sind.

5.1 Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung

Ende der 1980er Jahre hatte Zentralamerika mit einer wirtschaftlichen Stagnation zu kämpfen. In diesem Zeitraum konnten nicht mehr als 2% Wachstum erreicht werden, während Lateinamerika eine beinahe doppelt so hohe Wachstumsrate vorweisen konnte. *„Las inversiones privadas se contrajeron en 1990, en un 30% comparada al quinquenio anterior en su apartado productivo, aunque se incrementaron el establecimiento de maquilas, sobre todo en El Salvador y Honduras, y en menos medida en Nicaragua, y Guatemala“*¹⁴¹. Ab Mitte der 1990er Jahre setzte eine Liberalisierung der Märkte, Privatisierungen sowie Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank ein. Die bereits beschriebenen negativen Auswirkungen auf die Ärmsten der Armen werden vom Evaluierungsteam unter den Tisch gekehrt und man betont die positiven Auswirkungen auf die Ökonomien (größere Stabilität, mehr Arbeitsplätze, verschärfter Wettbewerb). Der darauf folgende Erholungsprozess, welcher in den 1990er Jahren in Zentralamerika einsetzte, war kein Zufall. Denn in dieser Periode war auch eine deutliche Forcierung der zentralamerikanischen Integrationsbemühungen, verursacht durch die Gründung des „Sistema de Integración Centroamericana“, zu verzeichnen. Auch das Wiederaufbauprogramm nach dem verheerenden Hurrikan Mitch Ende der 1990er Jahre war für Zentralamerika von großer Bedeutung. Diese Erholungsphase war von hohen Wachstumsraten gekennzeichnet (1998 wurde ein

¹⁴¹ DRN et al. 2007:13

BIP-Wachstum von 4,8% registriert), die Entwicklung vollzog sich aber nicht in allen zentralamerikanischen Ländern gleichermaßen und auch nicht im gleichen Tempo. Zwischen 1999 und 2003 setzte ein Rückgang des BIP-Wachstums in den zentralamerikanischen Ländern ein. „Zentralamerika leidet nicht nur an großer Ungleichheit innerhalb der jeweiligen Gesellschaften, sondern auch zwischen den einzelnen Ländern. Von 2000 bis 2001 wurden 85 Prozent des regionalen BIP in Guatemala, El Salvador und Costa Rica erwirtschaftet. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug rund 4.000 USD in Costa Rica, während es sich in Nicaragua auf nur 472 USD belief¹⁴². In Guatemala und El Salvador hielt dieser Abwärtstrend noch bis zum Jahr 2004 an. Ein Jahr später setzte die erhoffte wirtschaftliche Erholung in ganz Zentralamerika ein. Problematisch war und ist jedoch die sehr hohe Auslandsverschuldung Zentralamerikas, welche 2004 beinahe ein Drittel des gesamten BIP ausmachte. Auch hier bestehen deutliche Unterschiede, denn während die Auslandsverschuldung in Guatemala bei ungefähr 10% des Bruttoinlandsproduktes lag, musste man in Nicaragua mehr als den 10-fachen Wert verzeichnen. Den hohen Schulden stehen darüber hinaus geringe Steuereinnahmen sowie ein im Steigen begriffenes Handelsdefizit gegenüber (im Jahr 2003 lag dies bei 9 Milliarden US-Dollar). Diese Faktoren sind nicht gerade förderlich für ein stabiles wirtschaftliches Umfeld. Die Wirtschaftssektoren betreffend, konnten deutliche Zuwachsraten bei den Dienstleistungen erzielt werden. Darüber hinaus gibt es ein deutliches Gefälle zwischen den einzelnen SICA-Staaten. Während sich die Ökonomien von Costa Rica und Guatemala an der Spitze befinden, gefolgt von El Salvador, weisen Honduras und Nicaragua schon bedeutend schlechtere Indikatoren auf. Auch im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit treten deutliche Unterschiede ans Tageslicht. In einem globalen Ranking liegen die beiden Staaten Costa Rica und El Salvador im Mittelfeld, die anderen drei Staaten befinden sich weit abgeschlagen dahinter. Trotz vieler Problembereiche zieht das Evaluierungsteam die Folgerung, dass der regionale Integrationsprozess schon beachtliche Fortschritte erzielt hat, vor allem im Vergleich mit Integrationsbemühungen anderer Regionen. Man erwartet zukünftig eine durchwegs positive wirtschaftliche Entwicklung. Die Gründe für den BIP-Rückgang am Ende des letzten Jahrtausends sind vielfältig, es gab sowohl externe wie auch interne Faktoren. Naturkatastrophen - wie Hurrikan Mitch 1998 - oder der weltweite Einbruch des Wirtschaftswachstums wirkten sich negativ auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Als interne Faktoren können allgemein instabile Verhältnisse ausgemacht werden.¹⁴³

¹⁴² Rubio 2006:7

¹⁴³ vgl. DRN et al. 2007:13;20f.; Rubio 2006:5ff.

5.2 Überblick über die Armutssituation

Auch wenn der Schwerpunkt meiner Arbeit auf den Ländern Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador liegt, erscheint es mir dennoch sinnvoll, das Problem der Armut auch aus einer lateinamerikanischen Perspektive zu beleuchten. Auf dem lateinamerikanischen Kontinent sind beinahe 215 Millionen Menschen von Armut betroffen und knapp 90 Millionen leben in absoluter Armut. Wenn man Armut als die fehlende Möglichkeit seine Bedürfnisse zu befriedigen versteht, so kommt dies im Prinzip einer Unterdrückung der Rechte eines jeden Menschen gleich. Hier wäre zum Beispiel die Nahrungsmittelunsicherheit zu nennen: auf dem lateinamerikanischen Kontinent und in der Karibik geht die FAO von 60 Millionen unterernährten Menschen aus. Das Paradoxe daran ist der Umstand, dass es mehr als genügend Lebensmittel für alle Menschen geben würde. Zum Begriff der Nahrungsmittelunsicherheit gehört auch ein fehlender Zugang zu sauberem Trinkwasser. Davon sind 56 Millionen Menschen am lateinamerikanischen Kontinent betroffen. In diesem Bereich sind deutliche Verbesserungen notwendig und diese sind nur möglich, wenn die zuständigen Regierungen und die internationale Gemeinschaft an einem Strang ziehen. Ein weiterer Problembereich ist der Arbeitsmarkt, welcher sich durch hohe Arbeitslosigkeit sowie schlechte Arbeitsbedingungen auszeichnet. Viele Menschen, in erster Linie Frauen, sehen sich gezwungen, im informellen Sektor zu arbeiten. Denn vor allem Frauen und Jugendliche werden am Arbeitsmarkt benachteiligt. Soziale Absicherung, Pensionen und so weiter sind Mangelware. Menschen, welche im informellen Sektor tätig sind, sind hiervon in noch stärkerem Ausmaß betroffen. Leider gehören auch Zwangsarbeit und andere Formen von Sklaverei noch immer nicht der Vergangenheit an.¹⁴⁴

In den Ländern Guatemala, Honduras, Nicaragua und El Salvador konnte die Armutsrate (ausgedrückt in Prozentzahlen) gesenkt werden. El Salvador verfügte im Vergleich zu den genannten Staaten von Beginn an über die niedrigsten Werte.¹⁴⁵ Jedoch muss an dieser Stelle wiederum betont werden, dass ein prozentueller Rückgang nicht automatisch mit einer rückläufigen Zahl der in Armut lebenden Menschen gleichzusetzen ist.

¹⁴⁴ vgl. Mondino 2006:53f.

¹⁴⁵ vgl. CEPAL 2006:64f.

5.3 Überblick über die politische Zusammenarbeit

Der Multilateralismus, welcher auf dem Gipfel von Guadalajara explizit als Zielsetzung genannt wurde, zeigt sich im politischen Dialog (u.a. Gipfeltreffen) zwischen der Europäischen Union und Zentral-/Lateinamerika. Ein multilaterales Vorgehen ist im Prinzip ein Erfordernis der heutigen Zeit, um auf aktuelle Herausforderungen bzw. Gefahren (wie Terrorismus) gemeinsam reagieren zu können. Die beiden Kontinente Europa und Lateinamerika haben zusammen ein beträchtliches Gewicht und Mitspracherecht, denn sie machen ein Viertel der Internationalen Gemeinschaft aus. Sie sind ein wichtiges Aushängeschild des Multilateralismus und dieser ist sowohl ein Bestandteil ihrer Identität, als auch eine Abgrenzungskategorie (zum Beispiel zu den Vereinigten Staaten von Amerika). Unter einem multilateralen Vorgehen versteht man, auf internationaler Ebene eine gemeinsame Position zu vertreten. Hierunter fallen zum Beispiel die Unterstützung der Vereinten Nationen, des Internationalen Gerichtshofs oder auch des Kyoto-Protokolls. Somit wird „kollektive Identität“ zwischen Europäischer Union und Lateinamerika auf internationaler Ebene konstruiert. Im Falle der Gipfeltreffen zeigt sich aber schon ein wesentliches Problem. Denn, wenn auch nach außen hin Einvernehmlichkeit demonstriert wird, so fehlt es dennoch auf internationaler Ebene sehr oft an einer gemeinsamen Position. In dieser Hinsicht sind noch Verbesserungen notwendig.¹⁴⁶

Im Falle von Lateinamerika wird im Multilateralismus eine Möglichkeit zur Stärkung der nationalen Souveränität gesehen, eine Möglichkeit, sich auf internationaler Ebene zu präsentieren. Der Fokus liegt hier nicht so sehr auf der Durchsetzung globaler, sondern vielmehr nationaler Interessen. Im Falle der Europäischen Union zeigt sich ein etwas anderes Bild. Die Europäische Union hält den Multilateralismus für ein geeignetes und legitimes Werkzeug, um auf internationaler oder regionaler Ebene Interessen durchzusetzen, aber auch Normen und Regelwerke zu erarbeiten. Wie bereits erwähnt, gibt es durchaus Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Regionen. Freres und Sanahuja führen in ihrem Dokument als Beispiel die Reform der Vereinten Nationen an, wo vor allem beim Sicherheitsrat Meinungsunterschiede bestehen/bestanden. Am Reformbedarf zweifeln beide Kontinente nicht, jedoch gibt es unterschiedliche Ansichten bezüglich den „las modalidades concretas de esa reforma“. Ein weiteres Beispiel für entgegengesetzte Standpunkte ist die Welthandelsorganisation. Im Rahmen der WTO herrscht, so Freres und Sanahuja, Unstimmigkeit in den Bereichen

¹⁴⁶ vgl. Freres/Sanahuja 2005:48f.

Landwirtschaft und den so genannten Singapurthemen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind aber im Vergleich zu anderen Akteuren, wie zum Beispiel den Vereinigten Staaten von Amerika, eher bescheiden. Aufgrund der vielen Gemeinsamkeiten und einer gemeinsamen Geschichte werden Europa und Lateinamerika im Großen und Ganzen als natürliche Partner bzw. Verbündete angesehen. Es gibt viele Bereiche, in denen die beiden Kontinente gleiche Interessen hegen und somit politische Absprachen denkbar und möglich sind. Hier dient wiederum die Reform der Vereinten Nationen, trotz unterschiedlicher Ansichten, als Beispiel.¹⁴⁷

Eine weitere Möglichkeit zur Zusammenarbeit ergibt sich im Bereich der Millennium Development Goals bzw. der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Kooperation im Allgemeinen. In diesen Feldern bestehen sowohl gemeinsame Interessen als auch gemeinsame Zielsetzungen und so konnte eine im Wesentlichen gute Entwicklung vollzogen werden. Die MDGs in Verbindung mit sozialer Kohäsion sind vielleicht in der Lage, die typische und beträchtliche Ungleichverteilung auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu mildern. Auch Entwicklungsfinanzierung sowie „canje de deuda por educación“ gehören unter diesen Punkt. In diesen Bereichen ist man im Großen und Ganzen einer Meinung. Auch in den Bereichen Friedenssicherung und –erhaltung sowie Prävention von bewaffneten Auseinandersetzungen ergibt sich ein Kooperationsbereich. Laut Freres und Sanahuja, sollen Mechanismen entwickelt werden, welche den lateinamerikanischen Kontinent an die (Sicherheits- und Verteidigungs-)Politik der Europäischen Union oder an andere regionale Organisationen wie die OSZE binden. Eine solche Bindung und der politische Dialog zwischen beiden Regionen können für Lateinamerika durchaus förderlich sein, um auf Konflikte besser reagieren bzw. geeignete Präventionsmaßnahmen setzen zu können. Es gibt noch andere Bereiche, wie Bekämpfung des Drogen- und Waffenhandels, Umweltschutz und Klimawandel, welche für eine multilaterale Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und Lateinamerika geeignet sind.¹⁴⁸

¹⁴⁷ vgl. Ebd.:49f.

¹⁴⁸ vgl. Ebd.:51f.

5.4 Probleme und Stärken der Entwicklungszusammenarbeit

Armutsbekämpfung ist das oberste Ziel der Europäischen Union, zumindest auf dem Papier. Es wird z.B. zunehmend versucht, die Länderstrategiepapiere der Europäischen Union mit den länderspezifischen Strategien zur Armutsbekämpfung vereinbar zu machen bzw. auf jene auszurichten. Jedoch lässt der gewünschte Erfolg auf sich warten, obwohl es im Falle der aktuellen Länderstrategiepapiere schon deutliche Fortschritte im Vergleich zu jenen für die Periode 2002 bis 2006 gab. Laut CIDSE hat es oftmals den Anschein, als ob diese Strategien zur Armutsbekämpfung bzw. PRSPs weniger für den eigentlichen Zweck als vielmehr für die Durchsetzung europäischer Interessen verwendet werden. Diese Poverty Reduction Strategy Paper sind ebenfalls oft von bestimmten Interessen (zum Beispiel jenen des IWF) beeinflusst und bestechen meist durch sehr weitläufige, wenig prägnante Formulierungen. Diese Eigenschaften der PRSPs machen es den Gebern leicht, ihre Interessen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit durchzusetzen. Die so oft erwähnten Millennium Development Goals haben auch lange darauf gewartet, in den jeweiligen Programmen der Europäischen Union die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zu erfahren. In den neuen Länderstrategiepapieren sind sie bereits inkludiert. Welchen Beitrag jedoch die Tätigkeiten der Europäischen Union zur Erfüllung der MDGs leisten, bleibt offen.¹⁴⁹

Neben außenpolitischen Interessen gibt es die bereits erwähnten wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Union. Dies zeigt sich vor allem im Falle von Freihandelsabkommen und der von europäischer Seite forcierten Eingliederung der Staaten in die Weltwirtschaft. Somit ist zum einen der Zugriff auf Rohstoffe und zum anderen der Absatz europäischer Produkte auf den Märkten der „Dritten Welt“ gesichert. Aber auch die europäische Unterstützung bei Integrationsprozessen wie in Zentralamerika ist nicht frei von europäischen Absichten. Bei bestimmten Interventionen stellt sich zudem die Frage, ob diese nicht ausschließlich europäischen Unternehmen zu Gute kommen sollen. Während auf der einen Seite von einem langfristigen Mittel zur Armutsbekämpfung gesprochen wird, sieht die andere Seite, die Zivilgesellschaft, darin eine fehlende Kohärenz zwischen der Entwicklungs- und Handelspolitik der Europäischen Union. Zusammenfassend stellt sich die Frage, ob wirklich die Bekämpfung der Armut im Mittelpunkt der europäischen Entwicklungszusammenarbeit steht oder eben nur die Durchsetzung europäischer Interessen.¹⁵⁰

¹⁴⁹ vgl. CIDSE 2007:15;52

¹⁵⁰ vgl. Ebd.:20; 52

Die Europäische Union orientiert sich zudem in den meisten Fällen an den vom IWF vorgegebenen Richtlinien, vor allem in Bezug auf die Budgethilfe. Somit sind diese als Budgethilfe deklarierten Entwicklungshilfegelder an die Vorschriften des IWF gebunden und das theoretische Mitspracherecht des Parlamentes und der Zivilgesellschaft löst sich quasi in Luft auf. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass Neuerungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, wie zum Beispiel im Falle der Budgethilfe, eine gewaltige Herausforderung für die Entwicklungsländer darstellen. Die genaue Rolle der Parlamente wie auch der Zivilgesellschaft ist ungewiss, obwohl in der Praxis, wie bereits erwähnt, das Mitspracherecht sehr gering bis nicht vorhanden ist. Von einem transparenten Vorgehen kann ebenfalls im Großteil der Fälle nicht gesprochen werden. Die Regierungen verlieren gewissermaßen ihre Kontrollfunktionen. Wichtige staatliche Verantwortungsbereiche müssen quasi an die Europäische Union und/oder andere Geber abgegeben werden. Das Evaluierungsteam sieht trotz genannter Problembereiche einen „Schritt in die richtige Richtung“. Laut Europäischer Union hat die Budgethilfe nämlich gegenüber den bekannten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit einige wesentliche Vorteile, wie zum Beispiel geringere Transaktionskosten, verbesserte Koordinierung sowie Steigerung der öffentlichen Ausgaben. Wie zuvor erwähnt, steht eigentlich die Armutsbekämpfung im Mittelpunkt des europäischen Engagements, die unterschiedlichen Instrumente (Indikatoren, Evaluierungen etc.) sind jedoch nicht ausschließlich auf diesen Bereich ausgerichtet. Die Erkenntnisse aus diversen Evaluierungen und Berichten werden oft nicht einmal veröffentlicht. Falls diese dennoch an die Öffentlichkeit gelangen, haben sie eher den Charakter von Checklisten als von fundierten Informationen über die Auswirkungen der gesetzten Maßnahmen. Im Großen und Ganzen kann man also von teils großen Fortschritten und teils von dringenden Modifizierungen sprechen.¹⁵¹ Öffentlich zugängliche Informationen über die Europäische Entwicklungszusammenarbeit sind also Mangelware. Die im Internet verfügbaren Informationen bestehen durch wenig und veralteten Inhalt und haben wenig Aussagekraft. Der Großteil der Fragen bleibt unbeantwortet. Auch bedeutende Dokumente, wie u.a. die jeweiligen Länderstrategiepapiere werden im World Wide Web nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine Ausnahme ist die Homepage der Europäischen Kommission, welche eine Unmenge von Daten aufweist, jedoch durch ihren sehr komplexen Aufbau nicht sehr benutzerfreundlich

¹⁵¹ vgl. Ebd.:6; 53ff.

gestaltet ist.¹⁵² Diese Forderung an einen verbesserten Informationszugang sowie an ein transparenteres Vorgehen findet sich auch bei Gómez Lacayo.¹⁵³

Zweifelsohne waren und sind die zur Verfügung gestellten EZA-Mittel beachtlich, nichtsdestotrotz sind es nicht diese Gelder, welche für das Überleben der armen Bevölkerung ausschlaggebend sind, sondern die so genannten *remesas*. Diese Rücküberweisungen von ausgewanderten Familienangehörigen sind, laut vielen Schätzungen, in Summe höher als die Gelder der Entwicklungszusammenarbeit. Dies gilt sowohl für Guatemala, Honduras, El Salvador als auch Nicaragua. Im Lauf der Zeit hat sich auch der Fokus der Mittelverwendung etwas geändert, denn in letzter Zeit werden die Rücküberweisungen nicht nur zur Befriedigung individueller, sondern auch kollektiver Bedürfnisse verwendet. Im Jahr 2003 hatten die Rücküberweisungen aus dem Ausland einen Anteil am Bruttoinlandprodukt von 14,1% in El Salvador, 8,6% in Guatemala, 15% in Honduras und 10,2% in Nicaragua.¹⁵⁴

5.5 Probleme und Stärken der EU-Strategie

Weiters muss auch noch die Strategie der Europäischen Kommission für Zentralamerika unter die Lupe genommen werden. Als äußerst hilfreich hat sich in diesem Zusammenhang ein von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebener Evaluierungsbericht erwiesen. *„En el largo periodo analizado (1996-2006) han intervenido una multitud de factores que han incidido positiva y negativamente en la acción estratégica de las intervenciones, similarmente el camino recorrido por los países Centro Americanos socios en el proceso de integración, ha sido desigual y con enfoques diferentes sobre cómo llegar a cubrir los objetivos propuestos, en el ámbito del desarrollo regional. Sin embargo, la experiencia por la que se ha atravesado, en todos los ámbitos, ya sean estos políticos, económicos, sociales o institucionales, ha sido enriquecedora para todos los participantes, desde el donante hasta el beneficiario final directo e indirecto. Los resultados también han sido favorables en la mayoría de las actuaciones, aunque con diverso grado de cumplimiento se pueden ver y valorar impactos importantes. El contexto actual ofrece nuevas oportunidades para la*

¹⁵² vgl. Ebd.:56

¹⁵³ vgl. Gómez Lacayo 2005:15

¹⁵⁴ vgl. EC 2007b:45f.; Grünberg 2006:3;10

consolidación del proceso de integración y para el apoyo que puede ofrecer la CE en este ámbito. Sin embargo, hay una serie de factores, prioritariamente institucionales que demandan atención para garantizar la sostenibilidad del proceso de integración y por ende de los resultados de la estrategia de la CE¹⁵⁵.

Im Großen und Ganzen kann also von einem Erfolg der europäischen Strategie für die Region Zentralamerika gesprochen werden. Denn sowohl beim politischen Dialog, bei der Kooperation und der regionalen Integration konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden. Im Bereich der Geschlechtergleichstellung, der Menschenrechte und anderer Querschnittsthemen sind jedoch kaum Verbesserungen zu verzeichnen. Die Zivilgesellschaft und ihre Netzwerke konnten nicht ausreichend gestärkt und z.B. in den Integrationsprozess miteinbezogen werden. Das Evaluierungsteam weist jedoch daraufhin, dass in jüngster Zeit Bemühungen in diese Richtung gesetzt wurden.¹⁵⁶

Die folgende Tabelle gilt für den Zeitraum 1996 bis 2006 und zeigt folgendes Bild:

¹⁵⁵ DRN et al. 2007:81f.

¹⁵⁶ vgl. Ebd.:4f.

“FORTALEZAS - β <i>Pertinencia, consistencia y corresponsabilidad</i> - β <i>Adecuación al contexto y a la problemática</i> - β <i>Con enfoque estratégico coherente y mixto</i> - β <i>Ejecución variada y complementaria</i> - β <i>Enfoque temporal eficaz y práctico</i> - β <i>Resultados tangibles y en funcionamiento en la dimensión económica/comercial</i> - β <i>Incorporación pertinente de nuevas iniciativas</i> - β <i>Resultados satisfactorios</i>	DEBILIDADES - β <i>Insuficiente actuación en el campo social</i> - β <i>PREVDA: Gestión e implementación compleja</i> - β <i>Aplicación parcial de la Transversialización</i> - β <i>Escasa atención técnica y financiera a las instituciones y a la sociedad civil</i> - β <i>Escasa participación de la sociedad civil</i> - β <i>Insuficiente atención y acciones de cohesión social</i> - β <i>Tratamiento parcial de los temas medioambientales</i> - β <i>Cooperación y coordinación rígida y no consensuada</i> - β <i>Ausencia de complementariedad entre regional y bilateral</i>
OPORTUNIDADES - β <i>La negociación y las buenas perspectivas CAFTARD, EU-CA-AA</i> - β <i>Un mercado común ampliado y en crecimiento</i> - β <i>Nuevas oportunidades como la Iniciativa de Viena</i> - β <i>La preparación del nuevo programa regional 2007-2013</i> - β <i>La CE tiene experiencia valiosa en temas cruciales para la región: migración, cohesión social, seguridad ciudadana</i>	AMENAZAS - β <i>Auto financiación débil de las instituciones regionales y elevada dependencia financiera de la cooperación internacional</i> - β <i>Falta de una agenda estratégica única centroamericana y de una hoja de ruta</i> - β <i>Instituciones regionales implicadas en temas de prevención de desastres con débiles capacidades de coordinación de la cooperación</i> - β <i>Visión del modelo de integración no compartido por todos los países de CA¹⁵⁷.</i>

¹⁵⁷ Ebd.:82

Für die weitere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Region Zentralamerika werden folgende Empfehlungen seitens des Evaluierungsteams abgegeben:

- Als erstes wird eine Forcierung des wirtschaftlichen Integrationsprozesses ans Herz gelegt. Dies soll u.a. durch Verhandlungen über ein zukünftiges Assoziationsabkommen und durch Unterstützung bei Harmonisierungsvorhaben geschehen.
- Zweitens wird empfohlen, die Strategie in erster Linie auf dieses Assoziations- sowie auf das bereits bestehende CAFTA-Abkommen auszurichten.
- Der dritte Punkt ruft die Partner dazu auf, den institutionellen Mängeln des Zentral-amerikanischen Integrationssystems den Kampf anzusagen.
- Das Evaluierungsteam fordert auch dazu auf, Fortschritte wie aktuelle Gegebenheiten in Hinblick auf den Integrationsprozess nach außen hin sichtbar zu machen.
- Fünftens sollen Bestrebungen im Umweltbereich sowie Präventionsmaßnahmen (gegen Naturkatastrophen) beibehalten werden.
- Der sechste Punkt appelliert an die Partner, sich neuen Herausforderungen nicht zu verschließen, sondern gezielt in Angriff zu nehmen.
- Die siebte Empfehlung lautet, auch bereits laufende Programme an sich ändernde Umstände anzupassen und nicht unangetastet zu lassen.
- Empfehlung Nummer 8 fordert eine wirksame Integration der Querschnittsthemen. Es soll sichergestellt werden, dass jene Themen die ihnen gebührende Aufmerksamkeit in den verschiedenen Programmen und Projekten sowie Evaluierungen finden.
- Ein wichtiger und oft geforderter Punkt ist eine verbesserte Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Betont wird hierbei, dass dies auch für den wirtschaftlichen Bereich (Zollunion etc.) zu gelten habe.
- Die zehnte Empfehlung zielt wiederum auf die Zivilgesellschaft ab. An dieser Stelle wird vor allem zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Netzwerke aufgerufen sowie deren Einbeziehung in den Integrationsprozess durch spezielle Foren, Seminare und ähnliche Veranstaltungen gefordert.
- Der elfte Punkt ermahnt die Europäische Union, ihre wichtige Rolle, welche sie beim regionalen Integrationsprozess sowie bei der Stärkung der Ökonomien und Institutionen innehat, nicht zu vergessen.
- Die Empfehlung Nummer 12 lautet, das Generalsekretariat des Zentral-amerikanischen Integrationssystems zu stärken sowie technische Hilfe zur Seite zu

stellen, damit das Sekretariat seine Aufgaben entsprechend durchführen kann.

- Der vorletzte Punkt fordert die Europäische Union dazu auf, die Vereinbarungen zur verbesserten Geberkoordinierung wie auch der Komplementarität ernst zu nehmen.
- Die letzte Empfehlung lautet, die Geberkoordinierung zu verbessern. Die Komplementarität sei zwar gegeben, an einer guten Koordinierung zwischen den einzelnen Gebern würde es aber noch mangeln.¹⁵⁸

Themen wie Transparenz und Verantwortung, welchen auf dem Papier eine große Bedeutung zugesprochen wird, werden in der Realität nicht so ernst genommen. Abgesehen von schwer zugänglichen Informationen bleibt auch der Dialog mit der Zivilgesellschaft weit hinter den Erwartungen zurück. Theorie und Praxis driften oft weit auseinander.¹⁵⁹

¹⁵⁸ vgl. Ebd.:88ff.

¹⁵⁹ vgl. CIDSE 2007:56

6 Schlusswort

Die Gründung der ODECA – Organización de Estados Centroamericanos – im Jahr 1951 ist der Beginn des zentralamerikanischen Integrationsprozesses. Die 1960er Jahre waren die Blütezeit dieser Organisation. Danach setzten aber Probleme in geballtem Ausmaße ein und es kam zu blutigen Auseinandersetzungen in der Region. Diese Umstände führten zu einem Stillstand des Integrationsprozesses für beinahe zwei Dekaden. Erst Mitte der 1980er Jahre setzten Verbesserungen ein (Start des San-José-Dialoges im Jahr 1984). Seit den 1990er Jahren ist ein deutlicher Aufschwung des zentralamerikanischen Integrationsprozesses sichtbar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass zu Beginn jener Dekade, die heutige SICA – Sistema de Integración Centroamericana – gegründet wurde. Auch auf internationaler Ebene, zum Beispiel durch die Vereinten Nationen, fand dieses Vorgehen Anklang. Die Ziele dieser neuen Organisation sind u.a. die Sicherung des Friedens in der Region, Demokratie, Freiheit, nachhaltige Entwicklung sowohl im sozialen wie auch im wirtschaftlichen Bereich. Damit die SICA ihre hoch gesteckten Ziele auch in die Realität umsetzen kann, ist einerseits eine innovative Integrationsstrategie und andererseits internationale Unterstützung, wie zum Beispiel durch die Europäische Union, erforderlich. Welches Gewicht dieses Zentralamerikanische Integrationssystems hat, ist daran zu erkennen, dass die rechtliche Basis der SICA im Prinzip als zentralamerikanische Verfassung angesehen werden kann. Alle zukünftigen Vereinbarungen, Verträge und so weiter müssen den vereinbarten Prinzipien entsprechen.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Zentral-/Lateinamerika setzten in den 80er Jahren ein, deren Bedeutung war aber im Vergleich zu den AKP-Staaten gering. Auch der Blick des lateinamerikanischen Kontinents war nicht so sehr in Richtung Europa, sondern vielmehr nach Norden, in Richtung der Vereinigten Staaten von Amerika, gerichtet. Einen wesentlichen Schub erhielt die Kooperation zwischen der Europäischen Union und Zentral-/Lateinamerika zu Beginn der 1990er Jahre. In dieser Periode gab es mehrere Ereignisse, welche dieses Umdenken erklären können. Zu nennen sind hier unter anderem der EU-Beitritt Spaniens und Portugals, die Gründung der SICA und der Vorschlag der Europäischen Union aus dem Jahr 1994 eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen forcieren zu wollen. Die Basis der europäischen Position in Zentralamerika wurde bereits im Jahr 1984, dem Beginn des San-José-Prozesses, geschaffen. Das Hauptaugenmerk galt den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Entwicklung, regionale Integration, Demokratie

und Menschenrechte.

Die seit dem Jahr 1999 stattfindenden Gipfel zwischen der Europäischen Union und Zentral-/Lateinamerika machen diese Kooperation auch international sichtbar.

Auf dem ersten Gipfel im brasilianischen Rio de Janeiro wurde eine Schwerpunktsetzung auf die Bereiche politischer Dialog, Kooperation und Handel vorgenommen. Diese Schwerpunktsetzung zieht sich wie ein roter Faden durch die darauf folgenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs beider Kontinente. Hier fiel auch zum ersten Mal der Begriff „strategische Partnerschaft“.

Der zweite Gipfel fand drei Jahre später in Madrid statt. Dort konnte die Europäische Union ein Assoziationsabkommen mit Chile abschließen, welches als Modell für ein späteres Abkommen zwischen EU und Zentralamerika anzusehen ist. Zusätzlich wurde der Abschluss eines Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit mit Zentralamerika und der Andengemeinschaft angekündigt.

Im Jahr 2004 ging in Guadalajara, Mexiko, der dritte Gipfel über die Bühne. Hier wurde u.a. der Start des EUROsociAL-Programms (zur Stärkung der Sozialen Kohäsion) und, in Hinblick auf ein zukünftiges Assoziationsabkommen, auch eine gemeinsame Evaluierung des bisherigen Integrationsprozesses in Zentralamerika beschlossen.

Zwischen dem Gipfel in Guadalajara und Wien 2006 gingen viele Veranstaltungen über die Bühne, als Beispiel ist hier das Projekt REAL 2006 vom Österreichischen Latein-amerika-Institut zu nennen. Parallel zum offiziellen Gipfel fanden noch ein Alternativgipfel sowie der erste Business Summit statt. In Wien fiel der Startschuss für die Verhandlungen über das schon seit langem angepeilte Assoziationsabkommen (inklusive Freihandelskomponente).

Im Mai dieses Jahres wurde der fünfte Gipfel in Lima, Peru, abgehalten. Hier war zum ersten Mal eine Erneuerung der Agenda sichtbar. Die beiden gewählten Schwerpunktbereiche „Erradicación de la Pobreza, la Desigualdad y la Exclusión“ (Thema wurde von Lateinamerika gewählt) und „Desarrollo Sostenible, Medio Ambiente, Cambio Climático, Energía“ (Thema wurde von der Europäischen Union gewählt) sprechen einerseits bestehende Probleme an, andererseits aber auch brandaktuelle Themen (wie Klimawandel und Energie), welche die ganze Welt betreffen. Auch in Lima wurden Parallelveranstaltungen abgehalten.

In Anbetracht eines zukünftigen Assoziationsabkommens ist ein baldiger Abschluss der Verhandlungen zu erwarten. Ob die Länder Zentralamerikas aus dem inkludierten Freihandelsvertrag Nutzen ziehen können, ist man sich in der Literatur jedoch uneinig. Nichtsdestotrotz ist der Abschluss eines solchen Abkommens ein deutliches Zeichen für den beiderseitigen Willen zur Zusammenarbeit. Auch wenn die beiden Regionen

nicht vergleichbar sind, ist es dennoch denkbar, dass die zentralamerikanischen Staaten von den europäischen Erfahrungen im Integrationsbereich lernen können.

Die Strategie der Europäischen Union für die Region und ihre Länder findet im Regional Strategy Paper sowie den einzelnen Country Strategy Papers ihren Niederschlag, welche jeweils für einen gewissen Zeitraum vorgesehen sind. Sie bestehen in der Regel aus zwei bis drei Schwerpunktsetzungen. Auch hier spielt die Unterstützung beim Integrationsprozess eine wesentliche Rolle. Die Höhe der veranschlagten Mittel variiert je nach Entwicklungsstand der einzelnen Länder. Die Schwerpunktsetzungen weisen jedoch im Großen und Ganzen eine sehr große Ähnlichkeit auf. Um Themen wie Bildung, Energie, ländliche und städtische Entwicklung etc. abzudecken, wurden Regionalprogramme wie ALFA oder ALURE ins Leben gerufen. Zusätzlich gibt es auch noch Querschnittsthemen, wie Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung, welchen zumindest auf dem Papier Bedeutung zugemessen wird.

Die vier behandelten Länder weisen einige Gemeinsamkeiten, aber teilweise auch große Unterschiede auf. Guatemala ist mit 12 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land. Es folgen Honduras mit 7 Millionen und El Salvador mit 6,5 Millionen Einwohnern. Das Schlusslicht ist Nicaragua mit einer Bevölkerung von 5,2 Millionen Menschen. Beim BIP pro Kopf steht El Salvador an der Spitze, dicht gefolgt von Guatemala, Nicaragua und Honduras liegen weit abgeschlagen dahinter. In Guatemala und Nicaragua lebt mehr als die Hälfte aller Haushalte in Armut, in Honduras sind rund zwei Drittel und in El Salvador rund ein Drittel der Haushalte von Armut betroffen. Alle vier Länder haben nicht nur mit großer Armut, sondern auch mit enormer Ungleichverteilung zu kämpfen. Darüber hinaus fand in den letzten Dekaden eine enorme Verstärkung statt. Positiv bleibt aber anzumerken, dass die Lebenserwartung deutlich gesteigert werden konnte. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht in der teils enormen Auslandsverschuldung der zentralamerikanischen Länder. Viele Menschen sind im informellen Sektor beschäftigt, um ihr tägliches Überleben zu sichern. Es fehlt oftmals an sozialen Grundleistungen bzw. dem Zugang zu diesen. Darüber hinaus schneiden die ländlichen Gebiete deutlich schlechter ab als städtische Gegenden. Der ländliche Raum leidet überproportional unter Armut (schlechtere Alphabetisierungsgrade, niedrigeres BIP/Kopf etc.), für viele ein Grund abzuwandern. Im Falle von Nicaragua sind die beliebtesten Auswanderungsziele die Vereinigten Staaten von Amerika und Costa Rica. Auch wenn die Armut, in Prozentzahlen ausgedrückt, rückgängig ist, gibt es, in absoluten Zahlen gemessen, einen kontinuierlich langsamen, aber steigenden Trend. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer tiefer.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit haben die Millennium Development Goals die Geber vor neue Herausforderungen gestellt. Um diese Ziele erfolgreich umsetzen zu können, ist es gemeinsames, koordiniertes Vorgehen erforderlich, auch mit den betroffenen Empfängerländern.

Im Falle der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wurde in den 1990er Jahren eine geografische und sektorbezogene Schwerpunktsetzung vorgenommen. Nicaragua wurde als Schwerpunktland, Guatemala und El Salvador als Partnerländer auserkoren. Es gab jedoch bereits seit den 1980er Jahren Entwicklungszusammenarbeit in der zentralamerikanischen Region. Die Aktivitäten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Bereiche ländliche Entwicklung, die Klein- und Mittelbetriebe sowie den Sozialbereich (Gesundheit, Bildung aber auch Umwelt). Im Vergleich zu anderen Gebern sind die Mittel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sehr gering. Die größten bilateralen Geber weltweit sind Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. In El Salvador hat die Entwicklungszusammenarbeit bei weitem nicht den Stellenwert wie in anderen Ländern der Region, die Mittel sind sogar im Sinken begriffen.

Die oben erwähnte Schwerpunktsetzung wird von vielen kritisiert und als nicht zielführend angesehen. Diese Fokussierungen würden nur zu punktuellen Verbesserungen führen und somit wenig bis keine Auswirkung auf das Ganze haben. Als Vorteile dieser Schwerpunktsetzung sind aber ein gezielterer und höherer Einsatz finanzieller Mittel zu nennen. Darüber hinaus muss auch gesagt werden, dass es neben diesen Hauptbereichen der Entwicklungszusammenarbeit noch eine Reihe von so genannten Querschnittsthemen gibt. Natürlich wäre es wünschenswert, dass alle Bereiche dieselbe Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung erfahren, nur ist dies alleine aus Kostengründen nicht machbar. Im Großen und Ganzen kann man sagen, dass die Projekte auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten sind, wenn auch ein gewisses Mass an Eigeninteresse in vielen Bereichen mitschwingt. In Guatemala gibt es zum Beispiel ein Projekt, welches die Maya-Bevölkerung als Zielgruppe hat, denn indigene Völker, wie die Maya, sind größtenteils vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und zudem überproportional von Armut betroffen.

Die Bekämpfung der Armut ist zumindest auf dem Papier das oberste Ziel der Europäischen Union (und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit). Auch wenn das Vorhaben, die CSP mit den nationalen Armutsbekämpfungsstrategien in Einklang zu bringen, in den vergangenen Jahren nicht von Erfolg gekrönt war, sind in den

aktuellen CSP deutliche Fortschritte erkennbar. Trotzdem erwecken viele PRSPs mit ihren schwammigen Formulierungen den Anschein, als ginge es weniger darum, die Armut zu bekämpfen als vielmehr darum, bestimmte Interessen, wie jene des Internationalen Währungsfonds oder der Europäischen Union durchzusetzen. Auch die so oft erwähnten MDGs mussten bis 2007 warten, um explizit in den neuen Strategiepapieren erwähnt zu werden. Welcher Beitrag zu deren Erfüllung geleistet wird, bleibt das Papier schuldig.

Im Falle der Budgethilfe orientiert sich die Europäische Union an den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds. Dies hat zur Folge, dass diese Hilfe an IWF-Vorschriften gebunden ist und somit einer Auflösung des Mitspracherechtes des Empfängerlandes gleichkommt. Darüber hinaus stellen derartige Neuerungen eine enorme (administrative) Herausforderung für die Empfängerländer dar. Die Vorzüge der Budgethilfe liegen u.a. in den geringen Transaktionskosten und der Steigerung der öffentlichen Ausgaben.

Ein weiteres Problem stellt der erschwerte Zugang zu relevanten Informationen dar. Obwohl die Europäische Union immer wieder von Transparenz spricht, nimmt sie es mit der Eigenen nicht so genau. Darüber hinaus werden zum Beispiel die Ergebnisse von Evaluierungen oder auch Länderstrategiepapiere oft nicht einmal veröffentlicht. Die verfügbaren Homepages bestechen meist durch veralteten Inhalt mit wenig Aussagekraft.

Es war auch bis heute nicht wirklich möglich, eine Stärkung und bessere Einbindung der Zivilgesellschaft sowie markante Verbesserungen bei den Querschnittsthemen zu erreichen.

Es gibt eine Reihe von Empfehlungen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den zentralamerikanischen Staaten. Unter anderem werden die Bekämpfung der institutionellen Schwächen, ein transparenteres Vorgehen und mehr Flexibilität angeraten.

Die Europäische Union und Lateinamerika zusammen verfügen über ein beträchtliches Gewicht auf internationaler Ebene. Somit würde ein gemeinsames Vorgehen viel-versprechend für beide Regionen sein. Die Kooperationsbereiche sind vielfältig (Vereinte Nationen, Internationaler Gerichtshof, Kyoto-Protokoll und so weiter), politische Absprachen wären somit möglich, jedoch fehlt es oft an einer gemeinsamen Position. Nichtsdestotrotz ist Multilateralismus ein Teil ihrer Identität. Auch wenn man nicht immer derselben Meinung ist, sind diese Differenzen im Vergleich zu Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinten Staaten von Amerika gering.

Darüber hinaus können bzw. werden sich stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse auch positiv auf die Bekämpfung der Armut auswirken. Denn Armut steht u.a. in Verbindung mit Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft. Ein stabileres politisches Umfeld ist eher in der Lage, strukturelle Probleme in den Griff zu bekommen als ein instabiler Staat. Ein funktionsfähiger Staat ist auch in der heutigen globalisierten Welt von großem Vorteil.

Eine zentrale Fragestellung war unter anderem die Frage nach den Abhängigkeitsverhältnissen. Die Region Zentralamerika begibt sich einerseits in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Europäischen Union, da die Gelder der Gemeinschaft fundamental für das Integrationsvorhaben sind und die Europäische Union der größte Geber im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist. In wirtschaftlicher Hinsicht bleibt aber die starke Abhängigkeit der zentralamerikanischen Länder von den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen, da einerseits die USA weiterhin den wichtigsten Exportmarkt für zentralamerikanische Produkte darstellen und andererseits das CAFTA-Abkommen diese Abhängigkeit noch weiter verstärken wird. In der Literatur wird auch die Befürchtung geäußert, dass sich dieses Central American Free Trade Agreement negativ auf den zentralamerikanischen Integrationsprozess auswirken könnte. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Zentralamerika und der Europäischen Union waren und sind eher bescheidener Natur. Ein großes Problem stellt die stark subventionierte Landwirtschaft der Europäischen Union wie auch der Vereinigten Staaten von Amerika dar. Die landwirtschaftlichen Produkte Zentralamerikas sind gegenüber diesen subventionierten und somit günstigeren Produkten chancenlos. Viele Menschen verlieren dadurch ihre Existenzgrundlage und gleiten zusehends in die Armut ab.

Hinsichtlich der Armutssituation darf auch die immense Bedeutung der *remesas*, der Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Familienangehörigen, nicht heruntergespielt werden. Obwohl deren Höhe nur geschätzt werden kann, machen sie einen markanten Anteil am BIP der zentralamerikanischen Staaten aus und übersteigen, laut vielen Schätzungen, die Höhe der Entwicklungshilfegelder deutlich. Somit sind diese Rücküberweisungen für das Überleben der armen Bevölkerung von immenser Bedeutung wie auch dafür, dass deren Zahl nicht noch stärker ansteigt.

Um die Komplexität der Armut sowie ihre Wechselwirkung mit vielen Bereichen noch einmal zu verdeutlichen, dient folgendes Schlusszitat:

„Para un abordaje realista para la reducción de la pobreza masiva no basta la mera transferencia de recursos financieros o la asistencia técnica, porque las raíces de la situación se encuentran en las desigualdades estructurales inmunes a los planes de

desarrollo a corto plazo y a los llamados a la unidad nacional alrededor de obras caritativas. Se necesitan acciones enérgicas e integrales de cambiar las estructuras político-sociales y culturales internas y la relación con la cooperación internacional, aplicando mecanismos para acabar con la impunidad de la corrupción y asegurando la eficiencia y la austeridad en la administración pública. El ajuste estructural económico necesita como correlativo un ajuste estructural de la ética pública, elevando el grado de confiabilidad en el Estado y haciendo más atractivo las instituciones y reglas democráticas del juego político, orientado hacia un bien común con auditoria social. Desarrollo económico no como un fin en si, sino para crear un bienestar humano, centro y objetivo del desarrollo con perspectiva de sostenibilidad¹⁶⁰.

¹⁶⁰ Grünberg 2005:21

Literaturverzeichnis

- β AACUE (2008a): Estructura de Negociación y Coordinación del Acuerdo de Asociación Centroamérica-Unión Europea.
In: http://www.aacue.go.cr/informacion/estructura/estructura_negociacion.pdf
[Zugriff: 24.05.2008]
- β AACUE (2008b): Procedimiento de la Unión Europea para la aprobación del Acuerdo de Asociación con Centroamérica.
In: <http://www.aacue.go.cr/informacion/que/procedimiento.htm> [Zugriff: 11.06.2008]
- β AACUE (2008c): Rondas de Negociación entre Centroamérica y la Unión Europea.
In: <http://www.aacue.go.cr/informacion/rondas/CA-UE/default.htm>
[Zugriff: 11.06.2008]
- β AACUE (2008d): I Ronda de Negociación.
In: <http://www.aacue.go.cr/informacion/rondas/CA-UE/I%20Ronda/default.htm>
[Zugriff: 11.06.2008]
- β AACUE (2008e): II Ronda de Negociación.
In: <http://www.aacue.go.cr/informacion/rondas/CA-UE/II%20Ronda/default.htm>
[Zugriff: 11.06.2008]
- β AACUE (2008f): III Ronda de Negociación.
In: <http://www.aacue.go.cr/informacion/rondas/CA-UE/III%20Ronda/default.htm>
[Zugriff: 11.06.2008]
- β AACUE (2008g): IV Ronda de Negociación.
In: <http://www.aacue.go.cr/informacion/rondas/CA-UE/IV%20Ronda/default.htm>
[Zugriff: 19.09.2008]
- β Abschlusserklärung (2006): Abschlusserklärung der III Sitzung der Integrationsparlamenten EU/LAK. Bregenz, 24-25/04/2006.
In: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/fd/200/200604/20060425_declarationbregenz_de.pdf [Zugriff: 25.03.2008]
- β ADA (2006): Zentralamerika – Schwerpunktregion der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. In: Zentralamerika. Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven. Wien, pp. 21-28.
In: http://www.ada.gv.at/up-media/2201_zentralamerika_beitr_ge_und_perspektive_n.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- β ALOP (2004): América Latina 2003-2004. Democracia y Desarrollo: una mirada desde la sociedad civil, pp. 89-111.
- β Banco Mundial (2003): La Pobreza en Guatemala. Informe N° 24221-GU, pp. 7-30; 44-51.
In: <http://wbi018.worldbank.org/LAC/lacinfoclient.nsf/By+Country/DA3BF8A2841899FD85256D04006E93C8?OpenDocument> [Zugriff: 16.06.2008]

- β Balbis, Jorge (2007): ¿Algo más que un TLC? El Acuerdo de Asociación Centroamérica-Unión Europea.
In: http://www.nuso.org/upload/articulos/3425_1.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- β BMaA (2003): Österreichische Entwicklungszusammenarbeit: Landesprogramm Nicaragua 2003-2006, Dezember 2002. Wien: Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten.
- β Cairo, Heriberto (2006): El Espacio Común de Educación Superior UE-ALC como Herramienta de Construcción de una Sociedad Civil en la Asociación Estrategia Eurolatinoamericana. In: LAI (2006): Real 2006. Relaciones Europa-América Latina y la cuestión de la pobreza, el desarrollo y la democracia. Austria-América Latina No. 25, pp. 56-60.
- β CELARE (2008): CELARE at the Lima Summit.
In: <http://celare.cl/cms/archivos/eurolat/74eng.pdf> [Zugriff: 08.09.2008]
- β CEPAL (2006): Panorama social de América Latina. pp. 19-28; 55-108.
- β CIDSE (2007): La huella de la UE en el Sur: ¿Supone la cooperación al desarrollo de la Comunidad Europea una diferencia para los pobres?
In: <http://www.cidse.org/docs/200705141440296754.pdf> [Zugriff: 09.09.2008]
- β Chamorro, Carlos F. (2006): „Ein fundamentaler Bündnispartner“ Die Bedeutung Europas für die Nicaraguaner. In: Zentralamerika. Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven. Wien, pp. 19-20.
In: http://www.ada.gv.at/up-media/2201_zentralamerika_beitr_ge_und_perspektive_n.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- β Chamorro Marín, Edgar (2006): Reflexión básica sobre la Integración Centroamericana. In: LAI (2006): Real 2006. Relaciones Europa-América Latina y la cuestión de la pobreza, el desarrollo y la democracia. Austria-América Latina No. 25, pp. 18-19.
- β CIFCA (2006): Hacia un Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea ¿Un instrumento para el desarrollo y los derechos humanos o un CAFTA II? Presentación de preocupaciones y propuestas en el contexto de la IV Cumbre de Jefes de Estado y de Gobierno de la Unión Europea, América Latina y el Caribe. Iniciativa de Copenhague para América Central y México, pp. 58-60, Abril 2006.
In: <http://www.rmalc.org.mx/documentos/CIFCAEstudio%20.pdf>
[Zugriff: 24.06.2008]
- β Cornelis, Kurt (2008): Cooperación Regional de la CE en Centramérica. Perspectivas para la cooperación futura 2007-13. (Reunión entre Donantes de Cooperación Regional, Managua, 5 de Febrero de 2008)
- β Declaración de Lima (2008): “Respondiendo juntos a las prioridades de nuestros pueblos”. Quinta Cumbre América Latina y Caribe – Unión Europea, Lima, 16 de mayo de 2008.
In: http://ec.europa.eu/external_relations/lac/docs/declaration_es.pdf
[Zugriff: 09.09.2008]

- ß Declaration of Guadalajara (2004): III Cumbre América Latina y el Caribe – Unión Europea. Guadalajara, México Mayo – 2004.
In: http://ec.europa.eu/external_relations/lac/guadalajara/decl_polit_final_en.pdf
[Zugriff: 12.07.2008]
- ß Deklaration von Wien (2006): Erklärung. IV. Gipfeltreffen EU-Lateinamerika/Karibik. Wien, 12. Mai 2006.
In: <http://www.uealc.at/includes/images/EULAC/EU-LACViennaDeclarationDE.pdf>
[Zugriff: 25.03.2008]
- ß Döring, Daiva (2003): Das Ringen um das erlösende Wort. In: Böhm, R. / Buggler, R. / Mautner, J. (Hg.) (2003): WORKING PAPERS 03 facing poverty. Arbeit am Begriff der Armut. University of Salzburg, Austria, Poverty Research Group, pp. 88-92.
In: <http://www.uni-salzburg.at/pls/portal/docs/1/479475.PDF> [Zugriff: 08.11.2008]
- ß DRN/ADE/ECO/NCG/ECORYS (2007): Evaluación de la Cooperación Regional de la CE en América Central. Informe de Síntesis, Volumen 1, Julio de 2007, Evaluación para la Comisión Europea.
- ß EC (2006a): Country Strategy Paper Nicaragua, November 2006.
- ß EC (2006b): Guatemala – European Community, Country Strategy Paper for the period 2007-2013, DCI Committee – December 2006.
- ß EC (2006c): El Salvador – European Community, Country Strategy Paper for the period 2007-2013, ALA Committee – December 2006.
- ß EC (2007a): Honduras Country Strategy Paper 2007-2013, 29.03.2007 (E/2007/478).
In: http://ec.europa.eu/external_relations/honduras/csp/07_13_en.pdf
[Zugriff: 12.07.2008]
- ß EC (2007b): Central America Regional Strategy Paper 2007-2013, 29.03.2007 (E/2007/481).
In: http://ec.europa.eu/external_relations/ca/rsp/07_13_en.pdf [Zugriff: 06.09.2008]
- ß Freres, Christian / Sanahuja, José Antonio (2005): Perspectivas de las Relaciones Unión Europea-América Latina. Hacia una Nueva Estrategia. Instituto Complutense de Estudios Internacionales, Universidad Complutense de Madrid, 14 de noviembre de 2005, pp. 48-53.
In: http://ec.europa.eu/external_relations/la/docs/study_2004_es.pdf
[Zugriff: 26.10.2008]
- ß Freudenschuss-Reichl, Irene (2006): Austria y la cooperación para el desarrollo con Centroamérica.
In: http://www.lai.at/web/real2006/doc/ppt_freudenschuss.pdf [Zugriff: 27.05.2008]

- ß Fritz, Thomas (2007): Ofensiva europea de libre comercio en América Latina. La Unión Europea (UE) aprueba mandatos altamente peligrosos para la negociación de áreas de libre comercio con Centroamérica y la Comunidad Andina. Berlin, Comunicado del FDCL.
In: <http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Comunicado-Mandato-UE-CANCA.pdf> [Zugriff: 07.03.2008]
- ß Gómez Lacayo, Mauricio (2005): Integración, Regional. Cohesion Social y Cooperación. Septiembre 2005.
- ß Gómez Lacayo, Mauricio (2006): Harmonisierung und Anpassung an Systeme der Partner aus Sicht der nicaraguanischen Regierung. In: Zentralamerika. Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven. Wien, pp. 17-18.
In: http://www.ada.gv.at/up-media/2201_zentralamerika_beitr_ge_und_perspektive_n.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- ß Grünberg, Georg (2005): REAL 2006. Relaciones Europa – América Latina. La Cuestión de la Pobreza, el Desarrollo y la Democracia. Informe final del taller en Granada, Nicaragua, del 18 al 20 de septiembre 2005.
- ß Grünberg, Georg (2006): Zentralamerika als Empfängerregion: Armutsbekämpfung und Erhaltung der Umwelt. In: Bea Gomes, Irmi Hanak und Walter Schicho (Hg.): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. 2. Auflage, pp. 271-288. Wien, 2006.
- ß Herrera Cáceres, H. Roberto (2006): Cohesión Social como Recurso para la Política Regional. In: LAI (2006): Real 2006. Relaciones Europa-América Latina y la cuestión de la pobreza, el desarrollo y la democracia. Austria-América Latina No. 25, pp. 31-35.
- ß Huhn, Sebastian / Löding, Torge (2007): Zentralamerika: Sozialer Konflikt um CAFTA und seine Folgen. In: GIGA Focus Lateinamerika 10/2007.
In: http://www.gigahamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lat_ein_amerika_0710.pdf [Zugriff: 05.06.2008]
- ß Köpke, Ronald (2006): Implikationen der Handelsvereinbarungen der EU mit Zentralamerika und den Andenländern.
In: <http://www.fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/FDCL-EU-SIECA-CAN200612.pdf> [Zugriff: 07.03.2008]
- ß Lagos Andino, Ricardo (2006): La Perspectiva Centroamericana en las Relaciones con la Unión Europea despues de la Cumbre de Viena y la Integración Centroamericana. In: LAI (2006): Real 2006. Relaciones Europa-América Latina y la cuestión de la pobreza, el desarrollo y la democracia. Austria-América Latina No. 25, pp. 20-23.
- ß LAI (2005): Real 2006: Die Beziehungen Europa-Lateinamerika und die Frage von Armut, Entwicklung und Demokratie – Einleitung, letzte Änderung: 08.02.2005.
In: <http://www.lai.at/web/real2006/deu/index.htm> [Zugriff: 25.03.2008]
- ß LAI (2006a): Real 2006: Die Beziehungen Europa-Lateinamerika und die Frage von Armut, Entwicklung und Demokratie – Basisdaten, letzte: Änderung 08.02.2006.
In: <http://www.lai.at/web/real2006/deu/datos.htm> [Zugriff: 25.03.2008]

- β LAI (2006b): Real 2006: Die Beziehungen Europa-Lateinamerika und die Frage von Armut, Entwicklung und Demokratie – Institutionen, letzte Änderung: 26.04.2006.
In: <http://www.lai.at/web/real2006/deu/instituciones.htm> [Zugriff: 25.03.2008]
- β Maihold, Günther (2006): La Cumbre de Viena entre América Latina/Caribe y la UE: El Éxito relativo de un Encuentro de bajas Expectativas. ARI, Nr. 59/2006, 24.05.2006.
In: http://www.realinstitutoelcano.org/analisis/978/978_Maihold_Cumbre_Viena.pdf [Zugriff: 25.03.2008]
- β Martínez Prada, José Luis (2006): Die Beziehungen der Europäischen Union und Zentralamerika. In: Zentralamerika. Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven. Wien, pp. 13-16.
In: http://www.ada.gv.at/up-media/2201_zentralamerika_beitr_ge_und_perspektive_n.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- β Ministerio de Economía (2008): Negociaciones para Acuerdo de Asociación Económica Centroamérica – Unión Europea. _Cronología de reuniones para propiciar el lanzamiento de las negociaciones del Acuerdo de Asociación CA – UE
In: <http://www.minec.gob.sv/ue/?id=52> [Zugriff: 02.03.2008]
- β Mondino, Eduardo (2006): Protección de los Derechos Humanos en Latinoamérica: Situación actual y Retos inmediatos. In: LAI (2006): Real 2006. Relaciones Europa-América Latina y la cuestión de la pobreza, el desarrollo y la democracia. Austria-América Latina No. 25, pp. 53-55.
- β Ramjas, Gabriel Arthur (1996): La relación Unión Europea-América Latina: Hacia una nueva era de entendimiento. In: Análisis político, No. 28 MAY/AGO 1996, pp. 102-108.
In: [http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/colombia/assets/own/analisis%20politico % 2028.pdf](http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/colombia/assets/own/analisis%20politico%2028.pdf) [Zugriff: 25.03.2008]
- β Roca i Cortés, Imma (2005): Las relaciones de la Unión Europea y América Central.
- β Rouquayrol Guillemette, Leda / Herrero Villa, Santiago (2006): Guía sobre la Cooperación Unión Europea – América Latina 2006.
In: <http://www.ceficalc.org/pdf/GuideES.pdf> [Zugriff: 25.03.2008]
- β Rubio, Roberto (2006): Die allgemeine Lage in Zentralamerika. In: Zentralamerika. Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven. Wien, pp. 5-7.
In: http://www.ada.gv.at/up-media/2201_zentralamerika_beitr_ge_und_perspektive_n.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- β SICA (2006): Proceso de Alineación y Armonización de la cooperación regional de Centroamérica. (Foro Especial de Armonización y Alineación de la Cooperación Regional para Centramérica). Viena, Austria, 10 de mayo 2006.
- β SICA (2007a): Marco Jurídico del SICA.
In: http://www.sica.int/sica/marco_j.aspx?IdEnt=401 [Zugriff: 18.02.2008]
- β SICA (2007b): Órganos e Instituciones del SICA.
In: <http://www.sica.int/sica/instituciones.aspx?IdEnt=401> [Zugriff: 18.02.2008]

- β SICA (2007c): Principios del SICA.
In: <http://www.sica.int/sica/principios.aspx?IdEnt=401> [Zugriff: 18.02.2008]
- β SICA (2007d): Propósitos del SICA.
In: <http://www.sica.int/sica/propositos.aspx?IdEnt=401> [Zugriff: 18.02.2008]
- β SICA (2007e): Reseña Histórica del SICA.
In: http://www.sica.int/sica/resena_sica.aspx?IdEnt=401 [Zugriff: 18.02.2008]
- β SICA (2007f): SICA en breve.
In: http://www.sica.int/sica/sica_breve.aspx?IdEnt=401 [Zugriff: 18.02.2008]
- β Stackl, Erhard (2006): EU und Lateinamerika: Vertiefung der Beziehungen. In: Zentralamerika. Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge und Perspektiven. Wien, pp. 3-4.
In: http://www.ada.qv.at/up-media/2201_zentralamerika_beitr_ge_und_perspektive_n.pdf [Zugriff: 07.03.2008]
- β The Madrid Commitment (2002): EU-Latin America & the Caribbean Summit: Conclusiones. Political Declaration, Madrid, 17 May 2002.
In: http://ec.europa.eu/external_relations/lac/madrid/dec_02_en.pdf
[Zugriff: 12.07.2008]
- β The Rio Summit (1999): The Rio Summit – June 1999.
In: http://ec.europa.eu/external_relations/lac/rio/rio_1999_en.pdf
[Zugriff: 12.07.2008]
- β Torrent, Ramón (2005): Repensar las Cumbres Unión Europea – América Latina y Caribe tomando Conciencia de sus Fundamentos Insitucionales. ARI, Nr. 97/2005, vom 13.07.2005.
In: http://www.realinstitutoelcano.org/analisis/784/Torrent_PDF.pdf
[Zugriff: 25.03.2008]
- β UNDP (2008): Millennium Development Goals. About the MDGs: Basics. What are the Millennium Development Goals?
In: <http://www.undp.org/mdg/basics.shtml> [Zugriff: 02.10.08]
- β Whitehead, Laurence / Sáez, Manuel Alcántara / Bodemer, Klaus / Dabène, Olivier / Prats, Joan (2006): „Regierbarkeit für Entwicklung“. Die EU und Lateinamerika – ein Manifest zum Gipfeltreffen in Wien. In: GIGA Focus Lateinamerika 5/2006.
In: http://www.gigahamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lat_ein_amerika_0605.pdf [Zugriff: 25.03.2008]

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Landkarte von Zentralamerika	- 5 -
Abb. 2: Organisationsstruktur des Zentralamerikanischen Integrationssystems	- 13 -

Abkürzungsverzeichnis

AACUE	Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea
ADA	Austrian Development Agency
ADE	Aide à la Décision Economique Belgica
AKP	Afrika, Karibik und Pazifik (Staaten)
ALBAN	América Latina Becas de Alto Nivel
ALFA	América Latina-Formación Académica
AL-INVEST	Programm zur Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen
@LIS	Alianza para la Sociedad de la Información
ALIDES	Alianza para el Desarrollo Sostenible
ALOP	Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción
ALURE	Programm für den Energiesektor
APG	Apoyo Presupuestario General
APS	Allgemeines Zollpräferenzsystem
AVISO	Acuerdo de Asociación entre Centroamérica y la Unión Europea
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BCIE	Banco Centroamericano de Integración Económica
BID	Banco Interamericano de Desarrollo
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CA	Centroamérica
CAFTA (RD)	Central American Free Trade Agreement (República Dominicana)
CAN	Comunidad Andina; Andengemeinschaft
Cariforum	Caribbean Forum of African, Caribbean and Pacific States
CC-SICA	Comité Consultivo del SICA
CE	Comunidad Europea
CELARE	Centro Latinoamericano para las Relaciones con Europa
CENPROMYPE	Centro para la Promoción de la Micro y Pequeña Empresa en Centroamérica
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CIDSE	Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité
CIFCA	Iniciativa de Copenhague para Centroamérica y México
COCESNA	Corporación Centroamericana de Servicios de Navegación Aérea
CSP	Country Strategy Paper
DAC	Development Assistance Committee
DRN	Development Researchers' Network
EC	European Commission
ECO	ECO – Consulting Group Alemania
ERCERP	Estrategia reforzada de crecimiento economico y reducción de pobreza
ESAF	Strukturanpassungsprogramm des IWF

EU	European Union, Europäische Union
EU-CA(-)AA	European Union-Central America Association Agreement
EU/LAK	Europäische Union, Lateinamerika und Karibik
EUROsocial	Programm zur Förderung der Sozialen Kohäsion
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization
HDI	Human Development Index
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
ICAP	Instituto Centroamericano de Administración Pública
ILO	International Labour Organisation
INCAP	Instituto de Nutrición de Centroamérica y Panamá
IWF	Internationaler Währungsfond
LAI	Lateinamerika-Institut
MDGs	Millennium Development Goals
Mercosur	Mercado Común del Sur
MKMB	Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe
NCG	Nordic Consulting Group Dinamarca
NGO	Non-Governmental Organization
Observatorio	Programm, welches die Beziehungen zwischen den beiden Regionen unter die Lupe nimmt
ODA	Official Development Assistance
ODECA	Organización de Estados Centroamericanos
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ÖEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
OPIN	Orientaciones Plurianuales Indicativas
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PARLACEN	Parlamento Centroamericano
PREVDA	Programa Regional de Reducción de la Vulnerabilidad y Degradación Ambiental
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
REAL	Regionale Integration, interkontinentale Kooperation EU - Lateinamerika und die Frage von Armut, Entwicklung und Demokratie
RSP	Regional Strategy Paper
SCAC	Secretaría del Consejo Agropecuario Centroamericano
SECMCA	Secretaría Ejecutiva del Consejo Monetario Centroamericano
SG-SICA	Secretaría General del Sistema de la Integración Centroamericana
SICA	Sistema de Integración Centroamericana
SIECA	Sistema de Integración Económica Centroamericana
TLC	Tratado de Libre Comercio
UE-ALC	Unión Europea, América Latina y Caribe
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNOPS	United Nations Office for Project Services
URB-AL	Programm für urbane Entwicklung
USA	United States of America
USD	United States Dollar
VIDC	Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation
W&T	Wirtschaft und Technik
WTO	World Trade Organization

Anhang

Lebenslauf

Persönliche Daten:

- Name Irene Kreisl
- Adresse: Rötzergasse 7/15-16, 1170 Wien
- Telefon: 0650 2809849
- E-Mailadresse: i_kreisl@gmx.at
- Geburtsdatum und Geburtsort: 28. September 1984 in Schärding, OÖ
- Staatsangehörigkeit: Österreich
- Geschlecht: weiblich

Schulbildung:

- 1991-1995: Volksschule Suben
- 1995-2003: Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Schärding

Hochschulstudium:

- Wintersemester 2003: Beginn des Studiums der Internationalen Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien
- Sommersemester 2004: neues Hauptstudium – Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung an der Universität Wien
- 7. September 2006: Abschluss des 1. Studienabschnittes des Individuellen Diplomstudiums Internationale Entwicklung
- 7. August 2007: Umstieg vom Diplomstudium Internationale Betriebswirtschaft auf das Bachelor-Studium Betriebswirtschaft
- 23. November 2007: Abschluss des 1. Studienabschnittes des Bachelor-Studiums Betriebswirtschaft

Sprachkenntnisse:

- Englisch: gute Kenntnisse
- Spanisch: gute Kenntnisse

Abstract

In dieser Arbeit soll die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika sowie deren Auswirkungen auf die Bekämpfung von Armut in dieser Region aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Entwicklung von der ODECA (Organización de Estados Centroamericanos) hin zur SICA (El Sistema de Integración Centroamericana) von grundlegender Bedeutung, da durch die Gründung des zentralamerikanischen Integrationssystems zu Beginn der 1990er Jahre auch der Integrationsprozess einen markanten Aufschwung erfuhr.

Eng verbunden mit dieser Kooperation und strategischen Partnerschaft ist auch der Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Nicht nur die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den zentralamerikanischen Staaten, sondern auch die Entwicklungszusammenarbeit setzte in den 1980er Jahren ein. Der Grund für das beginnende Engagement in diesem Zeitraum waren die gewalttätigen Konflikte und Auseinandersetzungen dieser Zeit.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten lassen den zentralamerikanischen Ländern Gelder bzw. Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur aus Nächstenliebe zukommen. Neben dem guten Willen sind auch u.a. handfeste wirtschaftliche und politische Interessen vorhanden. Die Bekämpfung der Armut ist das oberste Ziel der Europäischen Union. Leider driften Theorie und Praxis oft auseinander. Nicht immer sind Maßnahmen bzw. Projekte dafür konzipiert, der armen Bevölkerung zu helfen, sondern dienen zum Beispiel eher dazu, europäischen Unternehmen gute Geschäfte zu verschaffen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist der Umstand, dass nicht in erster Linie die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit den armen Menschen das tägliche Überleben sichern, sondern vielmehr die so genannten *remesas*, die Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Verwandten. Die Bedeutung dieser *remesas* ist derart groß, dass sie auch einen beträchtlichen Teil des Bruttoinlandsproduktes ausmachen.

Trotz der seit den 1980er Jahren bestehenden Zusammenarbeit bzw. Entwicklungszusammenarbeit leiden die zentralamerikanischen Länder nach wie vor unter weit verbreiteter Armut.

Bezüglich der Methodik habe ich mich für eine Literaturrecherche entschieden, da es eine Fülle von Dokumenten zu diesem Thema gibt. Neben der Europäischen Kommission mit ihren Country Strategy Papers, Regional Strategy Paper sowie Evaluierungsberichten, gibt es u.a. noch viele Informationen auf der Homepage des Zentralamerikanischen Informationssystems SICA. Das Problem mit diesen Dokumenten besteht darin, dass sie meist sehr blumig geschrieben und nicht immer so informativ sind, wie gewünscht. Eine deutlich kritischere Sicht auf diese Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den zentralamerikanischen Staaten findet sich zum Beispiel in Arbeiten von Nichtregierungsorganisationen wie CIDSE oder dem Österreichischen Lateinamerika-Institut.

Abstract – english version

In this diploma I would like to explain the development of the cooperation between the European Union and the states of Central America, as well as the effects on the poverty situation, respectively the antipoverty programs in this region.

In this connection it is also important to demonstrate the development from ODECA (Organización de Estados Centroamericanos) to SICA (El Sistema de Integración Centroamericana), as the integration process is booming because of the formation of the Central American integration system at the beginning of the 1990s.

Associated with this cooperation and strategic partnership between both regions is also the sector of development cooperation. Not only the collaboration between the European Union and the Central American states started within the 1980s, but also the development cooperation. The reasons for the beginning commitment at that period were the violent conflicts (armed conflicts) and discussions at that time.

It should be emphasized that the European Union and its member states do not donate money and aid to the Central American countries because of simple altruism or charity. Besides of the will for improvements there are concrete economical and political interests involved. Poverty reduction is the highest aim of the European Union. Unfortunately theory and practice tend to diverge often. Sanctions and projects aren't always designed to help the poorer population, but often serve European enterprises.

Another important argument in this context is the fact, that it is not the development aid that ensures the poor population's survival, but rather the so called *remesas*, remittances from relatives who live abroad.

These *remesas* are of great importance and represent a huge part of the gross domestic product.

But despite the existing development cooperation the Central American states still suffer from extreme and widespread poverty.

I decided to do a literature research, because of the plenty of documents concerning this topic that exist. Aside from the European Commission with its Country Strategy Papers, Regional Strategy paper and evaluation reports there are also loads of information at the homepage of SICA.

The problems within the documents are, that in most cases they are written very ornate and aren't as informative as wished for.

A more critical view on the cooperation between the European Union and the Central American states can be found in reports of NGOs like CIDSE or the Austrian Latin America Institute.